

## Corona-Protest-Report II: Eine Folgeuntersuchung

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Forschungswerkstatt Corona-Proteste. (2023). *Corona-Protest-Report II: Eine Folgeuntersuchung*. Wien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86944-4>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



# Corona-Protest-Report II Eine Folgeuntersuchung

Eine Arbeit der Forschungswerkstatt Corona-Proteste



## Das Wichtigste in Kürze: Befragung Februar 2022

Dieser Bericht befasst sich mit den Narrativen, Einstellungen und Motiven auf den Corona-Protesten in Österreich. Er stellt zum einen eine explizite Folgeuntersuchung zum Bericht aus dem Jahr 2021 (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021) dar, zum anderen enthält er neue Fragekategorien zu den Themenkomplexen Kinder, Impfen, Geschlecht sowie zum Diskurs über eine gesellschaftliche Spaltung. Das Antwortverhalten der Befragten weist – mit einigen Ausnahmen – eine erstaunlich hohe Übereinstimmung mit den Ergebnissen aus dem Vorjahr auf:

### Soziodemographische Daten der Teilnehmer:innen

- Wie bereits im Vorjahr sind unter den Befragten Frauen (65,5%) deutlich stärker vertreten als Männer (33,4%).
- Hinsichtlich der Altersstruktur dominieren insbesondere Personen mittleren Alters. 54,4% der Befragten sind zwischen 46 und 65 Jahre alt, weitere 34,9% sind zwischen 26 und 45 Jahren.
- Die Befragten stammen zudem überwiegend aus dem ländlichen Raum. 70% leben an einem Wohnort mit weniger als 40.000 Einwohner:innen.
- Der Bildungsstand variiert, ist aber höher als jener der Gesamtbevölkerung. 26,7% der Befragten haben einen AHS- oder BHS-Abschluss, weitere 36,8% einen Studienabschluss.
- Zudem sind Selbstständige unter den Befragten besonders stark vertreten – ihr Anteil (21,1%) ist doppelt so hoch wie jener der Gesamtbevölkerung (10,5%).

### Einstellung zu Corona-Maßnahmen und Verschwörungsdenken

- Die Befragten sind überwiegend der Meinung, dass Politik, Medien und Expert:innen die vom Virus ausgehenden Risiken deutlich überschätzen. Demnach erachten 71,5% das Virus als nicht gefährlicher als eine herkömmliche Grippe; demgegenüber erachten 90,8% der Befragten die psychischen Folgen der Pandemie als gravierender als die gesundheitlichen Auswirkungen.
- Verschwörungsdenken findet unter den Befragten breiten Anklang: 86,5% vermuten, dass die Regierung die Pandemie instrumentalisiert, um die Bevölkerung zu überwachen und zu kontrollieren; in Bezug auf die Impfung glauben 70,9% der Befragten, dass die Gates-Foundation eine Zwangsimpfung für die ganze Welt durchsetzen will.
- In Bezug auf rechtsautoritäres Denken sind die Ergebnisse zweideutig: Einerseits deuten die Resultate darauf hin, dass beispielsweise Islamophobie, Antisemitismus und Xenophobie nicht stärker verbreitet sind, als dies in der Durchschnittsbevölkerung zu vermuten wäre. Gleichzeitig ist die Abgrenzung nach rechts unter den Befragten eher schwach ausgeprägt – so ist es für 67,9% unerheblich, wer auf den Protesten mitläuft, solange die gleichen Anliegen verfolgt werden. 24,8% sehen die Teilnahme von Rechtsextremen nicht als problematisch an.
- Wie auch im Jahr 2021 sind esoterische bzw. ganzheitliche Einstellungen unter den Befragten weit verbreitet: Etwa zwei Drittel befürworten mehr ganzheitliches und spirituelles Denken in der Gesellschaft (67,5%); die Gleichstellung von alternativer und 'Schulmedizin' (66,2%); und weitere 62,5% sind überzeugt, dass natürliche Selbstheilungskräfte für die Heilung vom Coronavirus ausreichend sind.

### Politische Einstellungen der Protestierenden

- Eine Selbsteinordnung auf dem politischen Spektrum zwischen links und rechts wird von der Mehrheit der Befragten (52,4%) abgelehnt.
- Im Vergleich zur Untersuchung aus dem Jahr 2021 hat sich die Wahlpräferenz unter den Befragten deutlich verschoben – im Jahr 2022 wollen nur noch 21,4% die FPÖ wählen (im Vergleich zu 56,7% in der Umfrage von 2021). Vielmehr wollen nun zwei Drittel der neu entstandenen MFG ihre Stimme geben.

- Die überwiegende Zustimmung zur Demokratie als beste Regierungsform (86,6%) wird von einer großen Unzufriedenheit mit Institutionen wie Regierung, Parlament sowie den Medien begleitet; zudem hat auch die Polizei unter den Befragten an Vertrauen verloren. Im Jahr 2021 vertrauten ihr noch 35,0%, im Jahr 2022 sank dieser Wert auf 17,6%.
- Demgegenüber vertrauen etwa zwei Drittel der Protest-Teilnehmer:innen ihren eigenen Handlungskapazitäten und erachten den Zusammenschluss von Bürger:innen als potentiell einflussreich auf nationale Politik (69%) sowie auf internationale Politik (60,7%).

### **Impfen**

- Ein Teil der Befragten (37,9%) hält die Impfung generell für sinnvoll, ist aber gegen eine Impfpflicht.
- Insgesamt ist das Misstrauen gegenüber der Impfung jedoch groß. 76,6% waren bereits zu Beginn der Pandemie skeptisch, bei 93,5% hat jenes Misstrauen im Laufe der Pandemie zugenommen. 88,4% hält die Impfung für riskanter als das Coronavirus selbst.
- 93,3% der Teilnehmer:innen geben an, nicht geimpft zu sein. Über 90% der Nicht-Geimpften sorgen sich hierbei um Neben- und Langzeitfolgen der Impfung, wollen sich lieber auf ihr Immunsystem verlassen sowie die Impfpflicht ignorieren.

### **Kinder**

- Kinder sind ein stark emotionalisierendes Thema in den Corona-Protesten. 70,2% der Antwortenden stimmen der Aussage zu, dass eine globale Elite in der Pandemie Verbrechen an Kindern verübt. 93,3% der Befragten geben an, sich durch die Protestteilnahme von der nächsten Generation nicht vorwerfen lassen zu müssen, nicht gehandelt zu haben.
- 44,5% der Befragten haben minderjährige Kinder, von denen 76,6% nicht geimpft sind.
- In Bezug auf die Debatte um Home-Schooling geben 18% der Befragten an, ihre Kinder von der Schule genommen zu haben, um sie zu Hause zu unterrichten; weitere 19,5% geben an, dies zumindest zum Teil gemacht zu haben. Der Großteil jedoch (62,4%) hat seine Kinder in der Schule gelassen.
- Die Kritik an den Schulen ist jedoch groß. So werfen 85,2% der Befragten den Schulen vor, autoritätshörige und unkritische Menschen hervorzubringen.

### **Vergeschlechtlichte Facetten der Krisen- und Protestwahrnehmung**

- In Bezug auf vergeschlechtlichte Aspekte der Corona-Pandemie gibt ein Großteil der Befragten an (47,4% explizit, 24,6% teilweise), dass in der Pandemie mehr Care-Arbeit geleistet werden musste. Dass Frauen von diesem Effekt stärker betroffen waren, sehen hingegen nur 21,9% der Befragten so.
- Gleichzeitig spricht sich die Mehrheit der Teilnehmer:innen (70,3% der weiblichen Befragten bzw. 71,9% der männlichen Befragten) dagegen aus, dass geschlechtsspezifische Probleme auf den Protesten eine größere Rolle spielen sollten. Die Mehrheit (85,7% der Frauen bzw. 83,1% der Männer) ist der Meinung, dass es wichtigere Themen als Geschlecht gibt.

### **Spaltungen in der Gesellschaft?**

- Ein überwiegender Großteil der Befragten (99,0%) nimmt eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft wahr.
- Diese wahrgenommene Spaltung scheint sich jedoch nicht im individuellen Nahfeld der Protestierenden niederzuschlagen: Erstens nehmen die Protestierenden im persönlichen Umfeld keine große Ablehnung gegenüber ihrer Protestteilnahme wahr: Im Verwandtenkreis (16,4%) und beruflichen Kontext (13,7%) wird diese noch am stärksten verspürt, während dies in Schule, Universität, Vereinsleben und Partnerschaften kaum eine Rolle spielt. Zweitens geben auch lediglich 4,8% der Befragten an, sich selbst dezidiert von Geimpften zu distanzieren.
- Es lässt sich aber auch sagen, dass fast die Hälfte der Befragten (48,2%) den Kontakt zu Gleichgesinnten sucht.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>6</b>
<b>2. Methode</b> .....	<b>8</b>
<b>3. Soziodemographische Daten und Profil der Teilnehmenden</b> .....	<b>10</b>
3.1 <i>Geschlecht</i> .....	11
3.2 <i>Altersverteilung</i> .....	11
3.3 <i>Wohnort (Stadt/Land)</i> .....	12
3.4 <i>Ausbildungsniveau und Beschäftigung</i> .....	13
3.5 <i>Wahrgenommene Schichtzugehörigkeit</i> .....	15
3.6 <i>Wohnsituation</i> .....	15
3.7 <i>Teilnahme an vorherigen Protesten</i> .....	16
3.8 <i>Politisches Profil</i> .....	17
3.9 <i>Zusammenfassung</i> .....	18
<b>4. Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen</b> .....	<b>19</b>
4.1 <i>Haltungen zu Politik, Medien und Expert:innen in der Pandemie</i> .....	19
4.2 <i>Verschwörungsdenken, Esoterik sowie rechtsautoritäre und populistische Einstellungsmuster</i> ....	21
4.3 <i>Weitere Einstellungswerte: Abgrenzung von Rechtsextremismus und NS-Vergleiche</i> .....	25
4.4 <i>Zusammenfassung</i> .....	26
<b>5. Politische Einstellungen der Protestierenden</b> .....	<b>27</b>
5.1 <i>Interesse an Politik, Wahlorientierung und politische Selbsteinschätzung</i> .....	27
5.2 <i>Einstellungen zur Demokratie und Institutionen</i> .....	28
5.3 <i>Problemlösungskapazitäten &amp; Einstellung zu Gewalt</i> .....	29
5.4 <i>Zusammenfassung</i> .....	32
<b>6. Einstellung zum Impfen und Impfstatus der Protestierenden</b> .....	<b>32</b>
6.1 <i>Einstellung zur Impfung</i> .....	33
6.2 <i>Zusammenfassung</i> .....	35
<b>7. Kinder im Fokus der Corona-Protteste</b> .....	<b>36</b>
7.1 <i>Eltern von minderjährigen Kindern</i> .....	36
7.2 <i>Kinder und Schule</i> .....	39
7.3 <i>Zusammenfassung</i> .....	40
<b>8. Vergeschlechtlichte Facetten der Krisen- und Protestwahrnehmung</b> .....	<b>41</b>
8.1 <i>Krisenwahrnehmung und Geschlechterbilder</i> .....	41

8.2	<i>Protestwahrnehmung</i> .....	43
8.3	<i>Zusammenfassung</i> .....	44
<b>9.</b>	<b>Spaltungen in der Gesellschaft</b> .....	<b>45</b>
9.1	<i>Einstellung zu einer Spaltung der Gesellschaft</i> .....	45
9.2	<i>Zusammenfassung</i> .....	48
<b>10.</b>	<b>Schlussbetrachtung</b> .....	<b>49</b>
10.1	<i>Gegenüberstellung der Daten 2021 und 2022 sowie neue Aspekte</i> .....	49
10.2	<i>Weitergehende Überlegungen zum Thema Geschlecht</i> .....	50
10.3	<i>Zum Verhältnis der Corona-Proteste zum Rechtsextremismus</i> .....	52
10.4	<i>Corona-Proteste: Was bleibt?</i> .....	53
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>56</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>59</b>
	<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	<b>61</b>
	<b>Zu den Autor:innen</b> .....	<b>62</b>

# 1. Einleitung

Zum Erscheinen dieses Berichts haben die Corona-Proteste ihre Form sehr verändert und es ist die Frage, ob wir heute überhaupt noch von Corona-Protesten sprechen können. Die Demonstrationen sind im Jahr 2023 nach dem Wegfall fast aller Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und der offiziellen Ankündigung eines Endes der Pandemie sehr viel kleiner geworden – die angekündigte erste „Megademo 2023“ lockte nur noch ein paar Hundert Teilnehmer:innen auf die Straße (vgl. Der Standard, 9.1.23) – und auch die Themen haben sich verschoben: Es geht nun um Migration, den Angriffskrieg auf die Ukraine und Kindsmisbrauch, und es kursieren Verschwörungstheorien, in denen Corona nur noch eine geringe Rolle spielt.

Dieser Bericht präsentiert Daten einer Umfrage, die Anfang 2022 unter den Teilnehmer:innen der Coronaproteste in Österreich gemacht wurde, und stellt sie den Daten gegenüber, die im Jahr davor mit einem ähnlichen Fragebogen erhoben wurden. Wir wollen damit nicht nur dem Wandel der Einstellungen auf den Protesten und einigen neuen Themen nachgehen, sondern den Bericht auch nutzen, um uns darüber zu verständigen, was die Corona-Proteste waren und weshalb es sich unseres Erachtens lohnt, sich mit ihnen weiterhin zu beschäftigen. Sie formierten und repräsentierten bestimmte Haltungen, die nicht nur während der Pandemie einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung und Ausrichtung der staatlichen Pandemie-Maßnahmen hatten, sondern auch heute noch unsere Gesellschaft prägen und – gerade angesichts fortlaufender gesellschaftlicher Krisendynamiken – wohl auch weiterhin prägen werden. Erste Corona-Proteste entstanden im April 2020 und richteten sich gegen die von der Regierung verhängten Ausgangssperren, Homeoffice-Regelungen und den Fernunterricht sowie gegen einen als autoritär empfundenen Staat und die temporäre Einschränkung von Freiheitsrechten. Die Proteste boten einen öffentlichen Raum für eine Vielzahl an Unzufriedenheiten, welche in einem engen oder losen Zusammenhang mit der Pandemie standen und den Verlust von Freiheitsrechten beklagten. Während die sogenannten Corona-Proteste lange Zeit friedlich verliefen und von Kundgebungen zur „Aufklärung“ der Bevölkerung und der Kritik der Regierung geprägt waren, veränderte sich die Dynamik der Proteste ab Januar 2021. Da die Proteste überwiegend – trotz polizeilichen Verbots – in Form von „Spaziergängen“ als ziviler Ungehorsam stattfanden, überwog die Auseinandersetzung mit der Exekutive (Der Standard, 11.12.21). Die Proteste wurden in einem Kontext organisiert, in dem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufgrund gesundheitlicher Risiken eingeschränkt wurde. Dieser Kontext und auch die Einhaltung der Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen prägten die Mobilisierung (vgl. della Porta, 2020; Mullis, 2020). Die Zahl der Protestierenden nahm seit Januar kontinuierlich zu, erreichte am 6. März 2021 mit 20.000 ihren höchsten Stand (Kurier, 8.3.21) und erst über den Sommer 2021 wurden die Beteiligungszahlen vor dem Hintergrund der ‚sommerlichen‘ Lockerung der Covid-19-Regelungen geringer. Als die Impfpflicht im November 2021 angekündigt und schließlich im Parlament beschlossen wurde, waren Massenmobilisierungen erneut möglich (Der Standard, 11.12.21). Die Protestierenden bildeten ein äußerst heterogenes Bündnis von Bürger:innen, welche sowohl Erstmobilisierte, neuformierte Gruppen und Parteien, wie etwa „Eltern stehen auf“, „Corona Widerstand“, die „Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen“ und die im Jahr 2021 gegründete Partei „Menschen, Freiheiten und Grundrechte“ (MFG) einschloss, als auch schon vorher bestehende Akteure, etwa die Initiative „Heimat und Umwelt“, die Identitäre Bewegung, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und bekannte rechtsextreme Aktivist:innen und Neonazis. An den Protesten waren auch besorgte Eltern beteiligt, welche die Zukunft

ihrer Kinder bedroht sehen, Evangelikale, Befürworter:innen alternativer Heilmethoden oder Unternehmer:innen.

Auch wenn die Mobilisierung über drei Jahre anhielt, veränderte sich die Corona-Protestbewegung in ihrer Zusammensetzung und ihrem Mobilisierungspotential kontinuierlich. Kontinuität und Wandel waren in gleicher Weise Kennzeichen der Corona-Protestbewegung, sodass wir ein Jahr nach der ersten Erhebung im Februar 2021 (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021) im Jahr 2022 erneut eine quantitative Umfrage durchgeführt haben. Inwiefern hatte sich die Protestgruppe soziodemographisch verändert und ließen sich Veränderungen in der Einstellung der Protestierenden hinsichtlich Verschwörungsdenken oder zu Demokratie und Staat erkennen? Ebenso wollten wir weitere Themen der Protestbewegung beforschen, wie die Bedeutung von Geschlecht und Kindern, die Einstellung zur Impfung und zum Narrativ über gesellschaftliche Spaltungen. Mit dieser Herangehensweise diskutieren wir in diesem Bericht einerseits die Veränderungen in der Corona-Protestbewegung, indem wir die Daten der Befragungen von 2021 und 2022 gegenüberstellen, und andererseits vertiefen wir unsere bisherige Analyse durch neue thematische Schwerpunkte.

In einem ersten Schritt werden wir den methodischen Zugang schildern (Abschnitt 2), um dann auf die Soziodemographie der Protestierenden einzugehen (Abschnitt 3). Im Mittelpunkt steht die von den Protestierenden geäußerte Kritik an den Corona-Maßnahmen und ihr Verschwörungsdenken (Abschnitt 4), ihre politischen Einstellungen (Abschnitt 5) sowie Meinungen und Verhalten bezüglich des Impfens (Abschnitt 6). In Abschnitt sieben und acht wenden wir uns spezifischen Akteursgruppen zu, wie Kindern und Frauen, und schließen mit Einstellungsmustern zu einer vermeintlich drohenden Spaltung der Gesellschaft ab. In den Abschnitten vier bis fünf dominiert die Darstellung der Vergleichsdaten zwischen 2021 und 2022. In den darauffolgenden Abschnitten diskutieren wir relevante Einstellungsdimensionen der Protestierenden, die in der Umfrage aus dem Jahr 2022 erstmals erhoben wurden. Am Ende werden wir einige Themenfelder noch einmal resümierend vertiefter diskutieren und in einer Rückschau und einem Ausblick gewonnene Erkenntnisse über die Protestdynamik darstellen.



## 2. Methode

Wir verorten unsere Untersuchung in der Protest- und Bewegungsforschung und spezifisch in der Analyse von Protestevents, welche seit den 1990er Jahren vermehrt genutzt wird, um soziale Bewegungen zu untersuchen (Andretta & della Porta, 2014). Die Untersuchung von Protesten stellt ein besonders herausforderndes Forschungsfeld dar, weil Proteste in ihrer Struktur fluide sind und zeitlich begrenzt auftreten (Guckelberger & Gerharz, 2019). Zugleich verändern sich Proteste in ihrer Dynamik und Zusammensetzung. Damit müssen auch Protestbefragungen zeitlich und situativ eingebettet werden. Trotz dieser Herausforderungen bergen Umfragen von sozialen Bewegungen ein großes Potential in sich. Sie erlauben es, Aussagen über die soziodemographischen Daten der Beteiligten und deren Einstellungen zu treffen und zu zeigen, wie aktuelle, gesellschaftlich relevante Probleme wahrgenommen und diskutiert werden (Teune & Ullrich, 2015).

Die im Februar 2022 durchgeführte Befragung baut explizit auf einer von der Forschungswerkstatt im Vorjahreszeitraum durchgeführten ersten Umfrage unter den Protestteilnehmer:innen auf (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021). Das Ziel der Folgeuntersuchung war, zum einen Kontinuität sowie Veränderungen der Bewegung im Hinblick auf Motivationen, Werte und Überzeugungen der Protestierenden festzustellen. Hierzu wurden die Protestierenden in der Folgeuntersuchung erneut im Hinblick auf deren Soziodemographie, Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen, politische Einstellungen sowie hinsichtlich der Motivationen für die Protestteilnahme befragt. Um gleichzeitig der veränderten Dynamik der Proteste gerecht zu werden, wurden in dem zweiten Survey zum anderen Fragen zu den Themenbereichen Impfen, Kinder und Geschlecht sowie zur ‚Spaltung der Gesellschaft‘ ergänzt. Zudem wird im Bericht an einigen Stellen auf biographische Interviews verwiesen, welche mit einigen Teilnehmer:innen der ersten Befragung aus dem Jahr 2021 durchgeführt wurden. Die Interviews hierfür wurden in der zweiten Jahreshälfte in 2021 durchgeführt. Der Bericht stellt dabei keine systematische Auswertung aller Interviews dar, sondern bezieht sich auf einzelne Aussagen und Erläuterungen, mit welchen die Daten des Surveys kontextualisiert werden sollen.

Anknüpfend an die erste Befragung aus dem Jahr 2021 wurde die Umfrage erneut in verschiedenen Kanälen des Messaging-Dienstes Telegram zirkuliert, welcher ein zentrales Medium für die Mobilisierung von Protesten sowie den Austausch der Protestierenden ist, und somit einen einfachen Zugang zu der Bewegung – in Wien, als auch in den restlichen Teilen Österreichs – ermöglicht. Jene Telegram-Gruppen, welche von der Protestbewegung genutzt werden, wurden auf Basis der Schlagwörter „Corona“, „Widerstand“, „Freiheit“, „Eltern“, „Vernetzung“ und „Steht auf“ identifiziert. Hierbei wurden insgesamt 98 „offene“ Telegram-Kanäle für die Verbreitung der Umfrage in Österreich gefunden, welche ohne weitere Bestätigung der Administrator:innen zugänglich waren. Die Anzahl der Abonnent:innen der einzelnen Gruppen variierte dabei sehr stark. Etwa ein Fünftel der ausgewählten Kanäle hatte dabei unter 100 Mitglieder, wobei es sich meist um regionale Ableger verschiedener Protestgruppen handelt. Demgegenüber waren etwa ein Zehntel der ausgewählten Kanäle besonders mitgliederstark, mit jeweils über 2.000 Abonnent:innen. Insgesamt umfassten die Kanäle, in welchen die Umfrage verbreitet wurde, ca. 73.000 Abonnent:innen. Im Vergleich zur Untersuchung im Vorjahreszeitraum (30 offene Kanäle mit ca. 25.000 Mitgliedern im Februar 2021) zeigt dies, dass sowohl die Anzahl an Kanälen als auch deren Mitgliederzahl stark angestiegen ist. Da einzelne Personen jedoch gleichzeitig verschiedene Kanäle abonniert haben, dürfte die Grundgesamtheit deutlich geringer als jene 73.000 sein. Zudem gilt es zu erwähnen, dass die jeweiligen Kanäle selbst andere waren als im Vorjahr. Es handelt sich somit eindeutig

um eine veränderte Grundgesamtheit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, was aufgrund der sich schnell verändernden Proteste wenig überraschend ist.

Für die Teilnahme an der Umfrage waren drei Voraussetzungen notwendig. Die Teilnehmenden mussten (a) die Postings der Umfrage in einer der 98 Gruppen gesehen haben; (b) bereit gewesen sein, an der Umfrage teilzunehmen; (c) mindestens an einer Demonstration teilgenommen haben. Die Befragung wurde im Februar 2022 in Drei-Tages-Intervallen an insgesamt acht Tagen durchgeführt. Da in einigen Kanälen weit über 100 Posts pro Tag platziert werden und einzelne Beiträge somit bereits Minuten nach den Posts kaum noch sichtbar waren, wurde die Befragung zwei bis dreimal pro Tag in den jeweiligen Gruppen gepostet. Mit zunehmender Dauer erschwerte sich hierbei jedoch eine gleichmäßige Verbreitung der Umfrage unter den ausgewählten Kanälen, was sich in einer stark abnehmenden Rücklaufquote spiegelte. In einigen Kanälen wurden die Postings entweder direkt nach dem Erscheinen von den Administrator:innen gelöscht, in anderen Kanälen wurde der für die Umfrage verwendete Account aus der Gruppe entfernt, was eine weitere Verbreitung in jenen Kanälen verhinderte. Zudem rief die Platzierung der Umfrage in den Chats auch teilweise kritische Kommentare einiger Nutzer:innen hervor, welche z.B. vor der Umfrage „warnten“. Bei den letzten beiden Intervallen der Aussendung verlor das Thema der Corona-Maßnahmen in einigen Kanälen außerdem zeitweise an Bedeutung, da die Diskussion hauptsächlich von dem Krieg in der Ukraine geprägt war (siehe auch z.B. Profil, 15.03.2022)

Die Größe der Stichprobe beläuft sich auf 525 Personen. Zwar wurden die ersten beiden soziodemographischen Fragen zu Alter und Geschlecht noch von 873 Personen beantwortet, die an mindestens einer Demonstration teilgenommen haben. Die darauffolgenden offenen Fragen in Bezug zur Motivation der Protestteilnahme sowie hinsichtlich der Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Bezug auf die Maßnahmen wurden dann von deutlich weniger Personen beantwortet. Insbesondere Teile der im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung hinzugefügten Frageblöcke wurden somit von einer bedeutend geringeren Anzahl an Personen beantwortet.

Zudem ist es eindeutig, dass die beiden Untersuchungen von 2021 und 2022 neben einer unterschiedlichen Umfrage-Population auch auf zwei unterschiedlichen Stichproben basieren. So gaben lediglich 1,4% der Befragten an, dass sie bereits an der im Vorjahreszeitraum durchgeführten Umfrage teilgenommen haben; 13,6% konnten sich nicht mehr erinnern. Für fast die Hälfte der Befragten (48,9%) waren die Corona-Proteste zudem die erste Teilnahme an einer Demonstration. Gleichzeitig gaben 11,1% der Befragten an, zum Zeitpunkt der Folgeuntersuchung an keinen Protesten mehr teilzunehmen.

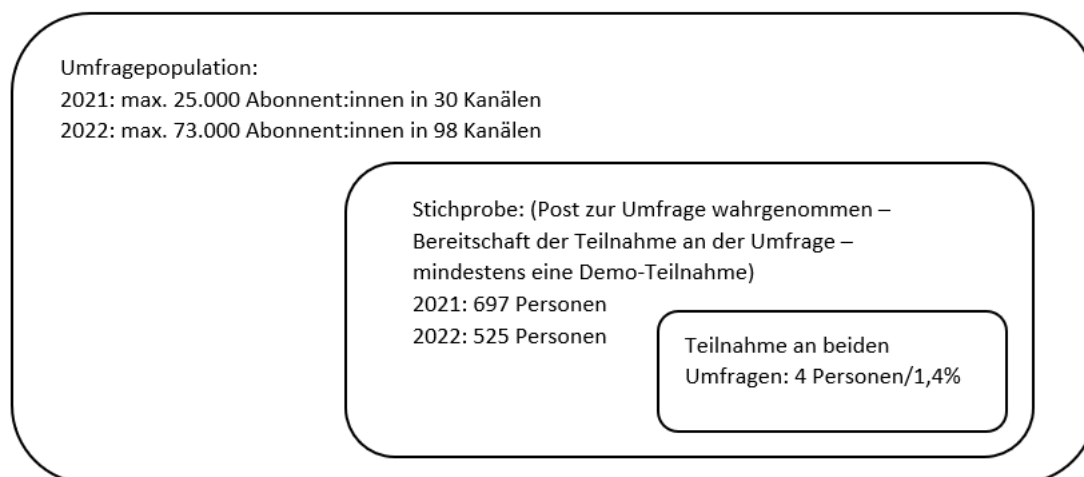


Abbildung 1: Umfragen 2021 und 2022

Diese Werte unterstreichen zum einen die dynamische Entwicklung der Corona-Proteste, zum anderen weisen sie auf die methodischen Limitierungen der Vergleichsuntersuchung hin, da sich sowohl die Befragten als auch die Stichprobe fundamental unterscheiden – es handelt sich somit um einen Vergleich zweier Ausschnitte aus der Protestbewegung. Umso erstaunlicher ist, wie die nächsten vier Kapitel aufzeigen werden, dass dennoch ein Großteil der Einstellungen und Motivationen mehr oder weniger ähnlich sind.

### 3. Soziodemographische Daten und Profil der Teilnehmenden

Wie erwähnt gibt in unserer diesjährigen Umfrage eine Mehrheit an, im Herbst 2021 erstmalig an Demonstrationen teilgenommen zu haben. Trotzdem entspricht das demographische Profil der Umfrageteilnehmer:innen in etwa dem des Vorjahres.

#### 3.1 Geschlecht

Wie im letzten Jahr zeigt sich bei den Protestteilnehmer:innen, wie sie sich uns durch die Umfrage präsentieren, wieder ein ungleiches Geschlechterverhältnis: Frauen sind mit 65,5% gegenüber Männern mit nur 33,4% überaus stark vertreten. Gegenüber dem letzten Jahr, als sich nur eine Person jenseits der binären Geschlechterordnung verortete, ordnen sich dieses Jahr vier Personen nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zu.

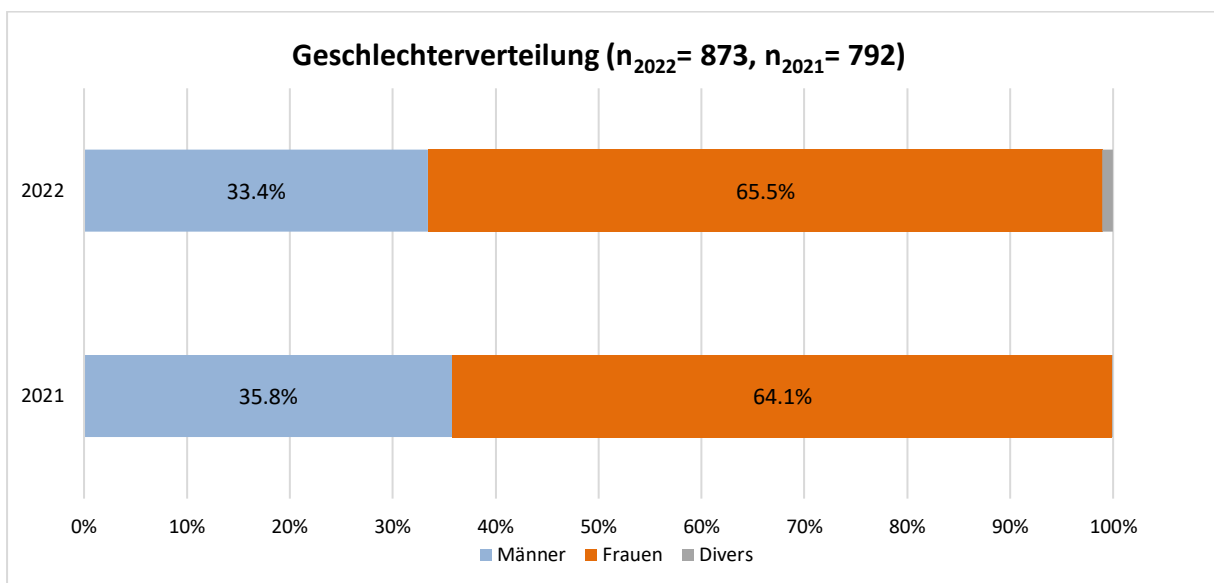


Abbildung 2: Geschlechterverteilung

#### 3.2 Altersverteilung

Die Corona-Protteste werden vor allem von Personen mittleren Alters getragen. 54,4% sind zwischen 46 und 65 Jahren alt, weitere 34,9% zwischen 26- und 45-jährig. 7,9% der Befragten geben an, über 65 Jahre alt zu sein, so dass die Anzahl der Senior:innen gegenüber dem Vorjahr (damals waren es 4,0%) leicht angestiegen ist. Jugendliche unter 25 Jahren sind mit 2,8% kaum vertreten. Der Altersdurchschnitt entspricht mit 49 Jahren ungefähr dem Durchschnitt der österreichischen Gesamtbevölkerung.

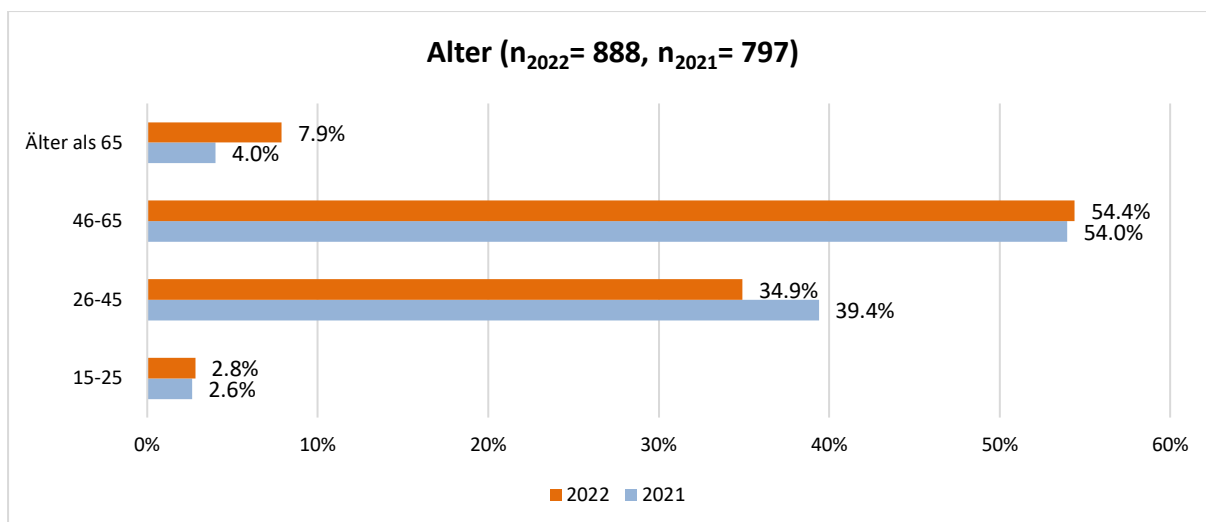


Abbildung 3: Alter

### 3.3 Wohnort (Stadt/Land)

Der größte Teil der Befragten wohnt in ländlichen Gegenden, in Orten mit weniger als 40.000 Einwohner:innen. 47,3% geben an, in einem Wohnort mit weniger als 5.000 Menschen zu wohnen und 22,7% in einem Ort mit zwischen 5.000 und 40.000 Einwohner:innen. Wie schon im Jahr 2021 sind auch in der Folgebefragung Umfrageteilnehmer:innen aus ländlichen Gebieten leicht überrepräsentiert – auch wenn der Unterschied im Jahr 2022 noch etwas deutlicher ausgeprägt ist. Demgegenüber sind die Bewohner:innen von Wien und den Städten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck eher unterrepräsentiert. Inwieweit dies auf eine sich verändernde Zusammensetzung der Protestteilnehmer:innen verweist oder aufgrund der Befragungsart zustande kommt (aus vielen Wiener Telegram-Gruppen wurden wir beim Aufruf zur Umfrage-Teilnahme ausgeschlossen), lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

Tabelle 1: Wohnorte

Einwohner:innen	Erhebung 2022	Erhebung 2021	Statistik Austria 2021
Wien	14,3%	17,1%	21,5%
100.000 – 500.000	9,2%	9,0%	9,9%
40.000 – 100.000	6,5%	5,4%	3,3%
5.000 – 40.000	22,7%	27,1%	26,4%
Weniger als 5.000	47,3%	41,5%	38,9%

### 3.4 Ausbildungsniveau und Beschäftigung

Der Ausbildungsgrad der Umfrageteilnehmer:innen ist sehr divers und umfasst 1,4% an Personen mit Pflichtschulabschluss, 26,7% mit Lehrabschluss bzw. Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule, ebenso viele, also auch 26,7%, mit Abschluss von AHS oder BHS und mit einem Anteil von 36,8% Personen mit Studienabschluss (Bachelor, Master oder Doktorat). Damit liegt das Ausbildungsniveau nicht nur entscheidend über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (vgl. Statistik Austria, 2022a), die Protestteilnehmer:innen sind auch im Vergleich zum Vorjahr besser gebildet. Personen mit mittlerem oder höherem Schulabschluss (in der Gesamtbevölkerung rund 30%) oder einem Studienabschluss (in der Gesamtbevölkerung unter 20%) sind deutlich übervertreten.

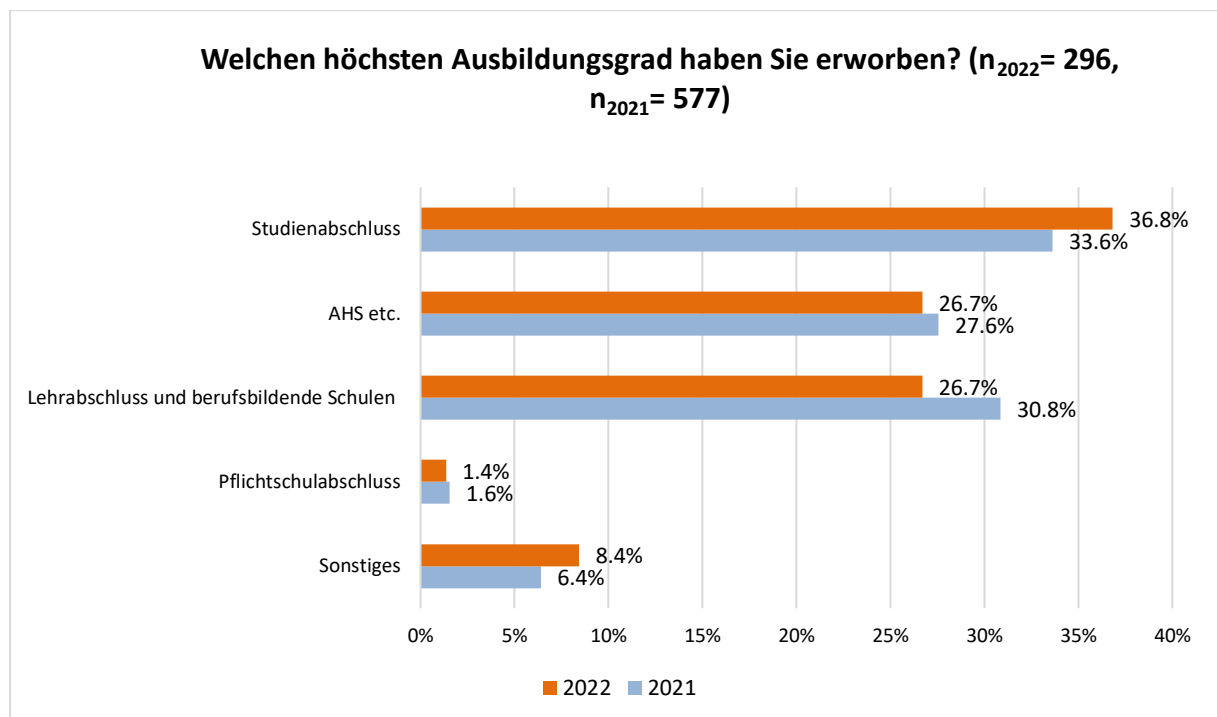


Abbildung 4: Ausbildung

Bei den Arbeitsmarktstatistiken ist auch dieses Jahr wieder der hohe Anteil an selbstständig und freiberuflich Beschäftigten auffallend – auch wenn in der Befragung dieses Jahres der Anteil der Selbständigen und Freiberufler:innen gegenüber dem Vorjahr merklich abgenommen hat. Der Gesamtanteil der Selbständigen (mit und ohne angestellte Mitarbeiter:innen) unter den befragten Demonstrationsteilnehmer:innen liegt bei 21,1% (2021 waren es noch 27,9%). Gegenüber den 10,5% selbstständig Beschäftigten in der Gesamtbevölkerung, welche die Statistik Austria (2022b, S. 25) für 2021 erhob, ist diese Bevölkerungsgruppe immer noch deutlich überrepräsentiert.

Gegenüber der Untersuchung vom Vorjahr hat auch der Anteil der Rentner:innen zugenommen: Während im letzten Jahr 9,9% angaben, (Früh-)Rentner:innen zu sein, sind es in diesem Jahr 15,4% der Befragten.

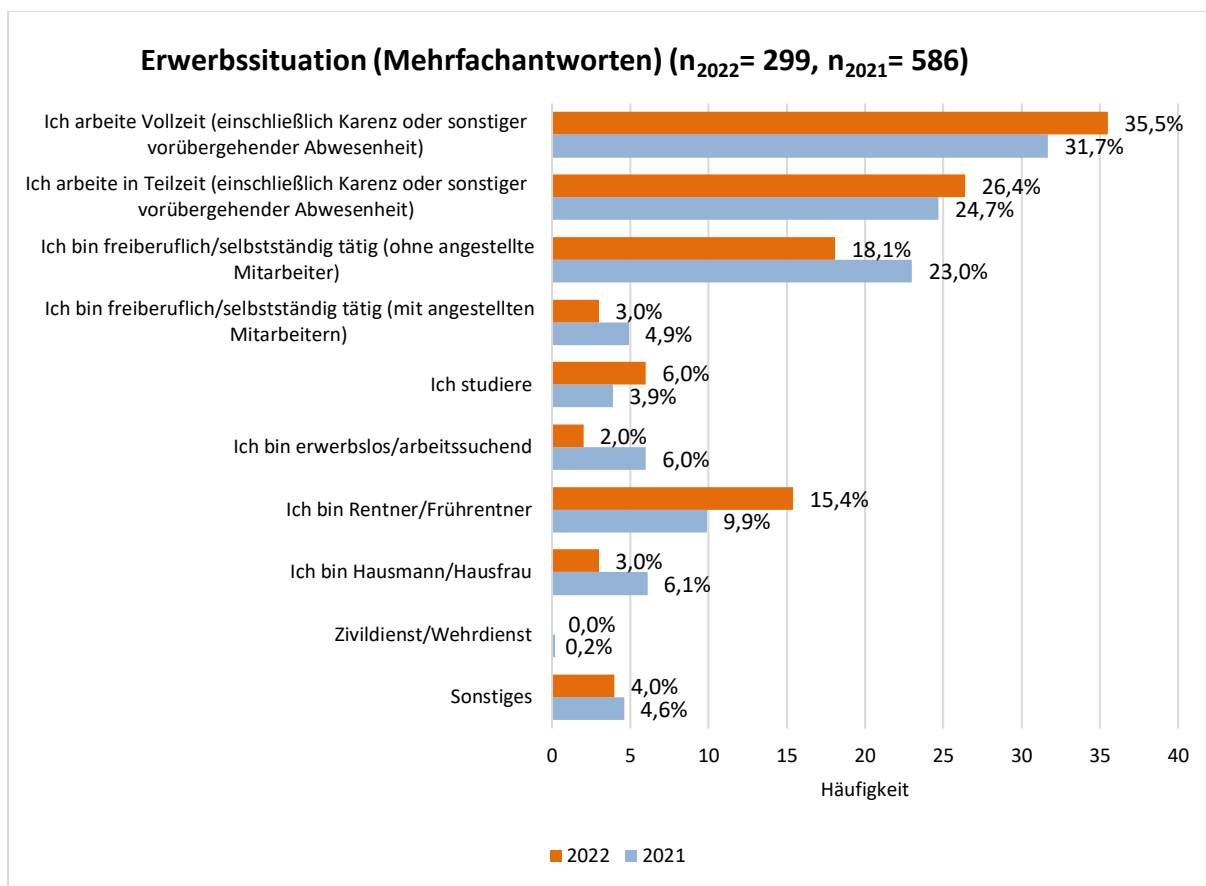


Abbildung 5: Erwerbssituation

Tabelle 2: Teilzeitquote

	Erhebung 2022	Erhebung 2021	Statistik Austria 2021
<b>Männer</b>			
Vollzeit	88,1%	83,3%	88,4%
Teilzeit	11,9%	16,7%	11,6%
<b>Frauen</b>			
Vollzeit	38,8%	38,6%	50,4%
Teilzeit	61,2%	61,4%	49,6%
<b>Gesamt</b>			
Vollzeit	57,3%	56,2%	70,6%
Teilzeit	42,7%	43,8%	29,4%

Bei der Teil- und Vollzeitbeschäftigung der unselbständig Beschäftigten hat sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergeben: Zwar ist die Teilzeitquote der Befragten mit 42,7% gegenüber den 29,4%, welche die Statistik Austria (2022b, S. 26f.) für die österreichische Gesamtbevölkerung ausmacht, immer noch sehr hoch, aber dieses Jahr ist diese Differenz ganz auf die befragten Frauen zurückzuführen. Während die Teilzeitquote der Männer mit 11,9% fast derjenigen der Gesamtbevölkerung von 11,6% entspricht, beobachten wir bei den Frauen in unserer Umfrage eine Teilzeitquote von 61,2% gegenüber 49,6% in der Gesamtbevölkerung.

### 3.5 Wahrgenommene Schichtzugehörigkeit

Die Corona-Proteste werden gemäß unserer Umfrage wie im Vorjahr vor allem von Personen getragen, die sich der Mittelschicht zuordnen. 35,7% der Befragten ordnen sich der oberen Mittelschicht, 28,7% der unteren Mittelschicht und 11,0% der Arbeiter:innenschicht zu. Auch dieses Jahr zeigen sich in der Umfrage wieder viele Personen, die sich keiner dieser Schichten zuordnen (11,0%) und keine Antwort geben können oder wollen (11,3%). Die Anzahl der Personen, die sich keiner der genannten Schichten zuordnen, hat im Vergleich zum Vorjahr zwar drastisch abgenommen. Trotzdem sind die 11%, die angeben, keiner dieser Schichten anzugehören, im Verhältnis zu vergleichbaren Studien, wo sich meist nur wenige Prozent bis Promille nicht zu einer Schicht zuordnen (vgl. Baumann & Schulz, 2018, S. 188), immer noch ungewöhnlich hoch.

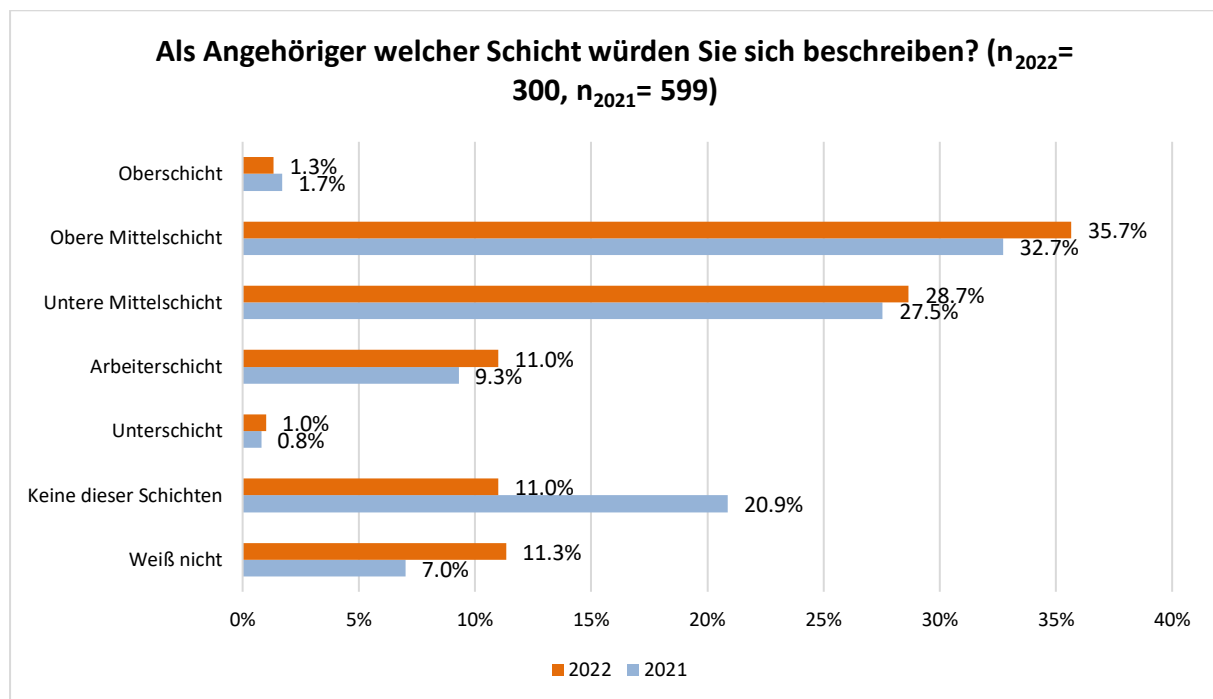


Abbildung 6: Schichtzugehörigkeit

### 3.6 Wohnsituation

Nicht nur in der Literatur zu den Auswirkungen von physischer Distanz und Lockdowns, sondern auch in unseren Interviews zeigte sich, dass die konkrete Wohnsituation viel zum Erleben der Pandemie beigetragen hat. Deshalb haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal auch danach gefragt, ob die Befragten in



Einfamilien- oder Mehrparteihäusern wohnen und mit wem sie zusammenleben. 62,0% der Umfrageteilnehmer:innen geben an, dass sie in Einfamilienhäusern leben, gegenüber 35,6%, die in Mehrparteihäusern wohnen; 2,6% leben in Wohngemeinschaften. 66,8% wohnen laut Umfrage zusammen mit ihren Partner:innen, 48,2% mit ihren Kindern, 9,0% mit ihren Eltern und 3,0% mit sonstigen Mitbewohner:innen. 16,3% der Befragten berichten, alleine zu wohnen. Wie diese Daten gegenüber der österreichischen Gesamtbevölkerung einzuschätzen sind, wissen wir nicht.

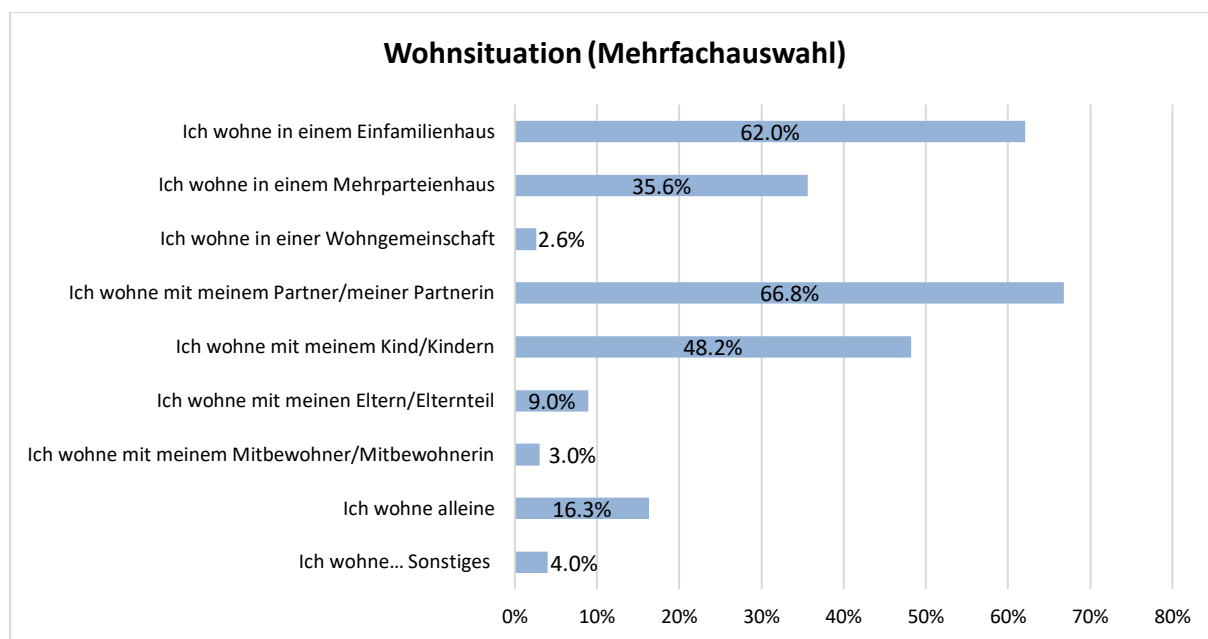


Abbildung 7: Wohnsituation

### 3.7 Teilnahme an vorherigen Protesten

Wie bereits angesprochen, zeigt sich in der Umfrage 2022 erstens, dass 2021 eine starke Mobilisierung von Personen stattfand, die zuvor noch nicht an Corona-Protesten teilgenommen hatten: Insgesamt 57,7% der Befragten kam erst ab April 2021 zu den Protesten hinzu, davon 41,6% sogar erst ab Herbst 2021. Zweitens ist ein großer Teil der Befragten auch insgesamt nicht sehr demonstrationserfahren. Die Anzahl der Befragten, die angeben, vor den Corona-Protesten noch nie an einer Demonstration teilgenommen zu haben, ist trotz Abnahme gegenüber dem Vorjahr mit 48,9% (im Jahr 2021 54,1%) immer noch hoch. Eine Zunahme von 14,0% auf 21,6% gibt es allerdings bei denjenigen, die häufiger (mehr als fünf Mal) an Demonstrationen jenseits der Corona-Proteste teilgenommen haben.

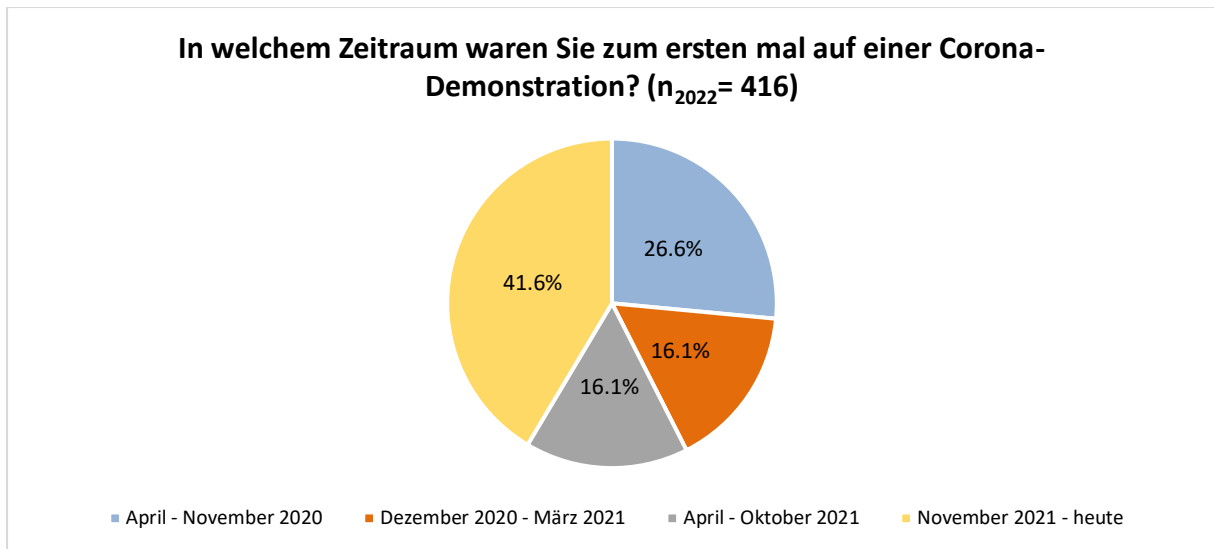


Abbildung 8: Erste Teilnahme an Protesten

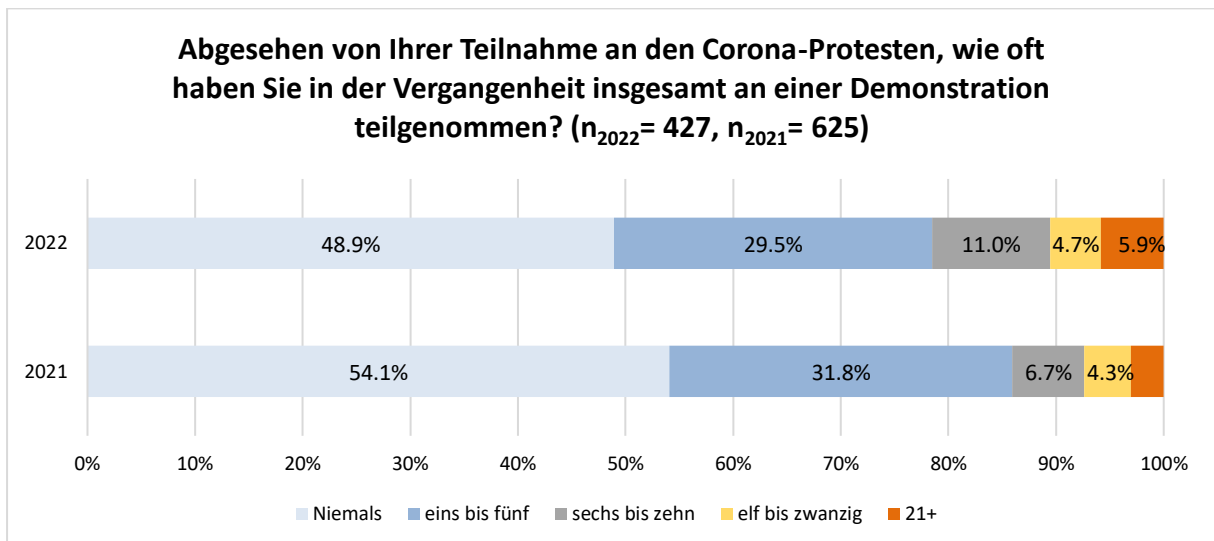


Abbildung 9: Teilnahme an Protesten jenseits der Corona-Proteste<sup>1</sup>

### 3.8 Politisches Profil

Um einschätzen zu können, aus welchem politischen Spektrum sich die Teilnehmer:innen der Corona-Proteste speisen, haben wir auch nach dem bisherigen Wahlverhalten gefragt.

Die angegebene Wahlbeteiligung unter den Befragten fiel höher aus als bei der letzten Nationalratswahl. Die noch nicht Wahlberechtigten nicht berücksichtigt, gaben laut Selbstauskunft über 84,6% an, bei der letzten Nationalratswahl gewählt zu haben. Bei der Nationalratswahl 2019 wurde demgegenüber eine Beteiligung von 75,6% errechnet (Bundesministerium für Inneres, 2019).

<sup>1</sup> Aus Platz- und Darstellungsgründen werden in den folgenden Abbildungen einige Zahlenwerte (ab 5%) nicht abgebildet. Die vollständigen Abbildungen können auf Nachfrage erhalten werden.

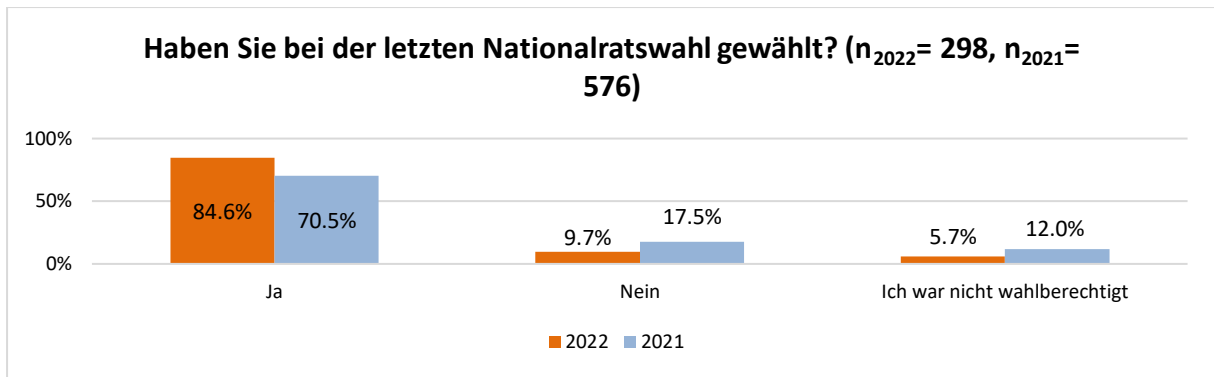


Abbildung 10: Wahlbeteiligung

Bei der Frage, welche Partei 2019 bei den letzten Nationalratswahlen gewählt wurde, zeigt sich auch im Jahr 2022 wieder, dass die Proteste vornehmlich von ehemaligen Wähler:innen dreier Parteien besucht werden: Von denjenigen, die diese Frage beantwortet haben, gaben 29,0% an, die FPÖ gewählt zu haben (im Jahr 2021 lag der Anteil noch bei 30,2%), 21% wählten die ÖVP (2021: 20,2%) und 24,5% die Grünen (2021: 20,5%). Im Vergleich zu den von diesen Parteien bei den letzten Nationalratswahlen erzielten Stimmen sind die Wähler:innen der FPÖ und der Grünen auf den Protesten überrepräsentiert, bei den Wähler:innen der ÖVP, die bei den letzten Wahlen 37,5% der Stimmen gewann, liegt die Quote dagegen darunter. Die Frage, wie die Protestierenden zum Zeitpunkt der Befragung wählen würden, diskutieren wir unter 5.1.

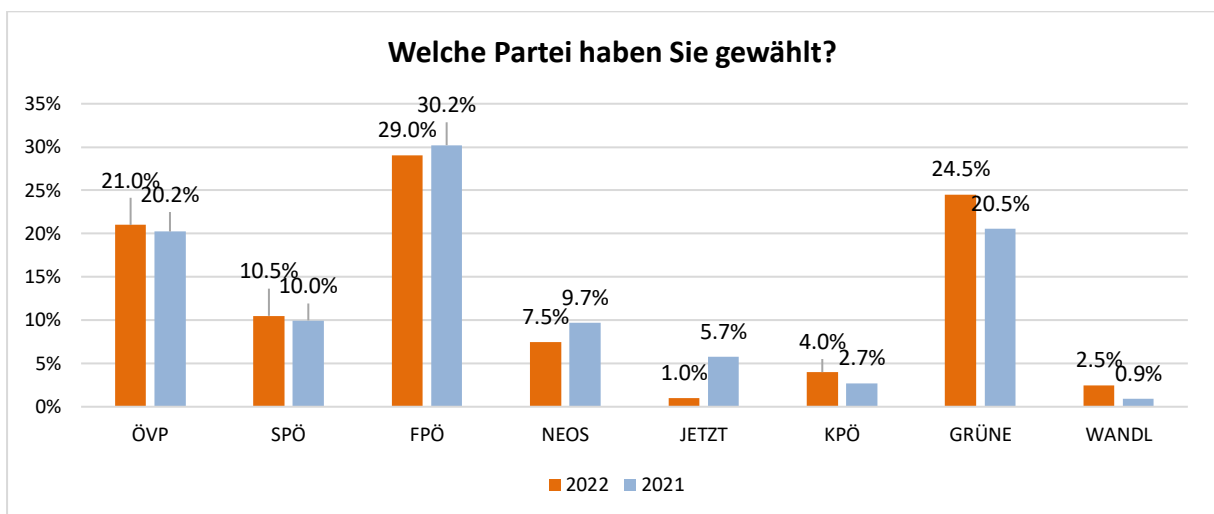


Abbildung 11: Letztes Wahlverhalten

### 3.9 Zusammenfassung

Das soziodemographische Profil der Teilnehmer:innen sieht also im Jahr 2022 sehr ähnlich aus wie im Jahr zuvor: Auf den Protesten finden sich gemäß unserer Umfrage mehr Frauen als Männer, mehrheitlich sind die Teilnehmer:innen zwischen 45 und 65 Jahre alt, ordnen sich der Mittelschicht zu und leben mit Partner:innen, und viele mit ihren Kindern, in Einfamilienhäusern in ländlichen Gebieten. Der Bildungsstand ist divers, aber höher als derjenige der Gesamtbevölkerung. Es zeigt sich ebenso eine Überrepräsentation von Teilzeit- und von selbstständig Beschäftigten. Politisch sind unter den Protestierenden vor allem bisherige FPÖ-, ÖVP- und Grünen-Wähler:innen zu finden.

## 4. Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen

Dieser Abschnitt widmet sich den Einstellungsmustern der Befragten in Bezug auf die Corona-Maßnahmen, die Medien, Verschwörungstheorien bzw. Esoterik sowie auf rechtsautoritäre und populistische Aussagen. Während in Abschnitt 4.1 und 4.2 die Daten aus 2021 und 2022 gegenübergestellt werden, präsentieren wir in Abschnitt 4.3 Ergebnisse, die in der Erstbefragung nicht abgefragt wurden und auf Abgrenzung gegenüber rechten Akteur:innen, NS-Vergleiche sowie familiären Zusammenhalt abstellen.

### 4.1 Haltungen zu Politik, Medien und Expert:innen in der Pandemie

Wie im Vorjahr eint die Befragten die nahezu einhellige Ablehnung der Corona-Maßnahmen als willkürlich (93,0%), unwirksam (88,8%) und verfassungswidrig (96,2%) sowie die Wahrnehmung, dass Meinungsfreiheit und Demokratie durch die Maßnahmen bedroht seien (98,5%).<sup>2</sup>

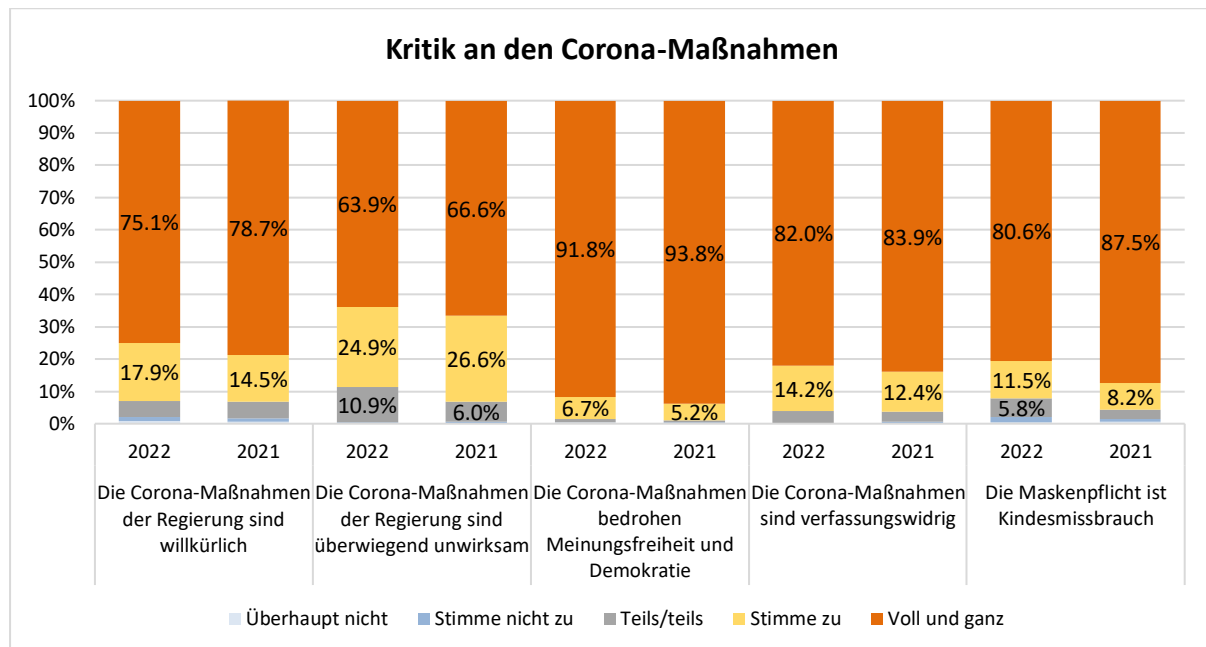


Abbildung 12: Kritik an den Corona-Maßnahmen

Weite Verbreitung findet unter den Befragten, wie im Jahr 2021, eine harsche Kritik an Medien und den von diesen und der Regierung konsultierten Expert:innen. In den etablierten Medien kämen zum einen die falschen Expert:innen zu Wort (89,1%), deren Meinung als wertlos betrachtet wird, weil sie sich häufig widersprechen würden (58,0%), zum anderen würden die Proteste medial gezielt abgewertet (98,5%).

<sup>2</sup> Wird im Text von Zustimmung bzw. Ablehnung gesprochen, so bezieht sich das stets auf die kumulierten Prozente von „stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“.

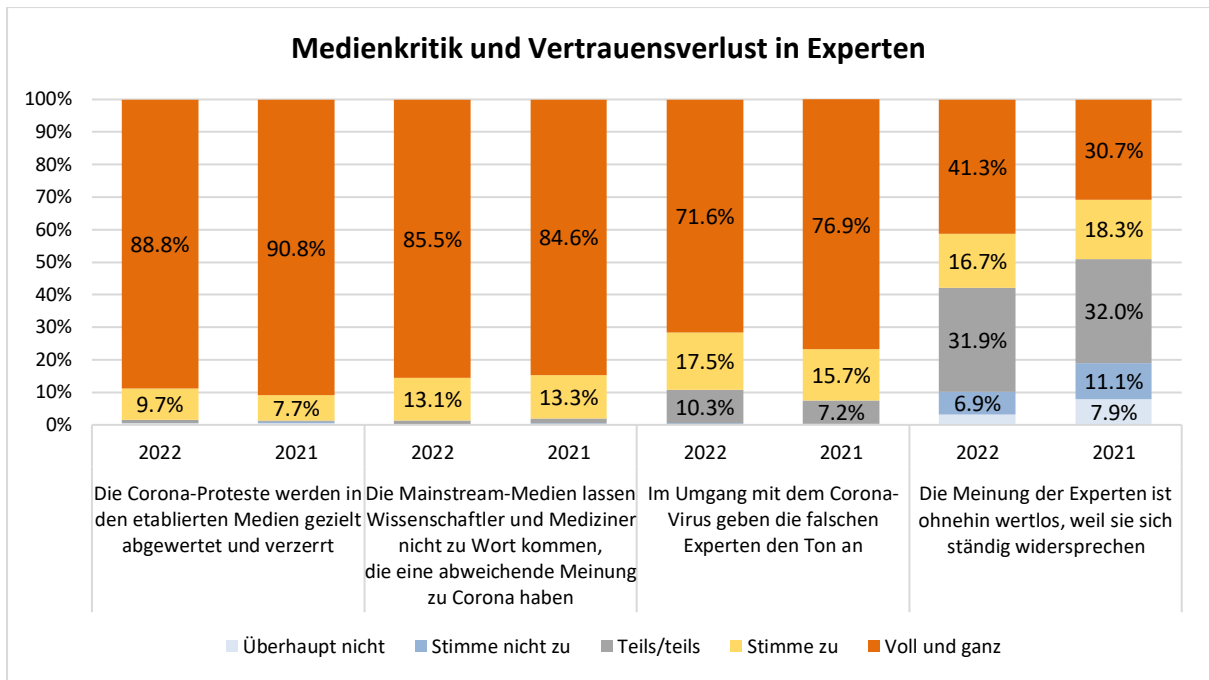


Abbildung 13: Medienkritik und Vertrauensverlust in Expert:innen

Die vom Coronavirus ausgehende Gefahr wird auch im Jahr 2022 noch von einem Großteil der Befragten als nicht gefährlicher als die herkömmliche Grippe eingeschätzt (71,5%). Es verwundert deshalb auch nicht, dass die Protestierenden die Berichterstattung über die Pandemie als überzogen wahrnehmen (95,4%) und dass sie den psychischen wie auch den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie höheren Stellenwert einräumen als den gesundheitlichen. Der Regierung werfen sie vor, dass diese im Umgang mit der Pandemie unnötig Angst schüren würde (98,8%).

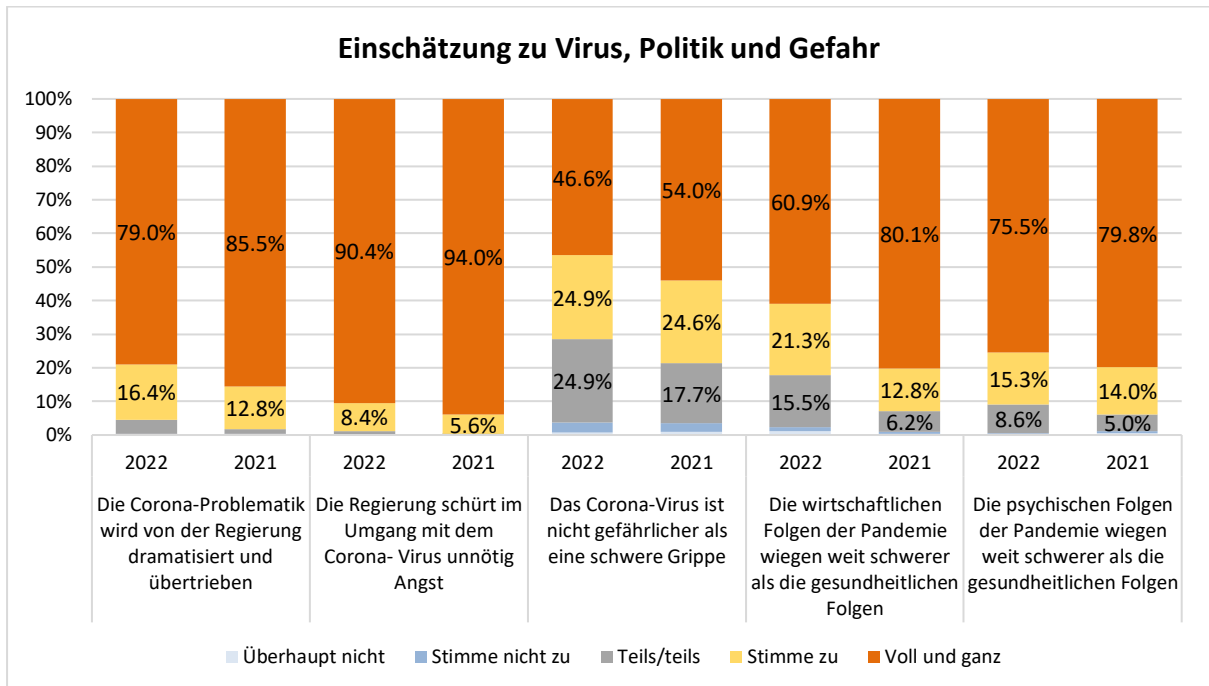


Abbildung 14: Einschätzung zu Virus, Politik und Gefahr

In ihrer wirtschaftlichen Existenz unmittelbar von den Maßnahmen bedroht, sehen sich im Jahr 2022 31,0% der Befragten und damit etwas weniger als in der Ersterhebung (36,5%). Diese Entwicklung spiegelt sich zumindest in Teilen auch in der Bewertung der staatlichen Hilfsmaßnahmen wider: Im Jahr 2022 wird die Effektivität der finanziellen Unterstützung weniger stark bestritten (43,4%) als noch im Jahr 2021 (62,7%). Die Aussage, dass das Home-Schooling gezeigt habe, dass wir keine Schule bräuchten, lehnen 59,4% der Umfrageteilnehmer:innen ab, bei 12,7% Zustimmung, im letzten Erhebungszeitraum belief sich die Ablehnung noch auf 79,1%.

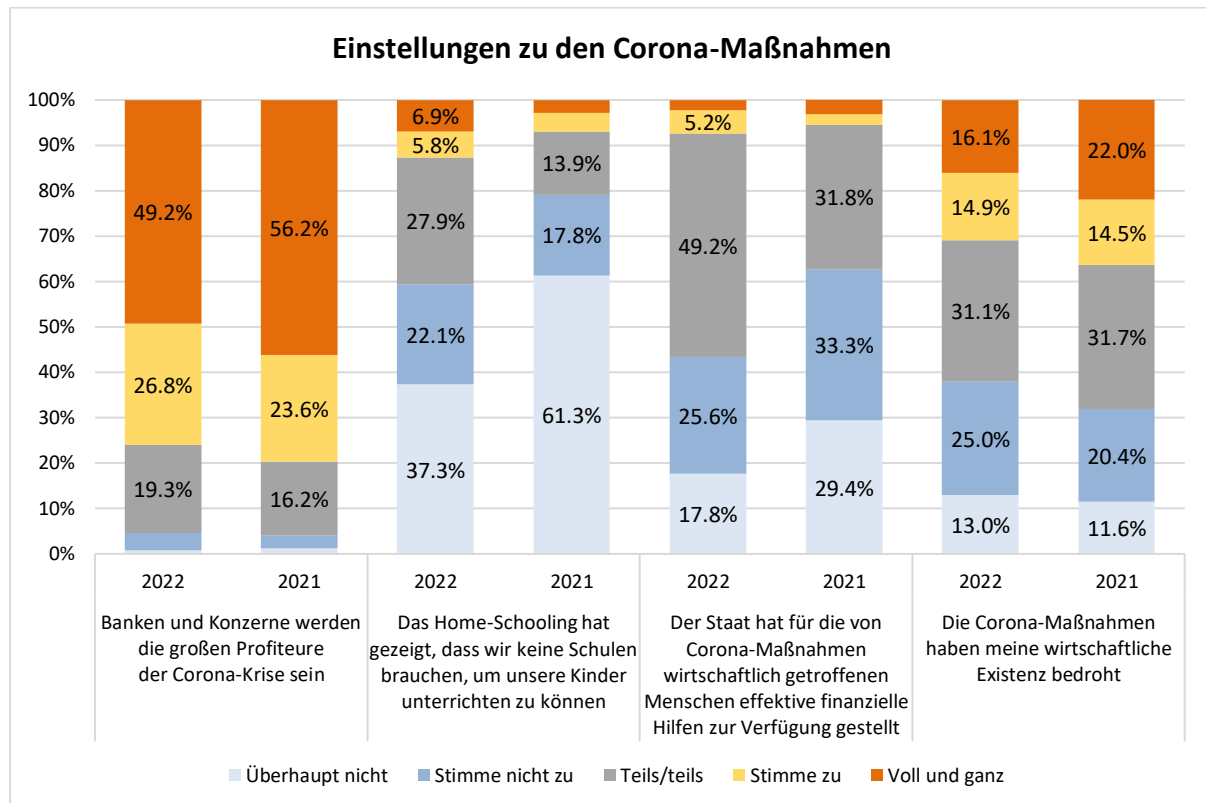


Abbildung 15: Sonstige Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen

## 4.2 Verschwörungsdenken, Esoterik sowie rechtsautoritäre und populistische Einstellungsmuster

Auch Verschwörungsdenken ist unter den Befragten wie in der Erstbefragung weit verbreitet: Dass die Regierung die Pandemie instrumentalisieren, um die Bevölkerung zu überwachen und zu kontrollieren, halten 86,5% für wahrscheinlich, und 65,3% glauben, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben würden. 87,5% vermuten, dass Politik und Medien unter einer Decke stecken, weitere 69,8%, dass Politiker:innen lediglich Marionetten dahinterstehender Mächte seien.

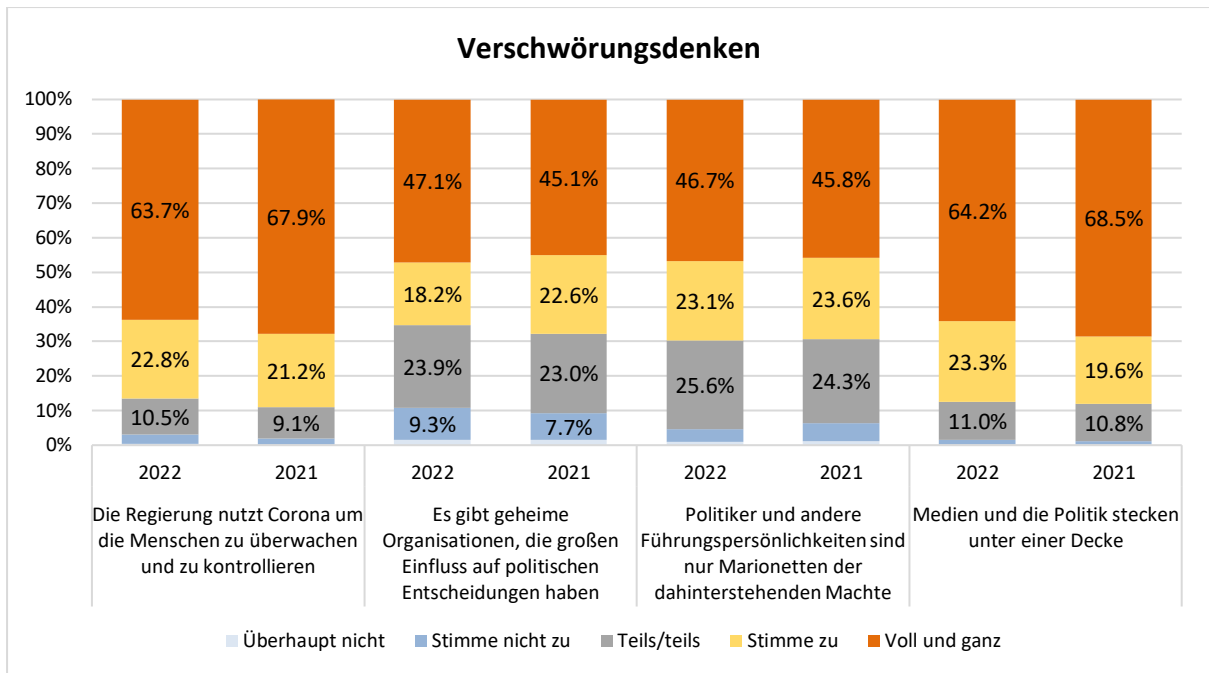


Abbildung 16: Verschwörungsdenken

Verschwörungstheorien ranken sich außerdem um die Impfung: 70,9% der Befragten sind im Jahr 2022 der Ansicht, die Gates-Foundation wolle eine Zwangsimpfung für die ganze Welt; die Zustimmung für die Theorie, dass über die Impfung Mikrochips verabreicht würden, wird mit 30,8% zumindest von fast einem Drittel explizit vertreten. Große Skepsis besteht unter den Befragten auch hinsichtlich wissenschaftlicher Studien zum Klimawandel: Die Behauptung, dass solche Studien meist gefälscht seien, vertreten 33,3%, weitere 39,3% stimmen zumindest teilweise zu, und damit etwas mehr als noch 2021 (28,1%). Insgesamt lässt sich auch hier eine überwiegende Übereinstimmung mit den Daten aus dem Jahr 2021 konstatieren.

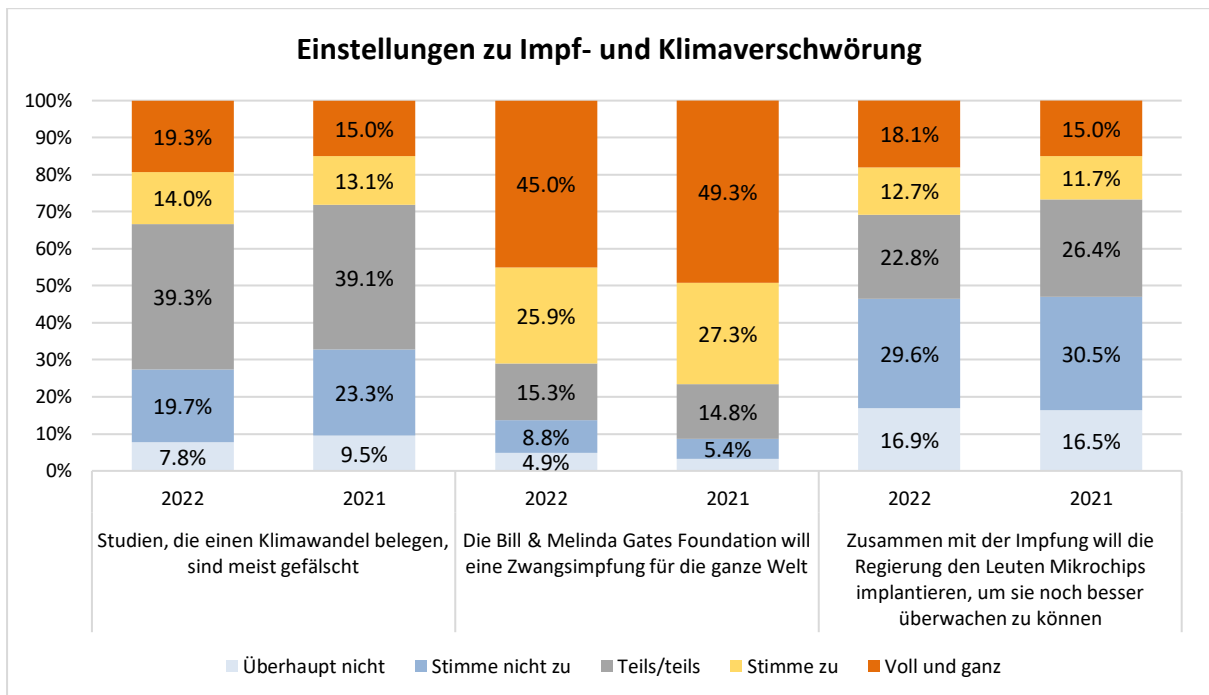


Abbildung 17: Einstellungen zu Impf- und Klimaverschwörungen

Unter den Befragten sind im Jahr 2022 Einstellungen fest verankert, denen zufolge der Bevölkerung von der Regierung die Wahrheit verschwiegen werde (82,7%), die regierenden Parteien das Volk hintergingen (90,2%), man vom Staat immer stärker bevormundet werde (96,8%) und freie Meinungsäußerung, ohne Ärger zu bekommen, nicht mehr möglich sei (81,8%). Etwas weniger eindeutig verhält sich das Antwortverhalten in Bezug auf die Aussage, dass klare Lösungen für die komplexen Probleme der Welt erforderlich seien: 58,5% stimmen dem zu, 32,4% zumindest teilweise. Der Ruf nach starken Führern wird von einem Großteil der Befragten hingegen abgelehnt – mit 76,5% von etwas weniger Personen als noch in der Erstbefragung (82,6%).

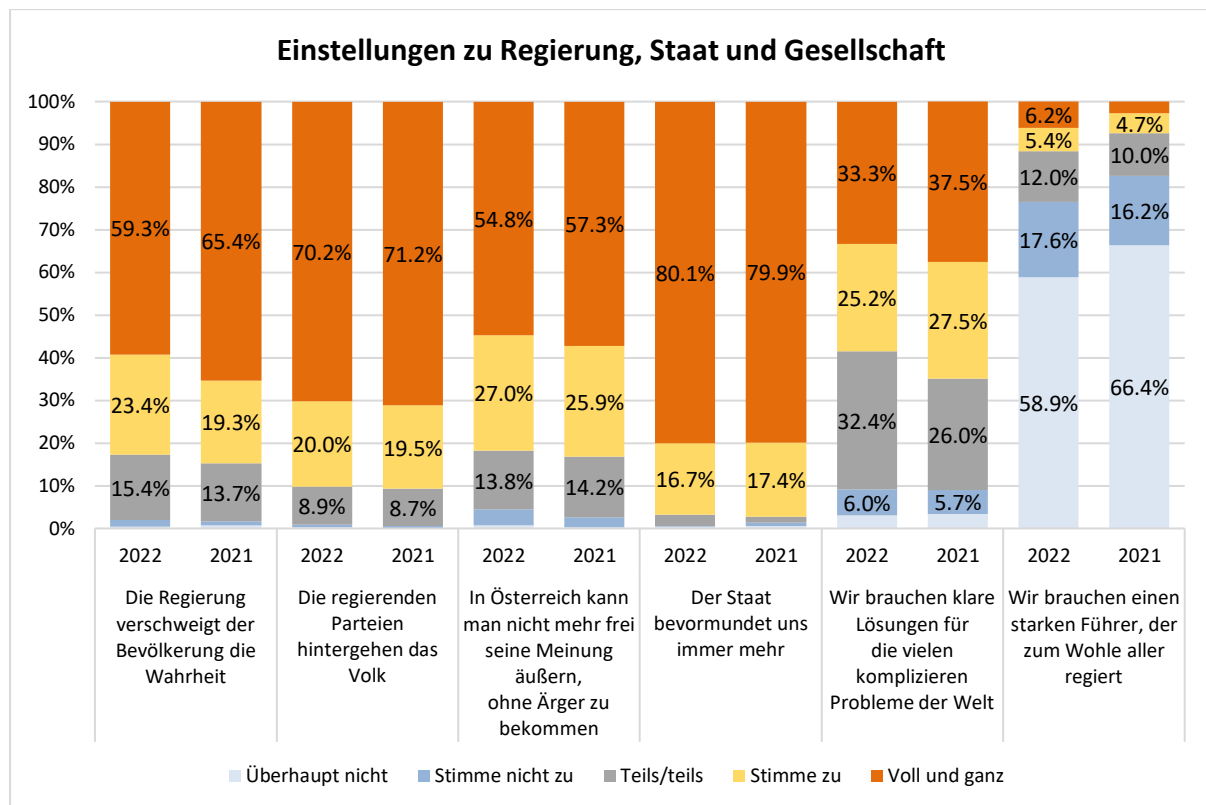


Abbildung 18: Einstellungen zu Regierung, Staat und Gesellschaft

Rechtsautoritäres Denken ist in der Stichprobe, wie auch in der Erstbefragung, nicht stärker verbreitet als wir es – gemessen an Vergleichsstudien aus Deutschland (vgl. Decker & Brähler, 2020) – in der Durchschnittsbevölkerung vermuten würden. 19,4% der Befragten geben 2022 an, sich durch Migrant:innen fremd im eigenen Land zu fühlen, weitere 15,6% sind der Ansicht, man solle Ausländer:innen des Landes verweisen, sofern Arbeitsplätze knapp werden sollten. Abgenommen hat hingegen die Zustimmung zur Aussage, es werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen: Waren es 2021 noch 26,1%, sind es 2022 15,6%. Diese Abnahme könnten wir so interpretieren, dass sich die Protestierenden mittlerweile selbst als Minderheit verstehen, der mehr Respekt entgegengebracht werden sollte. Manifesten Antisemitismus weisen 14,8% der Umfrage-Teilnehmenden auf, weitere 31,6% stimmen der Aussage teilweise zu, dass Juden:jüdinnen in unserer Gesellschaft zu viel Macht hätten.



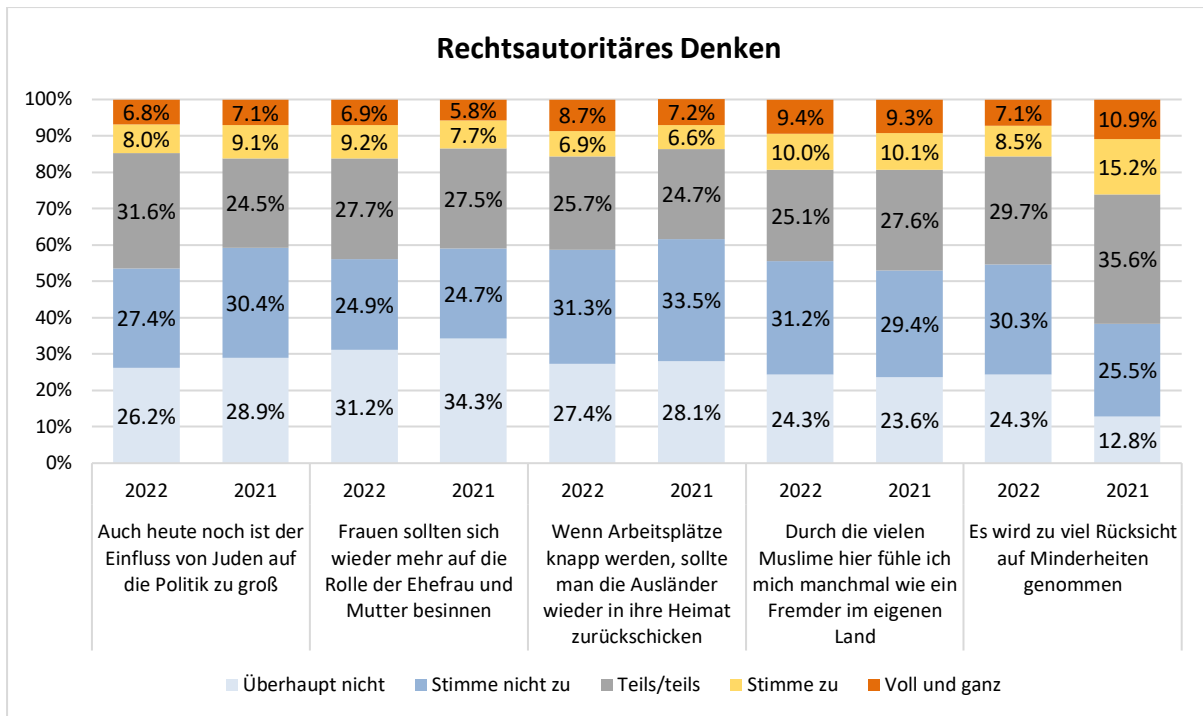


Abbildung 19: Rechtsautoritäres Denken

Esoterische bzw. ganzheitliche Einstellungen sind unter den Befragten weit verbreitet: Im Jahr 2022 sind 67,5% der Ansicht, mehr ganzheitliches und spirituelles Denken täte der Gesellschaft gut, 66,2% plädieren für die Gleichstellung von alternativer und ‚Schulmedizin‘ und 80,0% geben an, dass die Krise zeige, wie sehr wir uns von der Natur entfernt hätten. Einen hohen Zustimmungswert ergibt auch die Aussage, dass die natürlichen Selbstheilungskräfte stark genug seien, um das Coronavirus zu bekämpfen, mit 62,5% ist die Zustimmung im Jahr 2022 jedoch etwas weniger eindeutig als noch 2021 (67,9%).

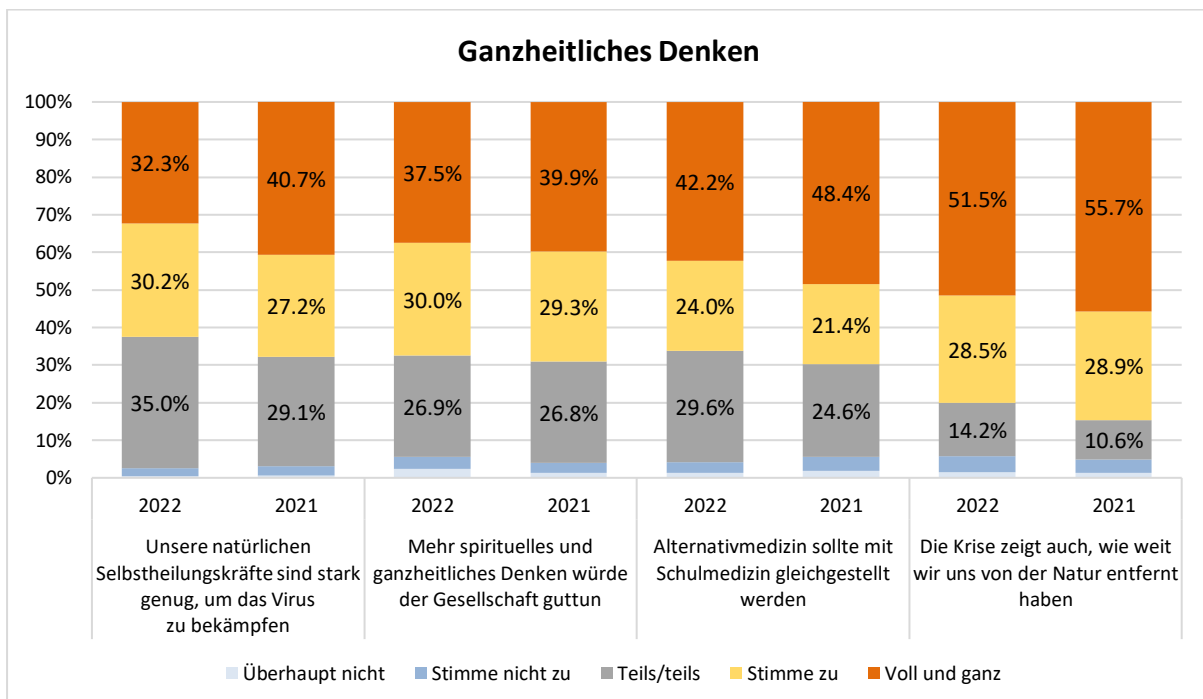


Abbildung 20: Ganzheitliches Denken

### 4.3 Weitere Einstellungswerte: Abgrenzung von Rechtsextremismus und NS-Vergleiche

Aufschlussreich sind nicht zuletzt die 2022 zum ersten Mal erhobenen Einstellungen in Bezug auf die Abgrenzung gegenüber rechten bzw. rechtsextremen Akteur:innen und die Parallelisierung des politischen Umgangs mit der Pandemie mit der NS-Diktatur. Zum einen geben die Befragten mehrheitlich an, dass es unerheblich sei, wer auf den Protesten mitlaufe, solange sie die gleichen Anliegen verfolgen – 67,9% stimmen im Jahr 2022 dieser Aussage zu, weitere 24,6% immerhin teilweise. Differenzierter wird das Bild, wenn dezidiert nach der Teilnahme rechtsextremer Akteur:innen gefragt wird: Für 40,5% ist es ein Problem, wenn sich Rechtsextreme an den Protesten beteiligen, 34,7% der Befragten sehen das teilweise und 24,8% nicht als problematisch an. „Fehlender Mindestabstand“ (Kleffner & Meisner, 2021) liegt demzufolge bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten vor, auch wenn diese im Vergleich zur Gesamtbevölkerung keine besonders stark ausgeprägten rechtsautoritären Einstellungsmuster aufweisen – bei denjenigen, die angeben überhaupt keine Probleme mit rechtsextremen Mitprotestierenden zu haben, können wir annehmen, dass es mehrheitlich auch diejenigen sind, die selbst rechtsautoritär eingestellt sind. Zumindest ist ein großer Teil der Befragten bereit, mit der politischen Rechten gemeinsame Sache zu machen, solange die gleichen Ziele verfolgt werden. Tendenzen zur Normalisierung von vormals eher tabuisierten rechten Ideologien lassen sich hingegen nicht nur in Bezug auf das Protestieren an der Seite von Rechtsextremen, sondern auch auf NS-Vergleiche ausmachen: 63,3% der Befragten sind im Jahr 2022 überzeugt, dass die Corona-Politik an die Zeit des Nationalsozialismus erinnere, weitere 26,7% stimmen dieser Aussage teilweise zu. Konsequenterweise wollen sich 93,3% der Befragten von der kommenden Generation nicht vorwerfen lassen, nicht gehandelt zu haben – eine Formulierung, die aus den Protesten stammt und meist im Verweis auf die NS-Zeit verwendet wird.

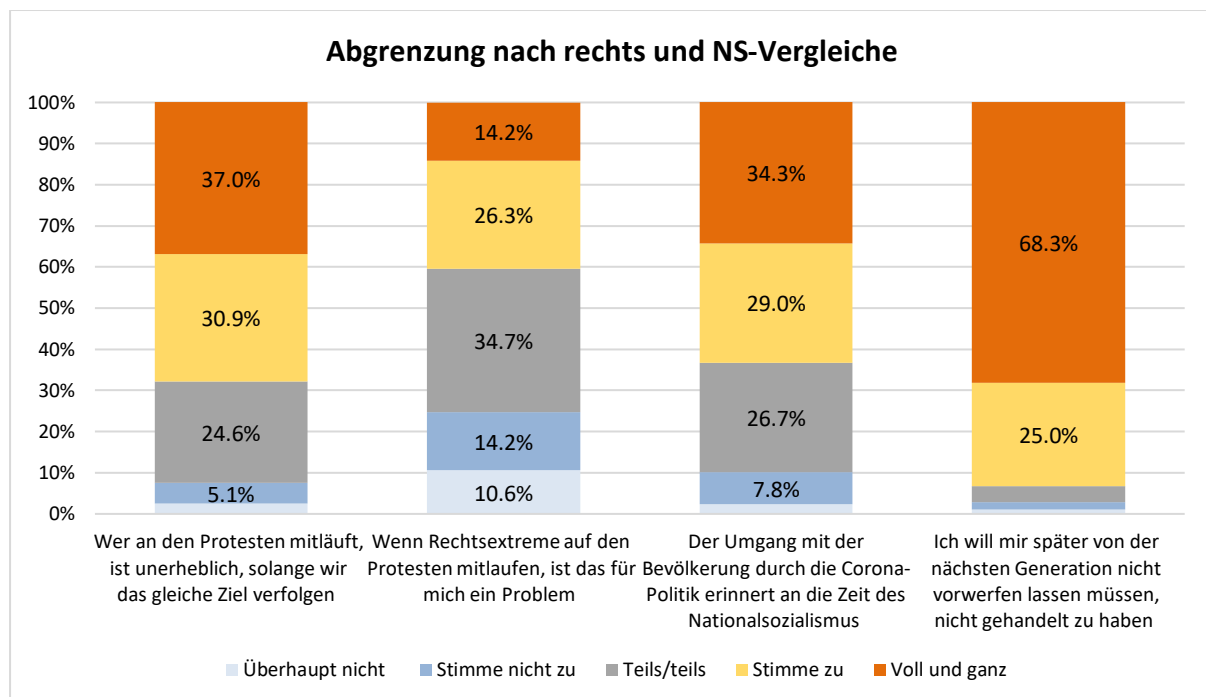


Abbildung 21: Abgrenzung nach rechts und NS-Vergleiche

## 4.4 Zusammenfassung

Die Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen haben sich seit der ersten Erhebung wenig verändert. Auch zu Beginn des Jahres 2022 wurde der politische Umgang mit der Pandemie fast einhellig als überzogen, willkürlich und unsachgemäß wahrgenommen. Die mediale Berichterstattung wird als tendenziös betrachtet, nicht zuletzt auch deshalb, weil Expert:innen mit abweichenden Meinungen keine Plattform gegeben würde. Darüber hinaus werde die Gefahr, die vom Coronavirus ausgeht, aufgebauscht, nicht zuletzt damit die Regierung die Bevölkerung besser überwachen und kontrollieren könne. Verschwörungstheoretische Ansichten, die hinter dem Regierungshandeln geheime Mächte vermuten, die die Zügel in der Hand halten würden, sind ebenso weit verbreitet wie esoterische Weltansichten.

Obgleich rechtsautoritäre Einstellungen unter den Befragte nicht überdurchschnittlich stark vertreten sind, findet keine eindeutige Abgrenzung von rechten bzw. rechtsextremen Akteur:innen statt, die sich an den Protesten beteiligen. Der Blick auf das gemeinsame Ziel macht einen erheblichen Anteil der Befragten zumindest indifferent gegenüber dem Umstand, dass Rechtsextreme in der Bewegung eine zentrale Rolle spielen. Kaum Abstand wird zudem von Parallelisierungen der politischen Situation in der Pandemie mit dem Regime der Nationalsozialisten genommen. Diese Befunde deuten zumindest darauf hin, dass die rechtsautoritären Einstellungen messenden Items das tatsächliche autoritäre Potential der Befragten nur ungenügend erfassen können.

## 5. Politische Einstellungen der Protestierenden

### 5.1 Interesse an Politik, Wahlorientierung und politische Selbsteinschätzung

Die Corona-Protestierenden kennzeichnen sich durch ihr Interesse an Politik, welches im Jahr 2022 mit 71,8 % im Vergleich zu dem Jahr 2021 (68,0%) leicht gestiegen ist. Im Vergleich dazu gaben im Rahmen der Wertestudie von 2018 60,0% der österreichischen Befragten an, sich für Politik zu interessieren (Kritzinger et al., 2018). Damit liegt das Politikinteresse der Befragten deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

Ähnlich wie im Vorjahr lehnen die Befragten die politische Selbsteinordnung auf dem politischen Spektrum zwischen links und rechts zu großen Teilen ab: Im Jahr 2021 lehnten 63,1% diese Kategorisierung als unsinnig ab, im Jahr 2022 waren es immerhin noch 52,4%. Von denjenigen, die diese Kategorisierung nicht ablehnten, ordnen sich die meisten in der Mitte zwischen links und rechts ein.

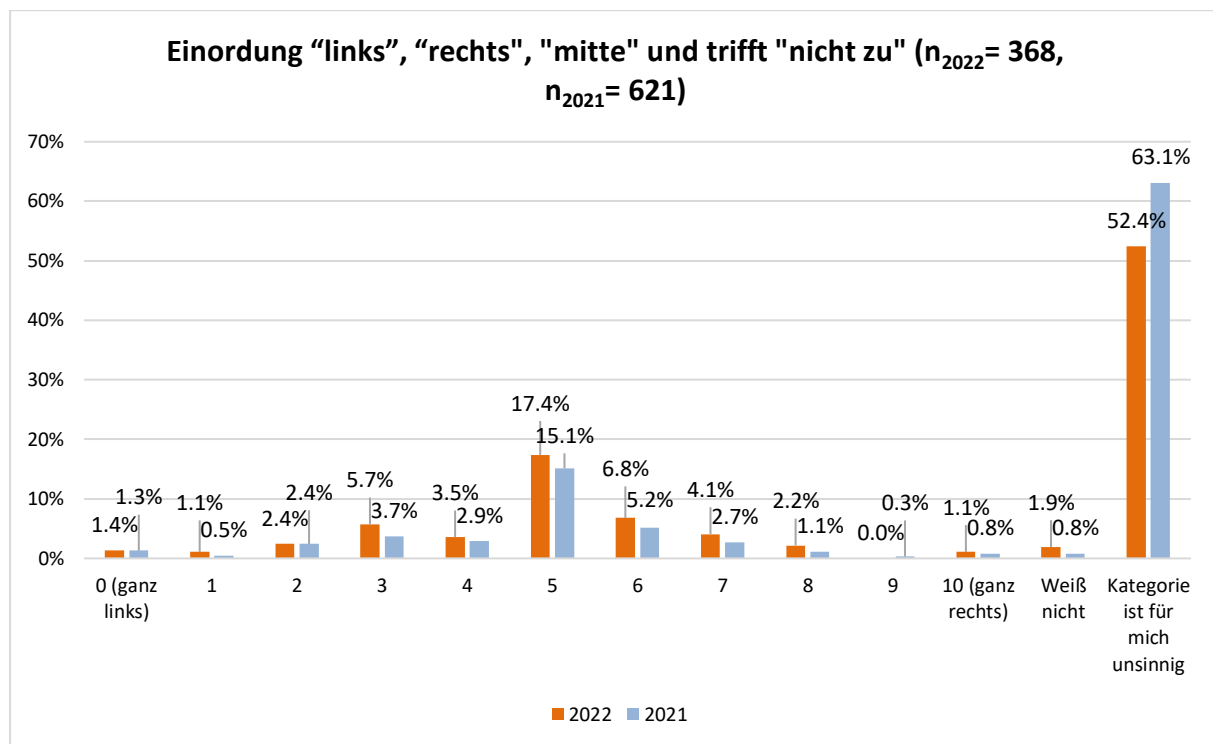


Abbildung 22: Einordnung in Links-Rechts-Schema

Während das Interesse an Politik konstant hoch ist, hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich die Einstellung zu den Parteien geändert. Die Befragten, die angeben, bei den letzten Wahlen vor allem FPÖ (26,2%), die Grünen (22,2%) oder die ÖVP (19,0%) gewählt zu haben (vgl. Abschnitt 3.8.), erteilen 2022 bei der Frage, welche Partei sie aktuell wählen würden, nicht nur den beiden Regierungsparteien eine deutliche Absage, auch die FPÖ verliert Stimmen. Bei der Befragung im Jahr 2021 war die FPÖ noch klare Krisengewinnerin: 56,7% der Befragten gaben damals an, sie würden bei kommenden Wahlen ihre Stimme der FPÖ geben. Dies sieht heute anders aus.

Durch die Partei-Neugründungen im Jahr 2021, vor allem der MFG, hat sich nun eine Partei in den Vordergrund gerückt, die die Kritik an den Corona-Maßnahmen ins Zentrum ihrer Politik stellt. Der Erfolg

der MFG bei den Landtagswahlen in Oberösterreich oder bei den Gemeindewahlen in Waidhofen und zahlreichen Gemeinden Tirols veranschaulichen, dass das Corona-Protest-Milieu die Politik nicht nur außerparlamentarisch herausfordert, sondern durch die Wahlerfolge im Rahmen institutioneller Politik das parteipolitische Spektrum erfolgreich erweitert. Die MFG etablierte sich als neue Akteurin der Corona-Proteste und zugleich als institutionelle Vertreterin. Dementsprechend spielt die MFG bei der Frage danach, welche Parteien die Befragten zukünftig wählen würden, eine entscheidende Rolle: Die FPÖ hat bei der Umfrage 2022 als Corona-Protest-Partei die Führung verloren, im Jahr 2021 erreicht sie nur noch 21,4%. Die große Mehrheit der Befragten, nämlich 66,6%, gibt im Jahr 2022 an, die MFG wählen zu wollen. Wie nachhaltig dieser Umschwung war, ist jedoch fraglich: Zumindest bei den Landtagswahlen 2023 spielte die MFG keine bedeutende Rolle mehr.

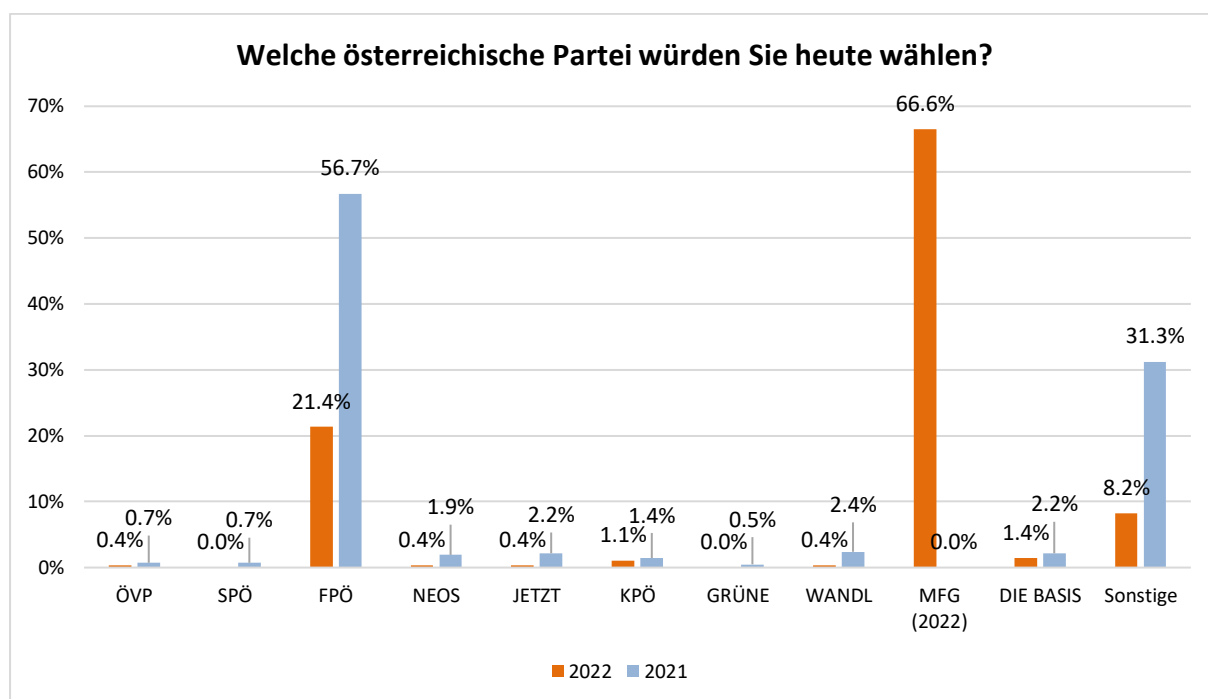


Abbildung 23: Welche Partei würden Sie zukünftig wählen?

## 5.2 Einstellungen zur Demokratie und Institutionen

Die Befragten zeigen sich in überwiegender Mehrheit der Demokratie als Regierungsform gegenüber positiv eingestellt. Im Jahr 2022 stimmen 82,8% der Protestierenden zu, dass die Demokratie zwar Probleme haben mag, sie aber besser als jede andere Regierungsform sei. Die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform geht unter den Teilnehmer:innen der Befragung nicht mit einer Zufriedenheit mit Regierung, Parteien, Parlament oder Polizei einher: Dementsprechend äußern im Jahr 2021 96,8% Prozent kein Vertrauen in die Regierung und der Vertrauensverlust steigt im Jahr 2022 auf 98,7%. Auch das Misstrauen in das Parlament ist von 81,9% im Jahr 2021 auf 91,4% im Jahr 2022 gestiegen. Ebenso wuchs das Misstrauen in die Massenmedien von 96,4% im Jahr 2021 auf 97,3% im Jahr 2022. Ambivalenter ist das Vertrauen in die Parteien, soziale Medien und die Polizei. So ist das Vertrauen in die Parteien durchaus umstritten. 83,4% im Jahr 2021 und 68,9% im Jahr 2022 sind unsicher, ob sie den Parteien vertrauen können, und diejenigen, die den Parteien zumindest teilweise vertrauen, sind von 16,2% auf 30,3% angestiegen. Es könnte also durchaus argumentiert werden, dass mit der Etablierung der MFG das Misstrauen gegenüber den Parteien abgenommen hat. Erstaunlich ist die Abnahme des Vertrauens in die

Polizei seit 2021. Während das Ausmaß des Vertrauens in die Polizei im Jahr 2021 bei 35,0% liegt, liegt dies im Jahr 2022 nur noch 17,6%.

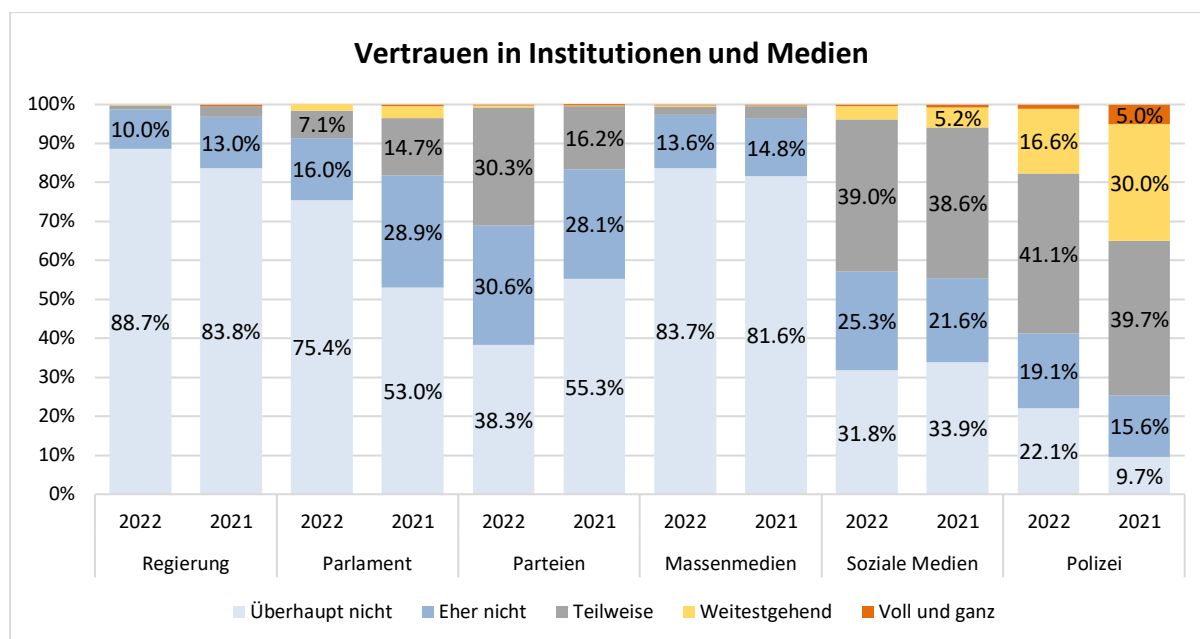


Abbildung 24: Vertrauen in Institutionen, 2021 und 2022

### 5.3 Problemlösungskapazitäten & Einstellung zu Gewalt

Vor dem Hintergrund des mangelnden Vertrauens in die etablierten Institutionen kommt die Frage nach der politischen Problemlösungskompetenz auf. Wir haben daher die Corona-Protestierenden gefragt, wer die Corona-Krise lösen könnte: Wirtschaft, Wissenschaft, Politik oder das eigene Verhalten. Im Jahr 2022 haben wir noch die Problemlösungskompetenz der FPÖ und der MFG integriert.

65,2% der im Jahr 2022 Befragten sprechen der Politik das Vermögen ab, die Corona-Krise zu bewältigen – 2021 waren es noch 70,1%. Das oben konstatierte geringe Vertrauen in die Regierung und das Parlament spiegelt sich hier in der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz der Politik im Allgemeinen wider. Dagegen geht aus den Daten von 2022 hervor, dass der Politik zwar per se eine Absage erteilt wird, FPÖ und MFG jedoch durchaus Problemlösungskompetenz zugesprochen wird. Dementsprechend halten 33,2% der Protestierenden die FPÖ dazu in der Lage, die Corona-Krise zu bewältigen. Deutlich mehr Handlungsmacht wird mit 54,1% der MFG zugeschrieben. Dies verdeutlicht, dass ein wenig mehr als die Hälfte der Teilnehmer:innen glaubt, dass die MFG über die adäquaten Lösungsansätze für die Corona-Krise verfügt. Bei der Krisenbewältigung tritt auch das Vertrauen in das eigene Verhalten hervor: 72,6% im Jahr 2021 und 71,8% im Jahr 2022 sind der Meinung, dass sie durch das eigene Verhalten die Krise lösen können.

Ambivalent ist hier das Antwortverhalten in Bezug auf die Wissenschaft einzuschätzen: Während wie in Abschnitt 5 die Skepsis gegenüber der Wissenschaft dominiert, wird in dieser Frage deutlich, dass der Wissenschaft durchaus Problemlösungspotential zugeschrieben wird. Hier liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Befragten hier die – wenn man der Logik der Proteste folgt – aufrichtige, nicht korrumpierte Wissenschaft vor Augen haben.

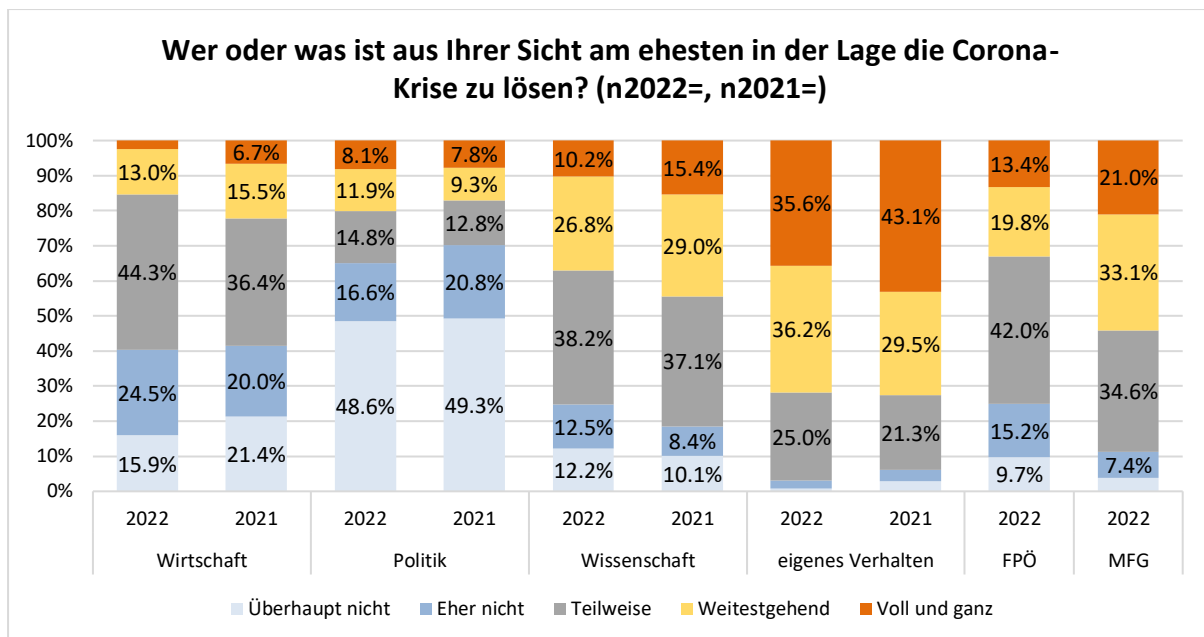


Abbildung 25: Problemlösungskompetenzen im Vergleich 2021 und 2022

Dem Vertrauen in das eigene Verhalten entsprechend, sehen die Protestierenden große Macht im eigenen Handeln, um der Corona-Krise zu begegnen. Das Vertrauen liegt hierbei nicht nur darin, dass im Alltag durch ein bestimmtes Verhalten (hier in der Regel die Nicht-Befolgung der Corona-Maßnahmen) die Krise gelöst wird, sondern auch in dem Vertrauen in das Handlungspotential, welches durch einen Zusammenschluss der Bürger:innen zustande kommt. Wir haben nachgefragt, inwieweit die Protestierenden der Meinung sind, dass der Zusammenschluss von Bürger:innen politische Entscheidungen national und international beeinflussen kann.

Zwar sind im Jahr 2021 28,5% und im Jahr 2022 24,4% der Meinung, dass Bürger:innen nur teilweise Einfluss nehmen können, dagegen ist eine Mehrheit überzeugt, dass ein Zusammenschluss der Bürger:innen Politik bewegen kann: 65,8% im Jahr 2021 und 69,0% im Jahr 2022. Politische Einflussmöglichkeiten der Bürger:innen auf die internationale Politik wird bei 60,7% im Jahr 2022 (2021: 61,6%) gesehen.

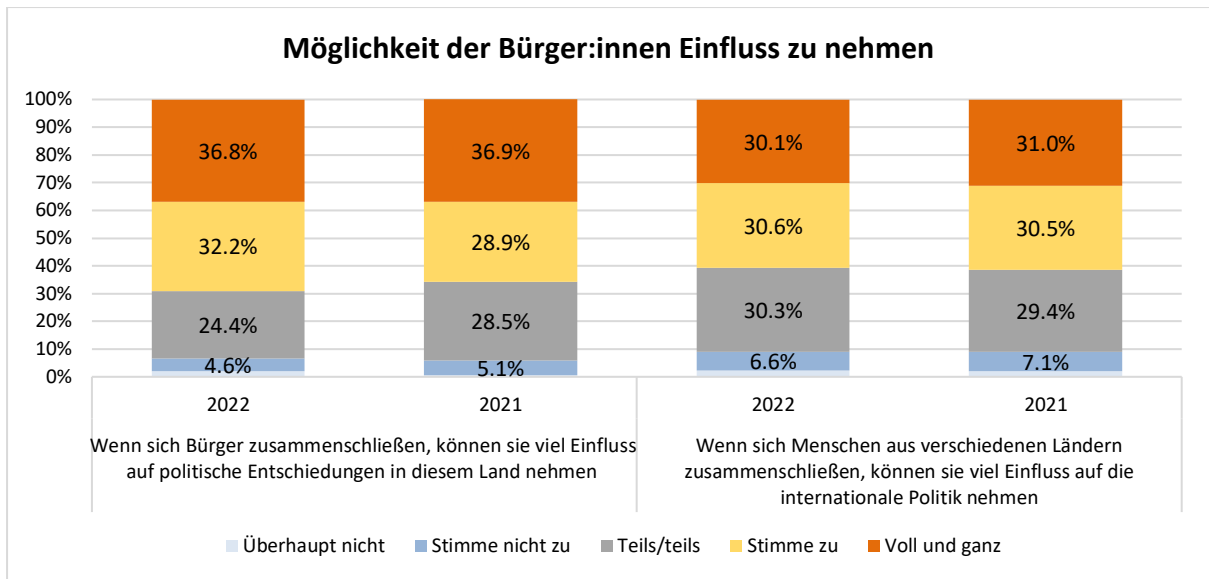


Abbildung 26: Möglichkeit der Bürger:innen Einfluss zu nehmen

Ausgehend von den Ergebnissen der Umfrage, welche die wahrgenommene Handlungsmacht der Protestierenden unterstreichen, stellt sich die Frage, inwiefern physische Gewalt von den Protestierenden als legitimes strategisches Mittel angesehen wird. Vor allem vor dem Hintergrund der medialen Debatte um die Radikalisierung der Proteste (Der Standard 11.12.21) stellt sich diese Frage umso dringlicher. Der Großteil der Befragten gibt an, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen abzulehnen. Im Jahr 2021 äußerten 87,1% keine Bereitschaft, selbst Gewalt auszuüben; im Jahr 2022 sind dies 91,2%. Die von den Befragten selbst angegebene Gewaltbereitschaft ist also gesunken. Auch die Frage danach, ob Gewalt durch andere legitim sei, wird mit 81,4% von einem Großteil der Befragten 2022 verneint (2021: 80,7%). Es finden sich zumindest auf Grundlage der Umfrage keine Hinweise darauf, dass Gewalt von großen Teilen der Corona-Protestierenden als legitimes Mittel zur Zielerreichung erachtet wird.



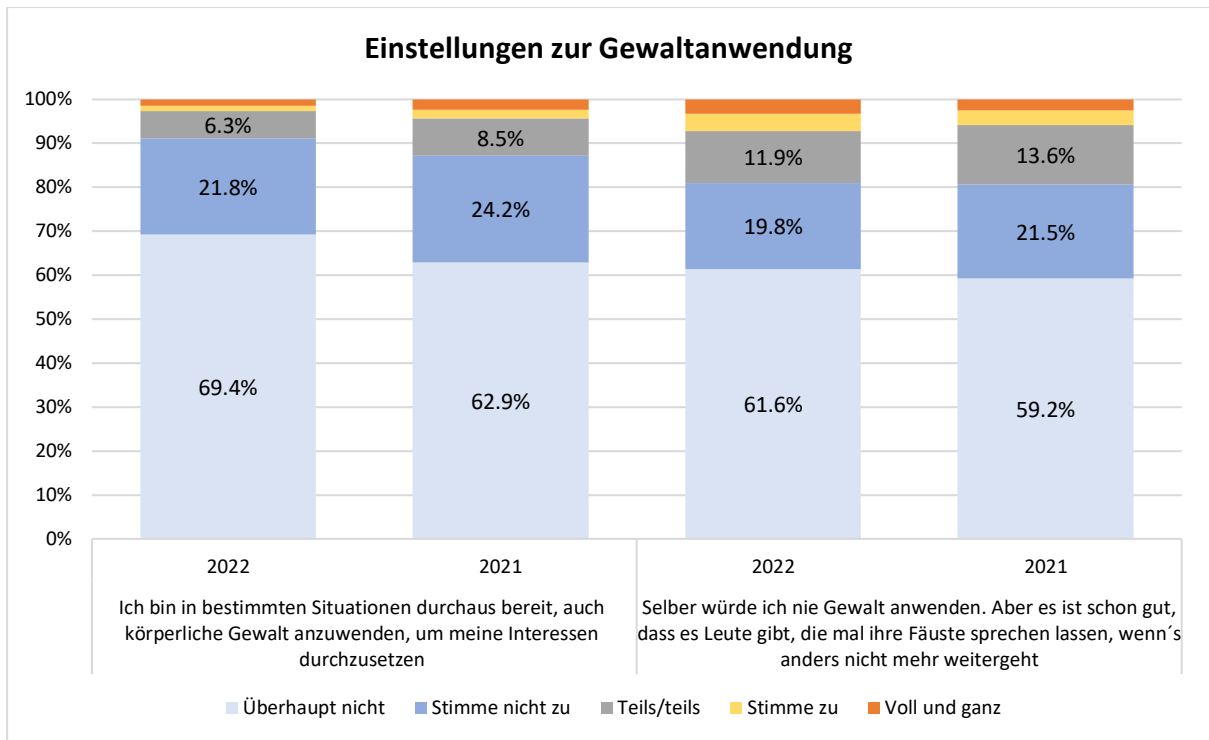


Abbildung 27: Einstellungen zu Gewalt

## 5.4 Zusammenfassung

Die politischen Einstellungen der Corona-Protestierenden sind überwiegend konstant geblieben: Es dominiert das Misstrauen in Politik, Regierung und Massenmedien ebenso wie die Verweigerung, sich politisch im links-rechts-Schema einzuordnen. Beachtenswert ist der Vertrauensverlust in die Polizei. Ebenso lässt sich eine Kontinuität im Hinblick auf das Vertrauen in die eigene Handlungskapazitäten, das Interesse in Politik und die Einstellungen zu Gewalt beobachten. Zwischen den Befragungen hat sich maßgeblich verändert, dass die MFG als neue politische Akteurin auf die Bühne getreten ist und der FPÖ im Feld der politisch institutionalisierten Interessensvertretung die Relevanz streitig macht.

## 6. Einstellung zum Impfen und Impfstatus der Protestierenden

### 6.1 Einstellung zur Impfung

Das Thema Impfen hat insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2021 eine besonders starke Rolle auf den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen eingenommen. Dies geschah zum einen vor dem Hintergrund der Anfang November 2021 eingeführten 2-G Regel (welche mit weitreichenden Einschränkungen für Nicht-Geimpfte einherging) sowie zum anderen im Hinblick auf die Ankündigung der Impfpflicht am 19. November 2021 und dem schlussendlichen parlamentarischen Beschluss hierzu Anfang Februar 2022. Vor diesem Hintergrund haben wir uns insbesondere dafür interessiert, welche Einstellung zur Impfung die Protestierenden haben.

Die Ergebnisse der Umfrage suggerieren in diesem Zusammenhang, dass ein Teil der Befragten die Impfung nicht grundsätzlich ablehnt, solange diese nicht verpflichtend ist. Mehr als ein Drittel (37,9%) hält im Jahr 2022 demnach eine Impfung sogar für generell sinnvoll, ist aber gegen eine Impfpflicht. 38,8% der Befragten spricht sich kategorisch gegen die Impfung aus. Demgegenüber gaben 74,0% der Befragten an, dass die Impfpflicht ein Grund war, zu protestieren. Die Tatsache, dass drei Viertel der Befragten die verpflichtende Impfung als Grund für die Protestteilnahme nennen, sollte jedoch dahingehend interpretiert werden, dass der Zusammenhang von Impfpflicht einerseits und (möglichen) anderen Protestmotiven nicht explizit abgefragt wurde. Dementsprechend stellt die Impfpflicht lediglich eine von potentiell zahlreichen Protestmotiven dar. Ob und wie ausschlaggebend die Impfpflicht für die Protestteilnahme war, kann somit abschließend nicht bewertet werden.

Speziell die Kinderimpfung wird einhellig als unverzeihliche Maßnahme eingeschätzt. Mit 98,5% sehen fast alle Antwortenden mit der Impfung von Kindern eine Grenze überschritten. Die Umfrage wurde lanciert, als die Regierung gerade eine Impfpflicht für Personen ab dem 14. Lebensjahr verkündet hatte. Ob bei der Frage die einfache Empfehlung zur Impfung auch von Kindern und Jugendlichen, die tatsächlich verhängte Impfpflicht für Jugendliche ab 14 Jahren oder eine imaginierte Impfpflicht auch für jüngere Kinder im Zentrum der Kritik stand, kann nicht abschließend beantwortet werden.

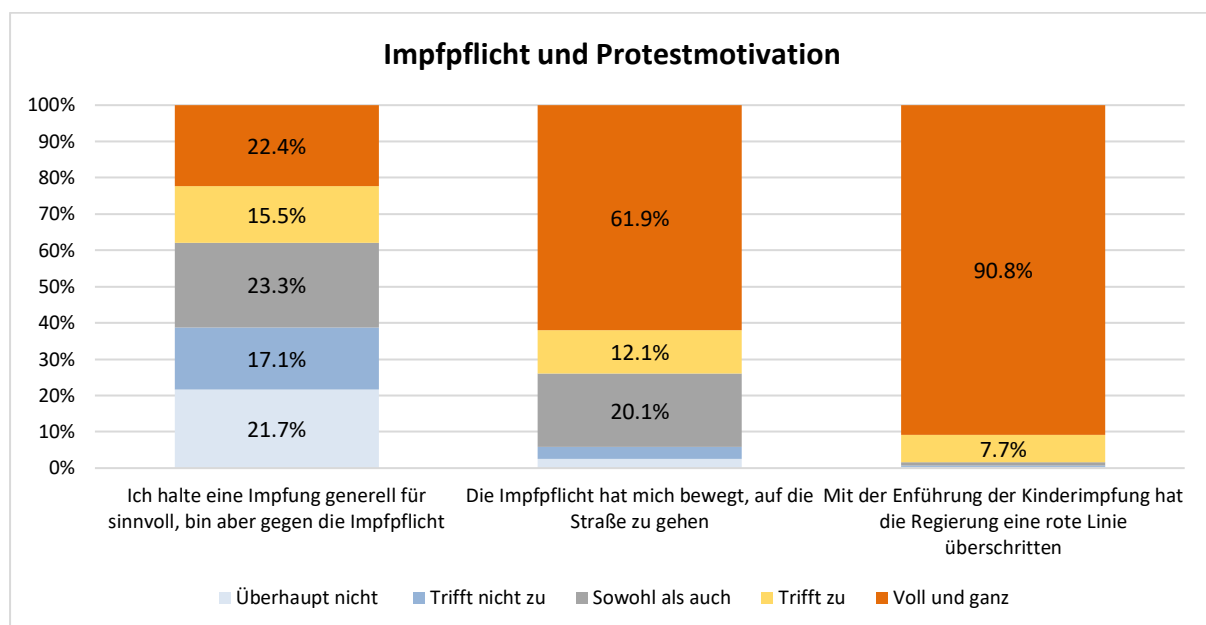


Abbildung 28: Impfpflicht und Impfung als Protestmotivation

Unter einem Großteil der Befragten herrschte nach eigenen Angaben bereits zu Beginn der Pandemie eine große Skepsis gegenüber der Impfung, welche im Laufe der Zeit jedoch zugenommen habe. Drei Viertel (76,6%) der Befragten geben an, bereits in einer Frühphase der Pandemie Misstrauen gegenüber einer – damals erst in Entwicklung begriffener – Covid-19 Impfung gehegt zu haben; 93,5% geben zudem an, dass sich ihre Einstellung gegenüber einer Impfung im Laufe der Pandemie nochmals verschlechtert hat. Der überwiegende Teil der Befragten (88,4%) hält die Impfung für riskanter als das Coronavirus selbst.

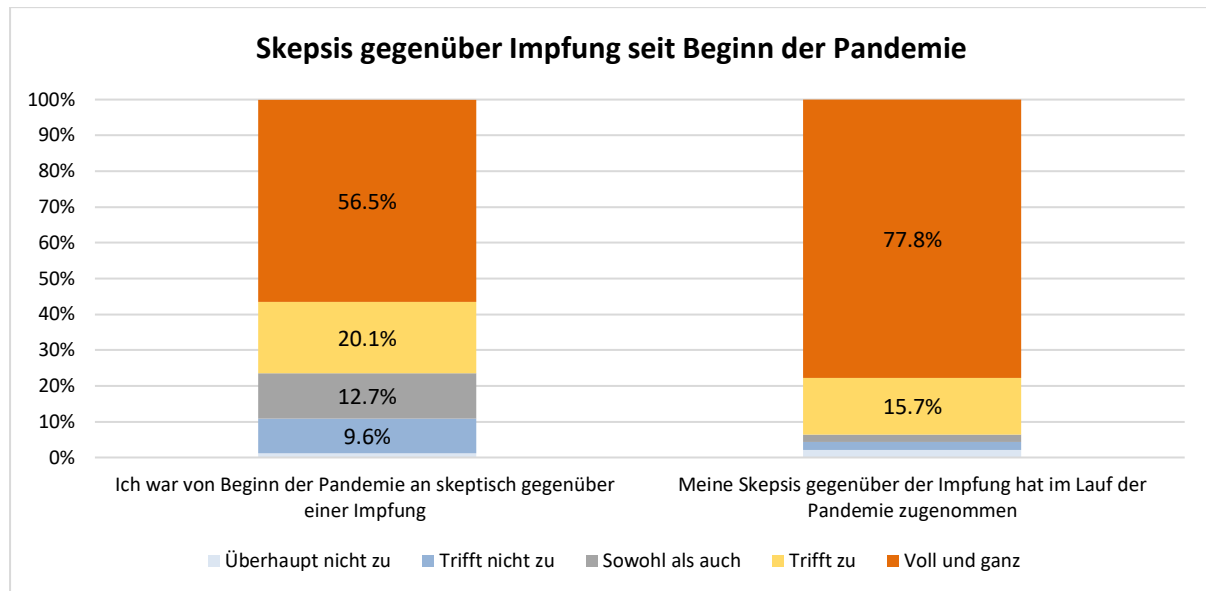


Abbildung 29: Skepsis gegenüber der Impfung seit Beginn der Pandemie

93,3% der Befragten geben an, nicht geimpft zu sein. Unter diesen würden 88,5% eine Impfung auch nicht im Falle eines Totimpfstoffes in Erwägung ziehen. Die Gründe hierfür sowie für die daraus abgeleiteten Handlungsimplicationen sind sehr ähnlich. Über 90,0% der Nicht-Geimpften sorgen sich vor Neben- und Langzeitfolgen. 90,9% wollen sich lieber auf ihr Immunsystem verlassen, weitere 60,0% vertrauen eher ‚alternativen‘ Heilmethoden. Insgesamt geben 92,3% an, die Impfpflicht ignorieren zu wollen. Als Reaktion auf die 2G-Regelungen sowie die Impfpflicht stimmen zudem 87,6% der Befragten zu, Orte, an denen ein Impfnachweis erbracht werden musste, zu meiden.

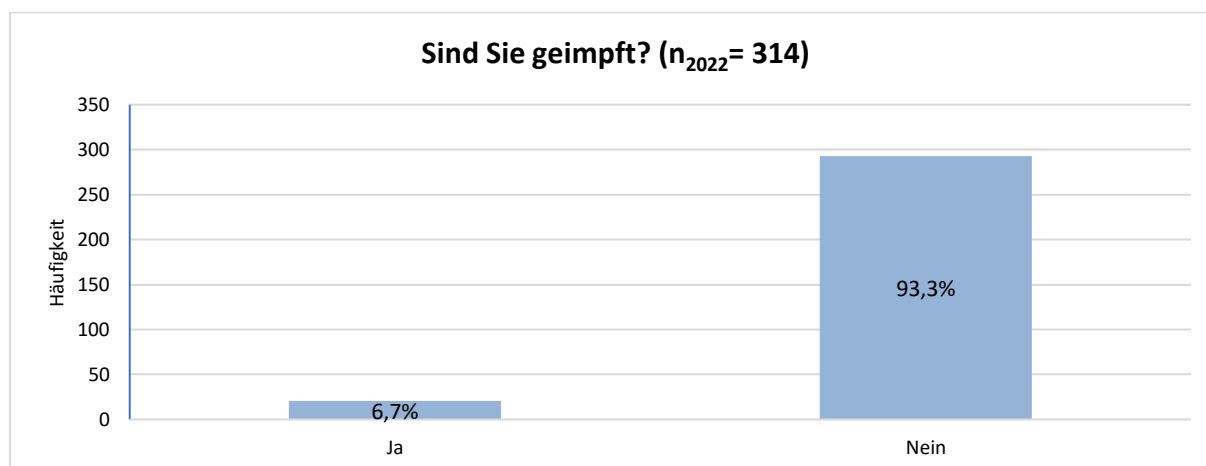


Abbildung 30: Impfstatus

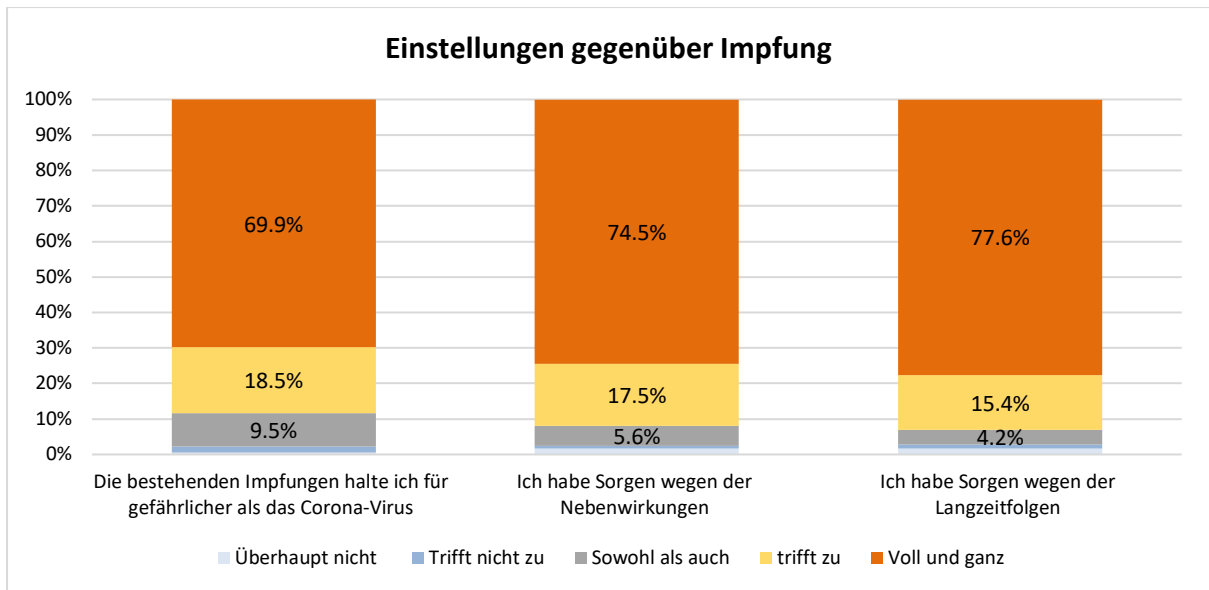


Abbildung 31: Einstellungen gegenüber der Impfung

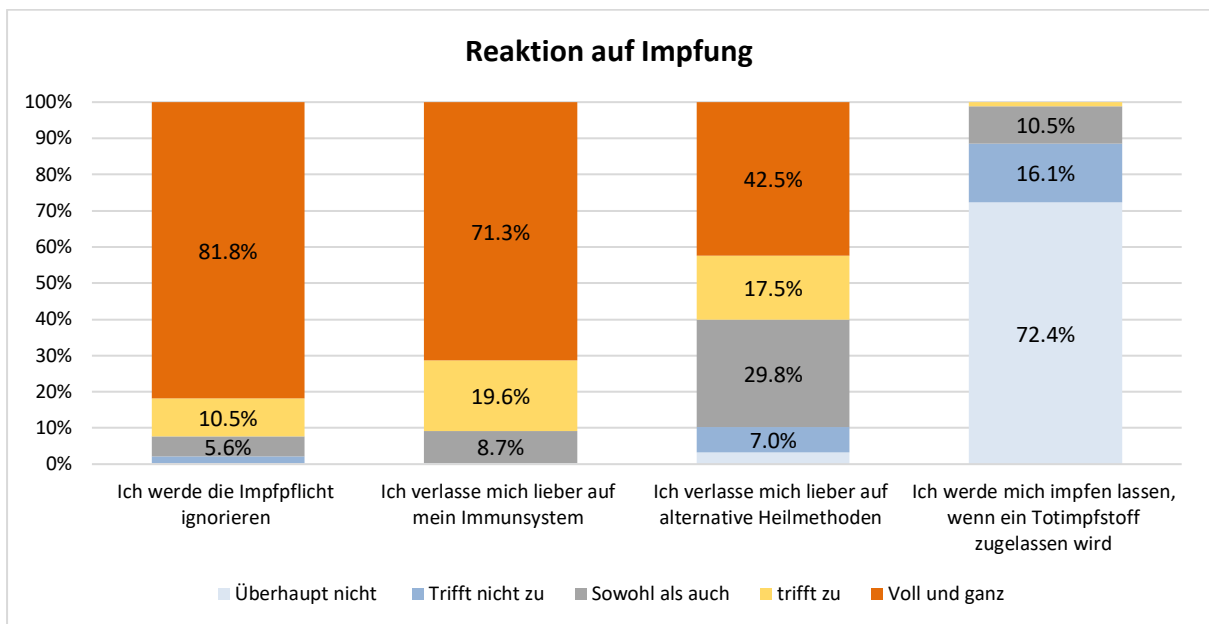


Abbildung 32: Reaktion auf die Impfung

## 6.2 Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen eine eindeutige Ablehnung der Impfpflicht unter den Befragten, insbesondere jener für Kinder. Eine überwiegende Mehrheit ist nicht geimpft, was unter anderem mit Angst vor Nebenwirkungen als auch mit möglichen Langzeitfolgen begründet wird. Die bereits in Abschnitt 4 dargestellten esoterischen und ganzheitlichen Einstellungen unter den Befragten spiegeln sich auch in den Haltungen zur Impftematik wider, wobei ein Großteil der Befragten ‚Alternativmedizin‘, ‚ganzheitliche‘ Methoden und das Verlassen auf die natürlichen Selbstheilungskräfte der Impfung vorzieht. An der grundsätzlichen Skepsis gegenüber der ‚Schulmedizin‘ hätte für die überwiegende Mehrheit der Befragten auch ein Totimpfstoff nichts geändert.

## 7. Kinder im Fokus der Corona-Protteste

Kinder nehmen auf den Plakaten und in den Reden der Demonstrierenden eine zentrale Rolle ein. Kinder seien diejenigen, die am meisten an den Lockdowns, der physischen Distanz, den Masken, den ‚Testregimes‘ und den Impfungen zu leiden hätten. Auch in unseren Interviews mit Coronaprotestierenden wurden immer wieder Kinder als Beweggrund angegeben, an den Demonstrationen teilzunehmen. Vor dem Hintergrund dieser ersten empirischen Beobachtungen (vgl. dazu auch schon Forschungswerkstatt Corona-Protteste, 2021, S. 51f.) haben wir in der Folgesurvey Fragen speziell zu diesem Themenfeld gestellt. Das Thema des Kindes wird von den Befragten in die verschwörungstheoretische Wahrnehmung der Pandemiemaßnahmen eingebunden: 70,2% der Antwortenden stimmen der Aussage zu, dass eine globale Elite in der Pandemie Verbrechen an Kindern übe, weitere 15,4% stimmen teilweise zu. Das Leiden der Kinder in der Pandemie wird so mehrheitlich als Folge der Taten einer verbrecherischen Elite wahrgenommen, wie bereits oben angedeutet. Noch mehr Antwortende (98,5%) stimmen, wie wir im letzten Kapitel gezeigt haben (Abschnitt 6.1., Abb. 27), der Aussage zu, dass die Regierung mit der Einführung der Kinderimpfung eine rote Linie überschritten habe.

Schließlich gibt mit 93,3% auch die überwiegende Mehrheit der Befragten an, sie wollen sich von der nächsten Generation nicht vorwerfen lassen müssen, nicht gehandelt zu haben. In dieser Formulierung, die sich an in Interviews getätigte Äußerungen anlehnt, ist die Aussage sicher im Kontext der oben geschilderten Parallelisierung von ‚Corona-Diktatur‘ und nationalsozialistischer Herrschaft und der Nachkriegs-Debatten über den geringen Widerstand gegen Letztere zu sehen. Die Kinder werden hier zur antizipierten moralischen Instanz, die das eigene Protesthandeln sanktionieren.

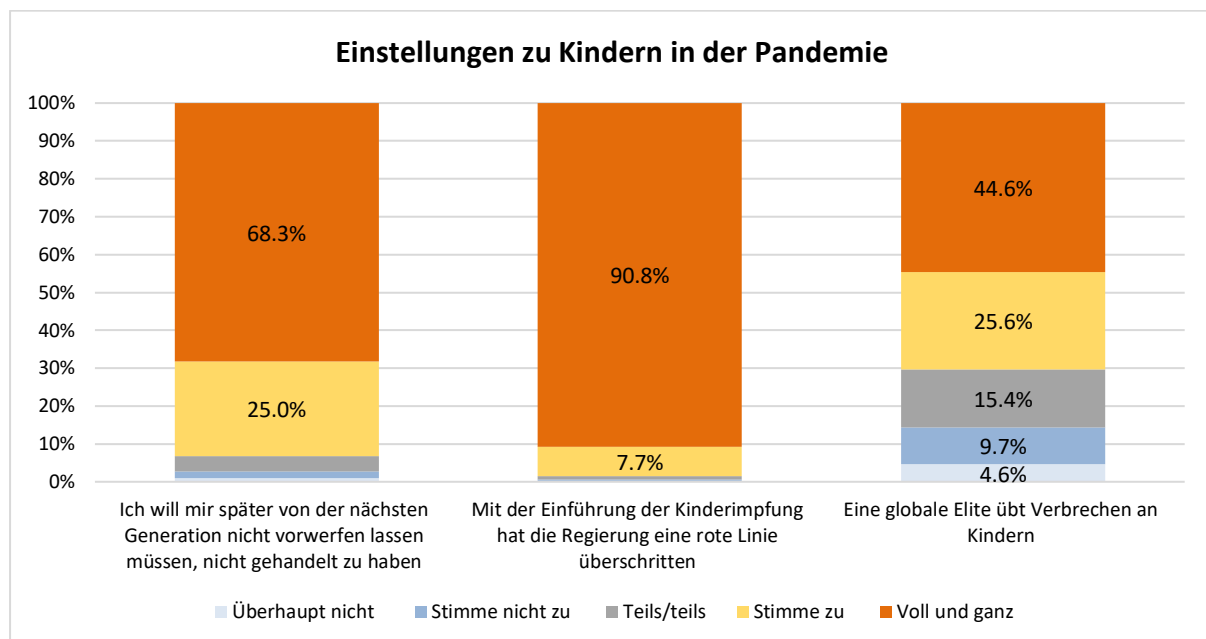


Abbildung 33: Einstellungen zu Kindern in der Pandemie

### 7.1 Eltern von minderjährigen Kindern

Wir wollten in unserer Frage im Jahr 2022 auch wissen, wie viele der Antwortenden selbst Kinder haben und wie die befragten Eltern mit den Maßnahmen, von denen die Kinder betroffen sind, umgehen. 44,5%

der Umfrageteilnehmer:innen geben im Jahr 2022 an, selbst minderjährige Kinder zu haben, gegenüber 55,5%, die keine minderjährigen Kinder haben. Von den Eltern mit minderjährigen Kindern haben 60,6% Kinder, die jünger als 13 Jahre als sind, die Kinder der restlichen 39,4% sind älter als 13 Jahre alt.

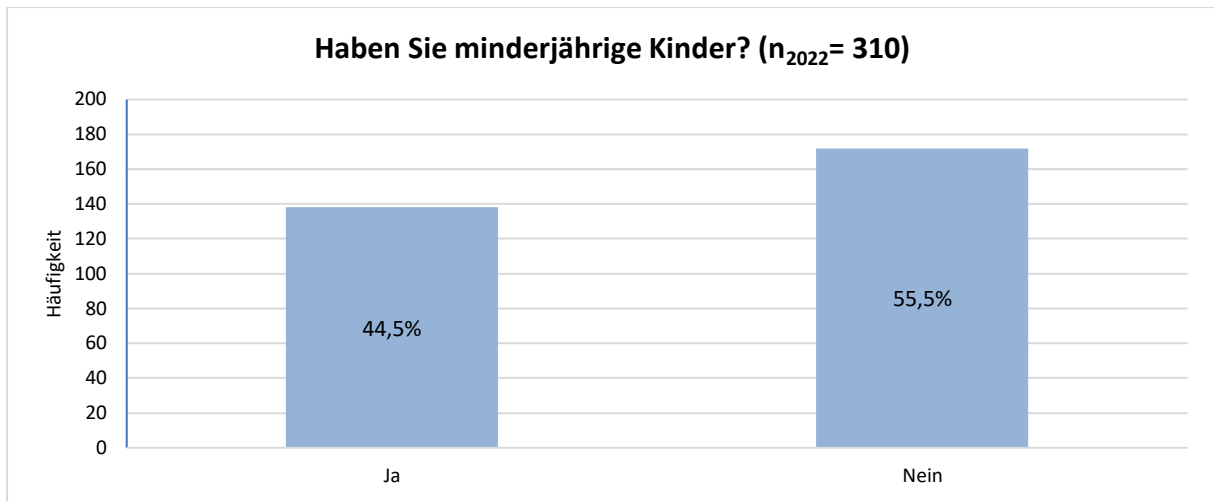


Abbildung 34: Minderjährige Kinder der Protestierenden

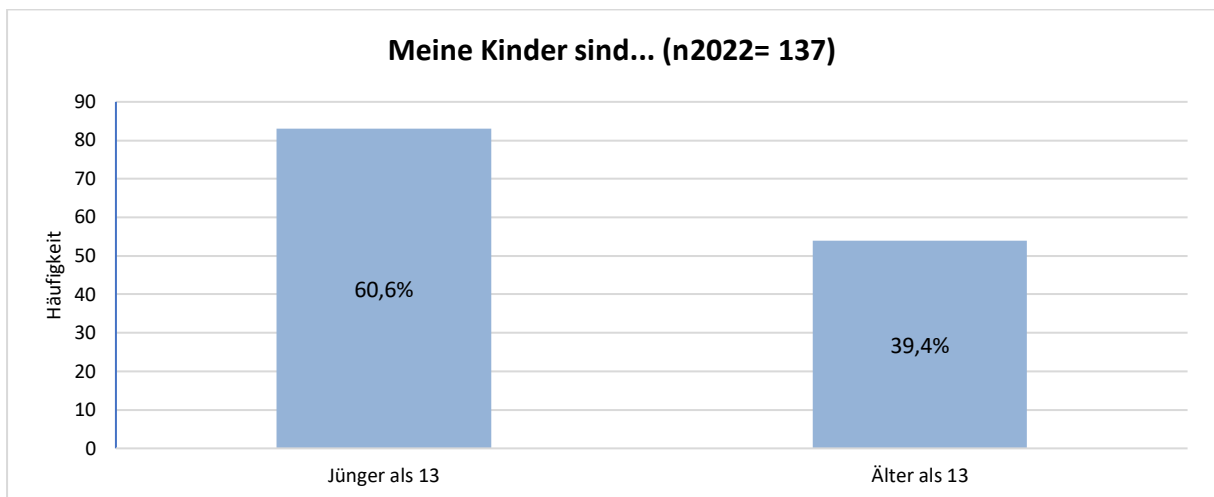


Abbildung 35: Alter der Kinder

Die Kinder der Demonstrierenden, wie sie sich durch unsere Umfrage präsentieren, sind im Jahr 2022 zu 76,6% ungeimpft. Offenbar sind auch Kinder von Eltern, die angeben, mit der Kinderimpfung sei eine rote Linie überschritten worden, zum Teil geimpft. Der Impfstatus ist bei den Kindern über 13 und denen unter 13 Jahren sehr ähnlich.

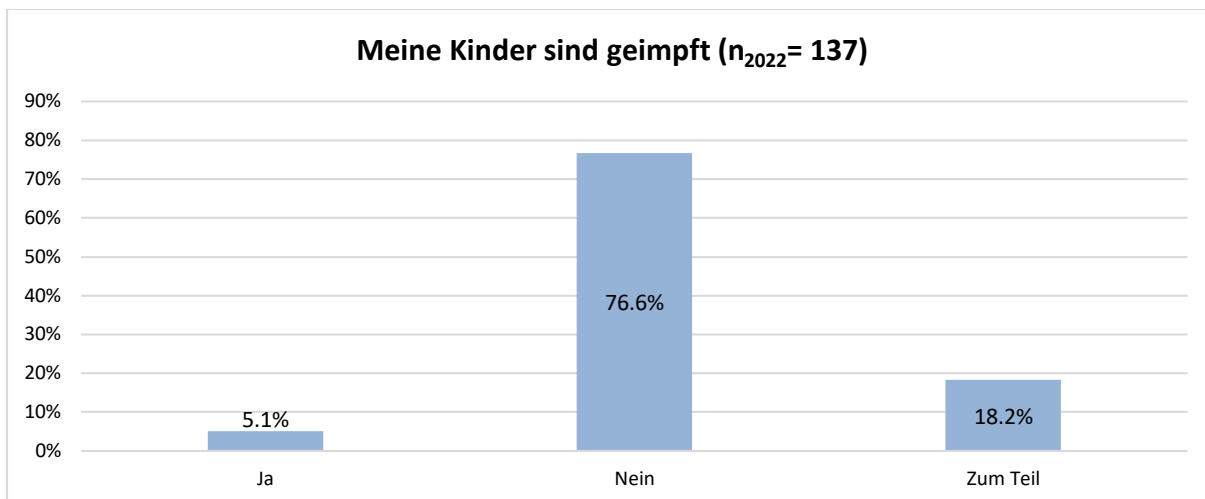


Abbildung 36: Impfstatus der Kinder

Von den befragten Eltern minderjähriger Kinder geben 33,6% an, diese schon auf Corona-Demonstrationen mitgenommen zu haben, weitere 8,0% haben – so die Deutung der zum Teil-Antwort – zumindest eines der minderjährigen Kinder schon auf Demonstrationen mitgenommen, die Mehrheit aber (58,4%) verneint, das je gemacht zu haben.

In den Medien wurde immer wieder berichtet, dass maßnahmenkritische Eltern ihre Kinder von den öffentlichen Schulen nehmen, weil sie diese dem Maskentragen oder den Corona-Tests nicht aussetzen wollen (vgl. Der Standard, 19.8.21). Das zeigt auch unsere Umfrage: 18,0% der befragten Eltern geben an, ihre Kinder – wohl über die Lockdowns hinaus – von der Schule genommen zu haben, um sie zu Hause zu unterrichten; weitere 19,5% geben an, das zumindest zum Teil gemacht zu haben. Der Großteil aber, 62,4%, hat seine Kinder in der Schule gelassen. Dementsprechend ist die Sorge der Eltern um die Kinder zwar groß, führt aber nicht überwiegend dazu, dass die Kinder von der Schule genommen werden.

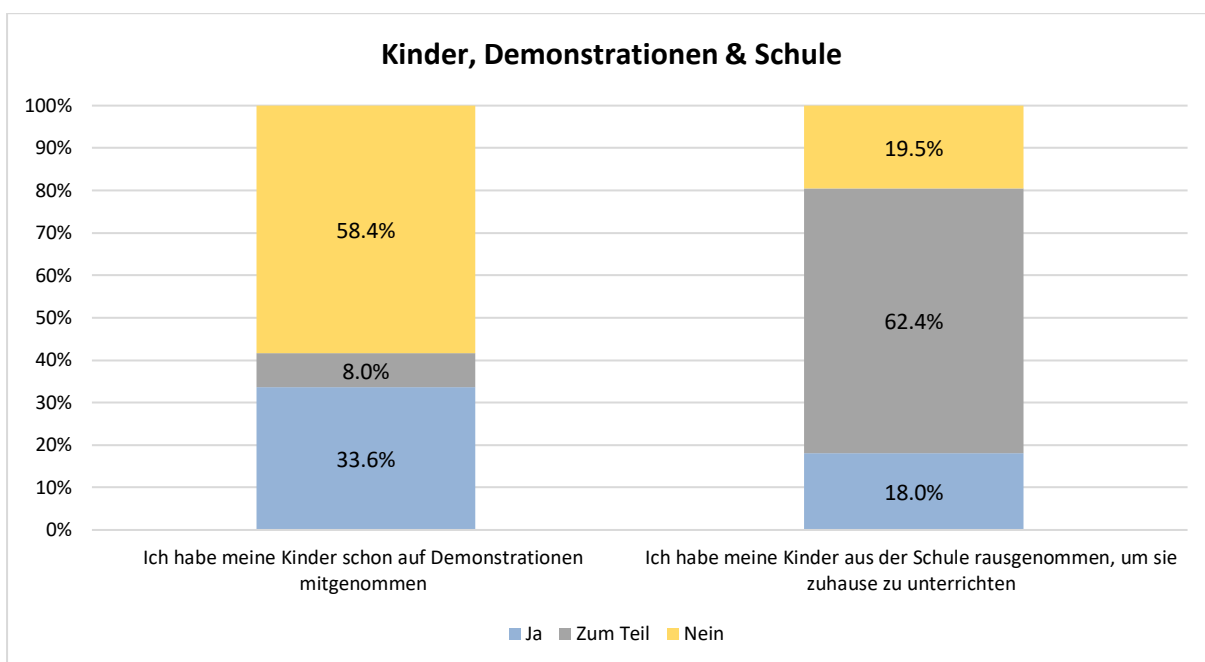


Abbildung 37: Kinder, Demonstrationen & Schule

## 7.2 Kinder und Schule

Dass Kinder auch jenseits des Lockdowns zuhause unterrichtet werden, hat einerseits mit den Maßnahmen zu tun, die als schädlich für die Kinder erachtet werden, aber wohl auch mit einer generellen Schulskepsis unter den Teilnehmer:innen der Corona-Proteste.

Während die Antworten im vorherigen Kapitel 7.1 nur von denjenigen Befragten stammen, die minderjährige Kinder haben, zeigt sich bei den Befragten insgesamt, dass die Schule grundsätzlich als Ort wahrgenommen wird, an dem der kritische Geist verkümmert. So stimmen 85,2% aller Umfrageteilnehmer:innen und weitere 12,3% zumindest teilweise der Aussage zu, dass die Schule Kinder zu autoritätshörigen und unkritischen Menschen erziehe. Nur gerade 2,5% der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu.

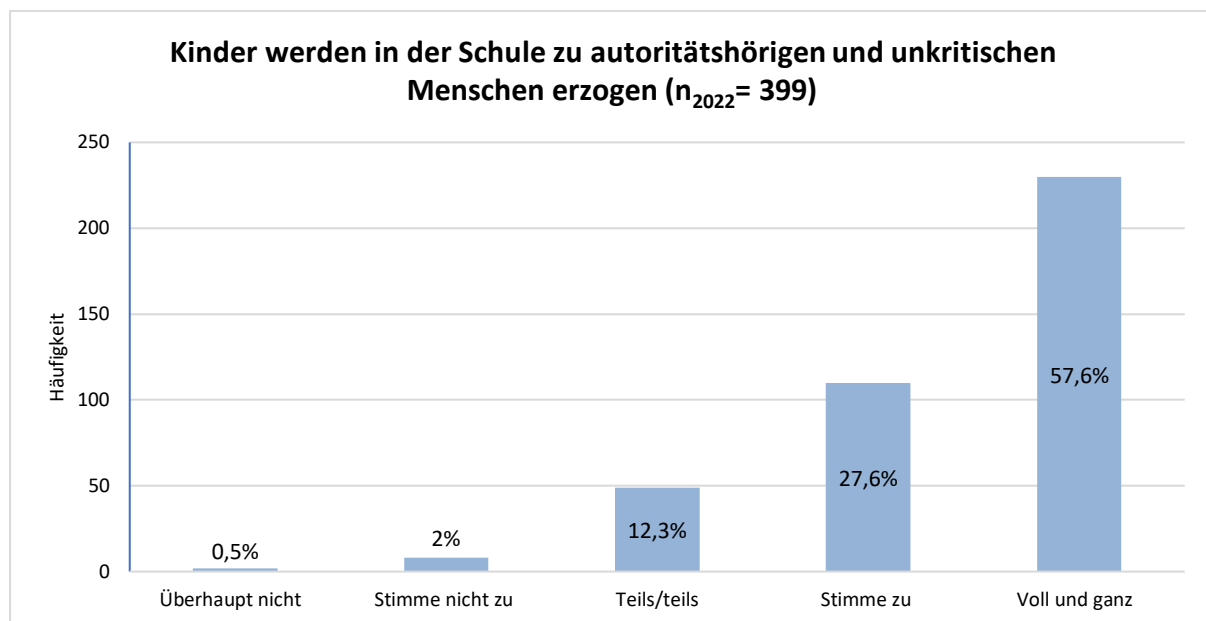


Abbildung 38: Erziehen Schulen Kinder zu autoritätshörigen und unkritischen Menschen?

Die Schulkritik scheint zugenommen zu haben. Schon letztes Jahr haben wir die Zustimmung zur Aussage erfragt, dass das – v.a. durch die Lockdowns erzwungene – Home-Schooling gezeigt habe, dass man keine Schulen bräuchte, um seine Kinder unterrichten zu können. Während im Jahr 2021 noch 79,1% diese Aussage ablehnten, waren es im Jahr 2022 deutlich weniger, nämlich 59,4%. Zwar ist die Zustimmung zu dieser Aussage mit 12,7% (im Jahr 2021 7,0%) immer noch relativ gering, aber die Anzahl jener, die ihr zumindest teilweise zustimmen, hat mit 27,9% gegenüber 13,9% im Jahr 2021 eindeutig zugenommen.

Getrennt betrachtet, stimmen die Eltern von minderjährigen Kindern der Aussage ein bisschen weniger zu als diejenigen, die keine minderjährigen Kinder haben: Während die Eltern minderjähriger Kinder die Aussage zu 60,1% ablehnen, zu 35,5% zum Teil und zu 11,6% zustimmen, sind es bei den Antwortenden ohne minderjährige Kinder 59,6% Ablehnung, 26,3% teilweise und 14,1% Zustimmung. Die Erfahrung des Home-Schoolings bei den eigenen Kindern scheint offenbar zumindest ein bisschen skeptischer gegenüber der Abschaffung von Schulen zu machen.



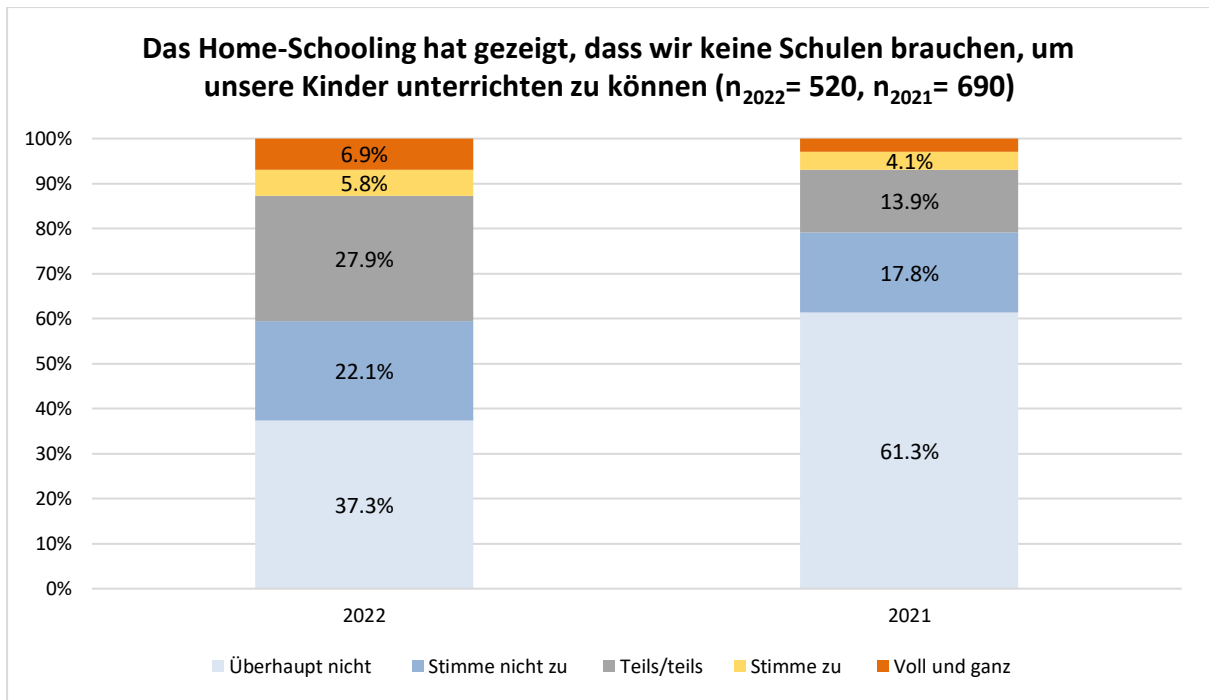


Abbildung 39: Home-Schooling hat gezeigt, dass wir keine Schulen brauchen, um unsere Kinder unterrichten zu können

### 7.3 Zusammenfassung

Kinder sind als emotionalisierendes Motiv in den Corona-Protesten sehr präsent, das zeigt sich auch in unserer Umfrage. Kinder werden als die größten Opfer der Corona-Maßnahmen in Stellung gebracht, weshalb die Proteste auch in ihrem Namen geführt würden. Ebenso werden sie als imaginierte, normative Instanz inszeniert, vor deren Urteil in der Zukunft das eigene Protesthandeln Legitimation erhalten soll.

Fast die Hälfte der Protestierenden hat minderjährige Kinder, die sie – angesichts der im letzten Kapitel dargestellten Impfkritik wenig überraschen – nicht bzw. kaum impfen lassen. Über 40% der an der Umfrage beteiligten Protestierenden haben ihre eigenen minderjährigen Kinder zu den Protesten schon einmal mitgenommen.

Die Kritik an der Schule ist groß, eine überwiegende Mehrzahl der Umfrageteilnehmer:innen wirft den Schulen vor, autoritätshörig und unkritische Menschen hervorzubringen. Die Kritik scheint zuzunehmen: Zwar lehnt immer noch die Mehrheit der Befragten die Aussage ab, dass das Home-Schooling gezeigt habe, dass es Schulen nicht mehr brauche. Aber die Anzahl derer, die dieser Aussage zumindest zum Teil zustimmen, hat sich gegenüber dem Vorjahr etwa verdoppelt. Dem entspricht auch, dass fast ein Fünftel der Befragten angeben, ihre Kinder zumindest für eine Weile von der Schule genommen zu haben, um diese zuhause zu unterrichten. Noch einmal so viele gaben an, das zumindest zum Teil gemacht zu haben.

## 8. Vergeschlechtlichte Facetten der Krisen- und Protestwahrnehmung

Mit dem Thema Geschlecht im Zusammenhang mit den Corona-Protessen haben wir uns an anderen Orten schon beschäftigt (vgl. Forschungswerkstatt Corona-Protessen, 2021, 51f.; Brunner et al., 2022; Daniel et al., 2023). Wie bereits in Abschnitt 3.1 betont, besteht ein erstaunlicher Überhang an Frauen auf den Protesten. Zugleich lassen sich kaum geschlechtsspezifische Unterschiede im Antwortverhalten finden und Protestbeobachtungen deuten auch darauf hin, dass die vergeschlechtlichten Auswirkungen der Pandemie – die wissenschaftliche Literatur zeigt, dass Frauen von der Pandemie und den Corona-Maßnahmen sehr viel mehr betroffen sind (vgl. Hans Böckler Stiftung, 2021; Zartler et al., 2021) – in den Protesten und für die Protestierenden kein Thema zu sein schienen. Um diese Befunde mit weiteren Daten zu unterfüttern, fragten wir in der Folgebefragung dezidiert nach vergeschlechtlichten Facetten der Pandemie im Allgemeinen und der Protestbeteiligung im Speziellen.

### 8.1 Krisenwahrnehmung und Geschlechterbilder

Hinsichtlich der Frage, ob seit der Krise mehr Sorgearbeit verrichtet werden musste, stimmen im Jahr 2022 47,4% zu und weitere 24,6% teilweise. Vergleicht man zwischen den Geschlechtern lässt sich eine leichte (subjektive) Mehrbelastung der Frauen beobachten: Gegenüber 48,9% der Frauen (24% teilweise) stimmen ‚nur‘ 44,9% (26,5% teilweise) der Männer zu, dass sie mehr Sorgearbeit leisten mussten. Dass die Corona-Krise Frauen mehr treffe als Männer, meinen zumindest 21,9% der Befragten, weitere 36% stimmen teilweise mit der Aussage überein. Auch in Bezug auf dieses Item finden wir nur geringe Geschlechterunterschiede: Mit 24,2% (35,8% teilweise) stimmen Frauen stärker zu als die Männer – 18,6% (35,6% teilweise) –, dass sie in der Pandemie von Mehrbelastung betroffen waren.

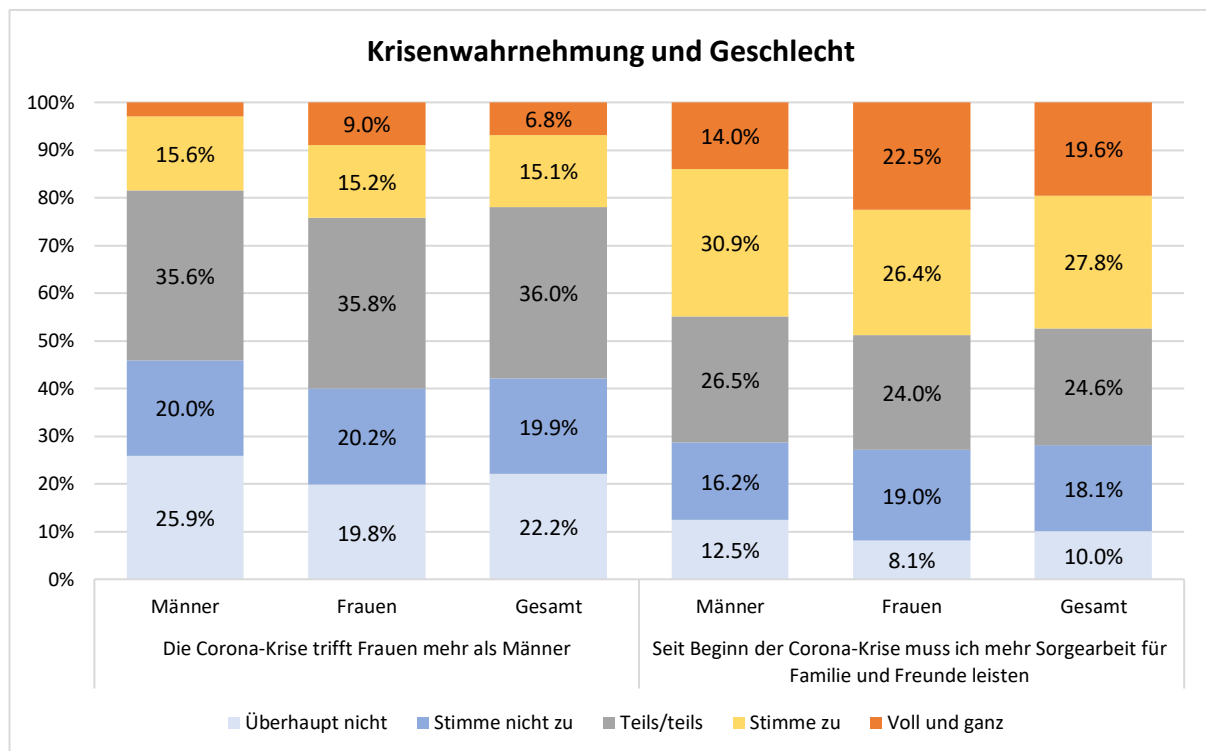


Abbildung 40: Krisenwahrnehmung und Geschlecht

Auch wenn man darin mit viel Wohlwollen ein zumindest schwach ausgeprägtes geschlechtsspezifisches Problembewusstsein zu erkennen versucht, zeigt das weitere Antwortverhalten unmissverständlich in eine andere Richtung. Danach gefragt, ob es wichtig wäre, geschlechtsspezifische Probleme auf den Protesten zu stärken, stimmen lediglich 8,4% der Frauen (21,3% teilweise) und 5,8% der Männer (22,3% teilweise) zu; 70,3% bzw. 71,9% stehen der Aussage ablehnend gegenüber. Weitgehende Einigkeit besteht weiterhin auch gegenüber der Aussage, dass es Themen gäbe, die wichtiger seien als Geschlecht: 85,7% der befragten Frauen stimmen dem Statement dezidiert zu; demgegenüber sind auch bei den Männern 83,1% dieser Ansicht; 10,5% sind unentschlossen.

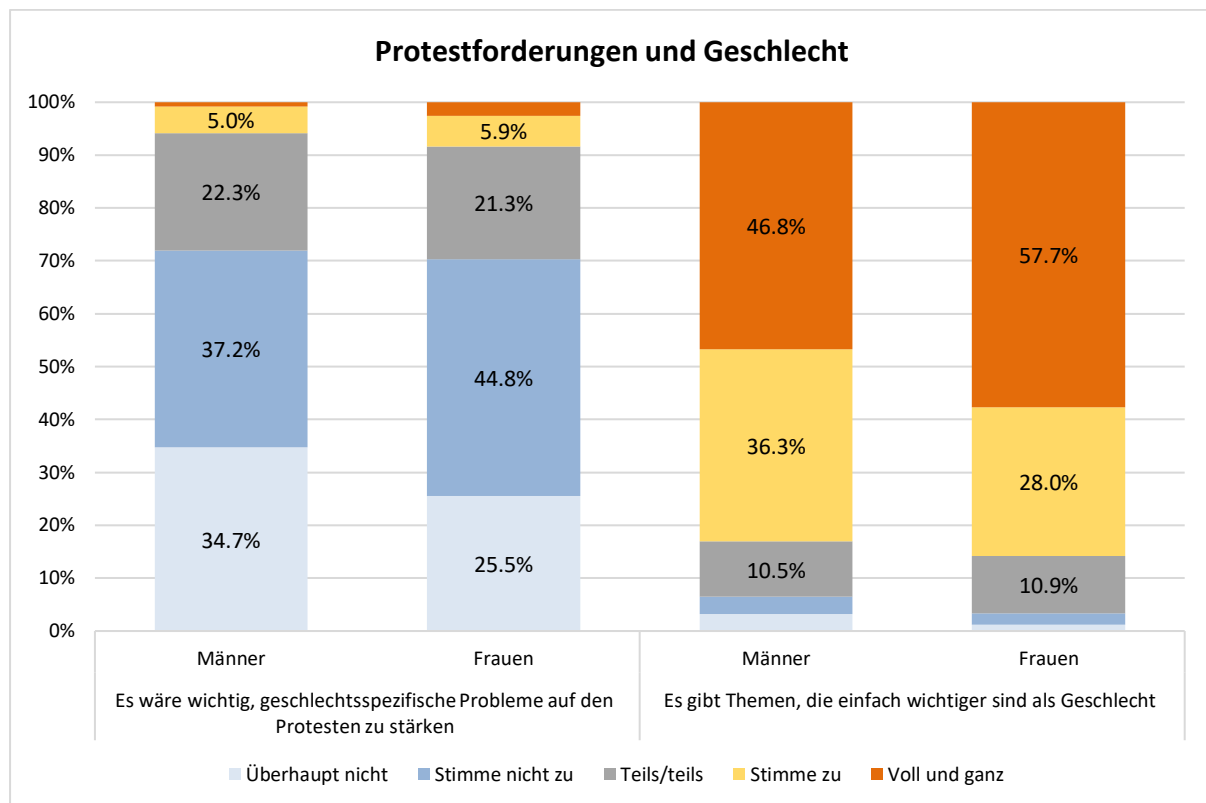


Abbildung 41: Protestforderungen und Geschlecht

Es lohnt sich zudem, einen Blick auf Geschlechterbilder zu werfen: Bereits in der letzten Umfrage haben wir die Befragten mit der Aussage konfrontiert, ob Frauen sich mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter konzentrieren sollten. Die Umfrage im Jahr 2022 zeigt, dass sich die Zustimmung auf niedrigem Niveau bewegt, jedoch etwas zugenommen hat. Immerhin 16,1% der Umfrageteilnehmer:innen vertreten die Meinung, dass Frauen wieder ‚traditionelle‘ Rollen einnehmen sollten, weitere 28,7% sind zumindest nicht ablehnend eingestellt. In der Folgebefragung haben wir zudem danach gefragt, ob Männer und Frauen jeweils geschlechtsspezifische Rollen in der Familie und Politik haben sollten. Diese Auffassung teilen 10,8% der Männer und 10,8% der Frauen.

Demgegenüber zeigen die Daten jedoch eine starke Mystifizierung der Mutterrolle: 43,4% der Frauen und 41,4% der Männer in der Stichprobe sind der Ansicht, dass Mütter die Zukunft der Kinder und der Nation sichern würden; weitere 41,7% (Frauen) bzw. 48,8% (Männer) stimmen teilweise zu.

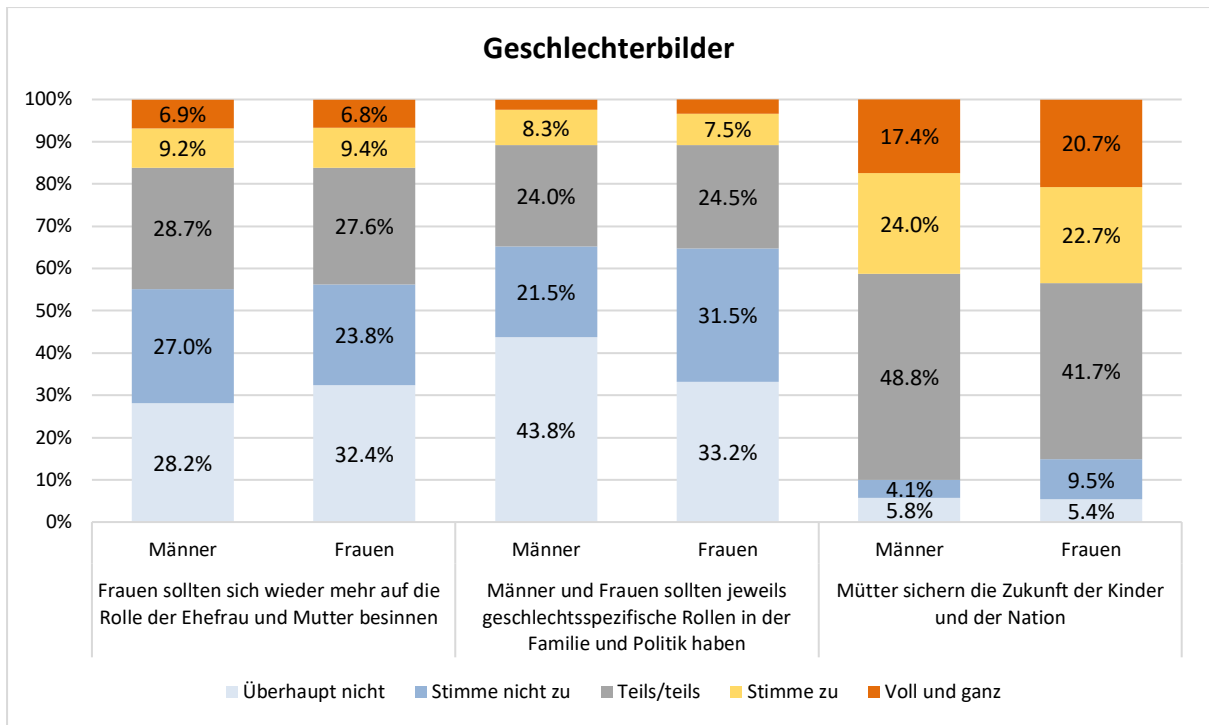


Abbildung 42: Geschlechterbilder

## 8.2 Protestwahrnehmung

Interessanterweise haben Frauen in höherem Maße den Eindruck, sich uneingeschränkt auf den Protesten einbringen zu können: 62,8% der Frauen stehen lediglich 47,1% der Männer im Jahr 2022 gegenüber. Frauen stimmen zudem mit 73,0% der Aussage stärker zu, dass ihre Sorgen und Forderungen auf den Protesten angemessen artikuliert werden. ‚Nur‘ 65,4% der befragten Männer sind dieser Auffassung.

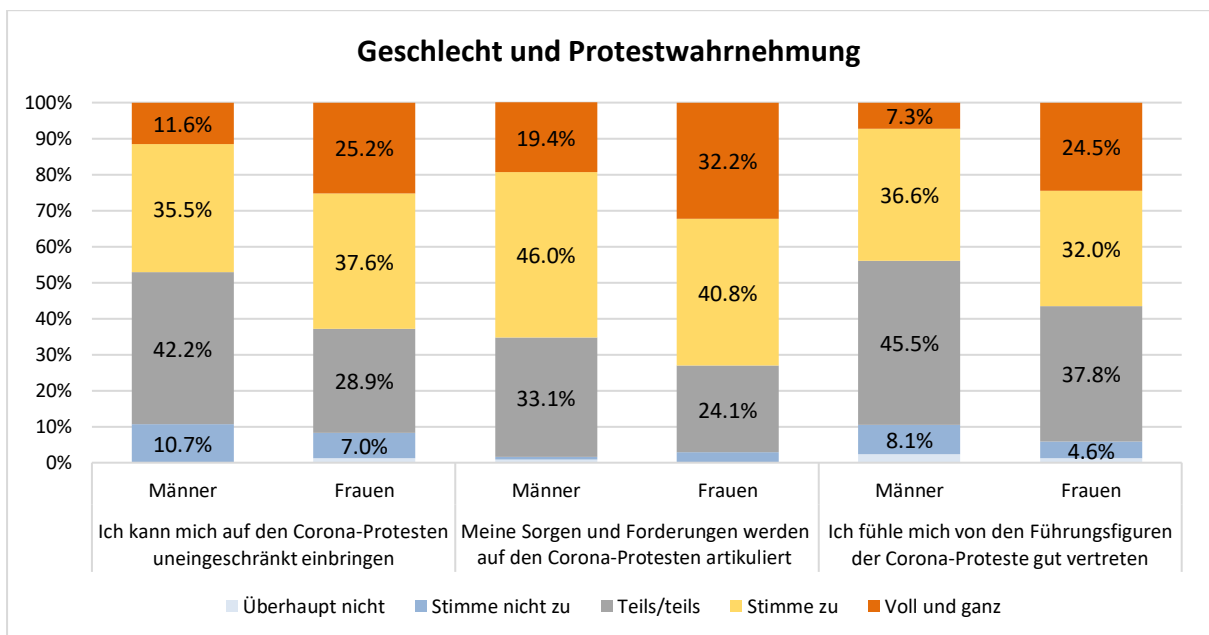


Abbildung 43: Geschlecht und Protestwahrnehmung

### 8.3 Zusammenfassung

Unter den Befragten nehmen sowohl Männer als auch Frauen wahr, dass sie in der Pandemie mehr Sorgearbeit verrichten mussten – der Geschlechterunterschied beläuft sich auf lediglich 4,2% zugunsten der Frauen. Dass Frauen von der Pandemie besonders betroffen gewesen seien, hält ein relativ kleiner Anteil der Befragten für zutreffend. Auch in Bezug auf diese Aussage ist der Geschlechterunterschied mit 5,5% relativ gering ausgeprägt. Dieses Ergebnis darf angesichts breiter gesellschaftlicher Debatten um die Betroffenheit der Frauen in der Krise durchaus verwundern (vgl. Hans Böckler Stiftung, 2021; Zartler et al., 2021). Starre traditionelle Rollenerwartungen lassen sich unter den Befragten nicht in hohem Maße finden, jedoch wird die Mutter als Bewahrerin von Nachwuchs und Nation mystifiziert. Zusammenfassend können wir die Befragten insofern beim Wort nehmen, als es im Angesicht einer groß angelegten, imaginierten Verschwörung stringent erscheint, dass es Themen gibt, die wichtiger sind als das Geschlecht (vgl. dazu Daniel et al., 2023).

Mit Blick auf die (Selbst-)Wahrnehmung der Protestierenden in der Bewegung lässt sich schließen, dass – auf relativ hohem allgemeinem Zustimmungsniveau – Frauen ihre Position ambivalenzfreier einschätzen. Das erstaunt auf den ersten Blick. In unseren abschließenden Erörterungen (Abschnitt 10.3.) haben wir versucht, eine mögliche Erklärung dafür zu finden.

## 9. Spaltungen in der Gesellschaft

### 9.1 Einstellung zu einer Spaltung der Gesellschaft

Vor dem Hintergrund der öffentlichen und gesellschaftlichen Debatten über eine vermeintliche Spaltung der Gesellschaft (vgl. Paqué, 2020; Pelinka, 2022), die sich im Zuge der Pandemie und mit Blick auf die Corona-Proteste noch verstärkt habe, haben wir in der Folgebefragung größeres Gewicht auf diesen Themenkomplex gelegt. Im Zuge der Debatten um die Spaltung der Gesellschaft wurde diskutiert, inwieweit die Corona-Krise zu tiefen und unüberbrückbaren gesellschaftlichen Klüften führte, durch die sich Impf- und Maßnahmegegner:innen auf der einen und Impf- und Maßnahmenbefürworter:innen auf der anderen Seite unversöhnlich gegenüberstehen würden. Vielfach wird in diesem Zusammenhang auch argumentiert, dass die Spaltung der Gesellschaft aus gegeneinander abgeschotteten epistemischen Welten rührt, denn Corona-Protestierende lehnen die Massenmedien, wie gezeigt, nicht nur weitgehend ab, sondern schaffen und nutzen alternative Informationsnetzwerke, die sich jenseits der Massenmedien konstituieren. Exemplarisch ist hier AUF1 zu nennen: ein Informationsportal, welches alltägliche Berichterstattung anbietet, über die ‚alternative Fakten‘ zur (überzeichneten) Bedrohlichkeit des Virus und der Impfung unter die Leute gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Protestteilnehmer:innen gefragt, inwieweit sie im Jahr 2022 die Gesellschaft als gespalten sehen. 99,0% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Corona-Maßnahmen der Spaltung der Gesellschaft Vorschub leisten. Diese Wahrnehmung setzt vor allem am Minoritäten-Diskurs der Corona-Protestierenden an, welche sich und ihre Deutung der Welt zu wenig öffentlich und politisch repräsentiert sehen. Dass wir es hier tatsächlich mit einem Phänomen zu tun haben, das den Namen „Spaltung der Gesellschaft“ verdient, darf bezweifelt werden (vgl. Kumkar, 2022a): Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kann überhaupt den Maßnahmegegner:innen zugerechnet werden. Und auch abgesehen davon, gibt es kaum empirische Belege dafür, dass sich in diesen Fragen zwei klar abgekapselte Gruppen gegenüberstehen.

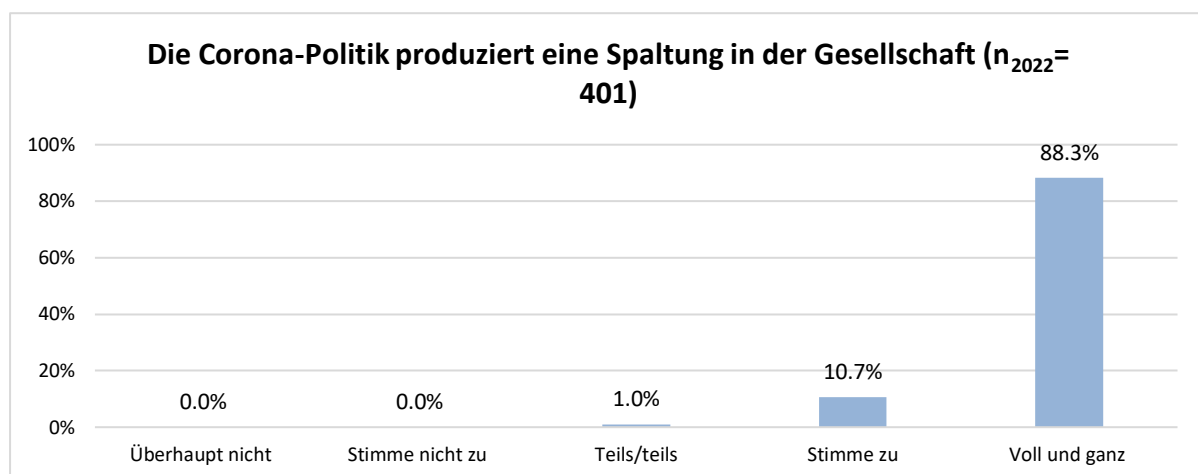


Abbildung 44: Spaltung der Gesellschaft

Die wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft führt jedoch, so zeigt unsere Analyse, nicht zur Vermeidung jener, die dem anderen Lager zugeordnet werden. Gefragt, ob sich Nicht-Geimpfte vermehrt von Geimpften distanzieren, antworten 79,9% der Befragten, dass sie sich überhaupt nicht oder eher nicht von Geimpften distanzieren würden. Eine Stigmatisierung der Geimpften von Seiten der Nicht-Geimpften ist damit nicht

zu konstatieren. Das fügt sich gut in das Selbstbild der Protestierenden, die nicht nur Toleranz für die Eigengruppe einfordern, sondern sich auch als tolerant gegenüber den Maßnahmenbefürworter:innen verstehen.

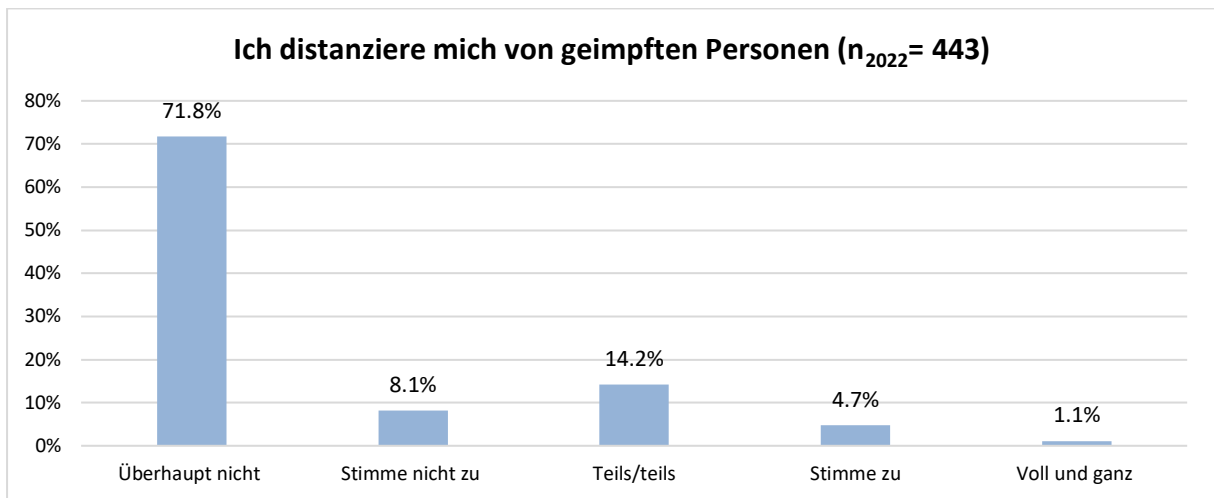


Abbildung 45: Ich distanziere mich von Geimpften

Zugleich zeigt sich, dass die Befragten kaum Ablehnung aufgrund ihres politischen Engagements erleben. Im Jahr 2022 geben 11,9% an, Ablehnung von ihren Eltern (2021: 7,6%) und 16,4% durch andere Familienmitglieder (2021: 11,1%) erlebt zu haben. Noch seltener erfahren die Protestierenden Ablehnung unter Freunden, Bekannten oder von Arbeitskolleg:innen. Am stärksten wird die Ablehnung im beruflichen Kontext eingeschätzt und liegt hier bei 13,8% im Jahr 2022 (2021: 13,7%). Im Gegensatz dazu erfahren die Befragten vor allem von ihren Partner:innen mit 59,0% im Jahr 2022 (2021: 60,9%), von Verwandten mit 34,6% (2021: 35,6%) sowie von Freunden mit 51,1% (2021: 51,5%) eine befürwortende Haltung.

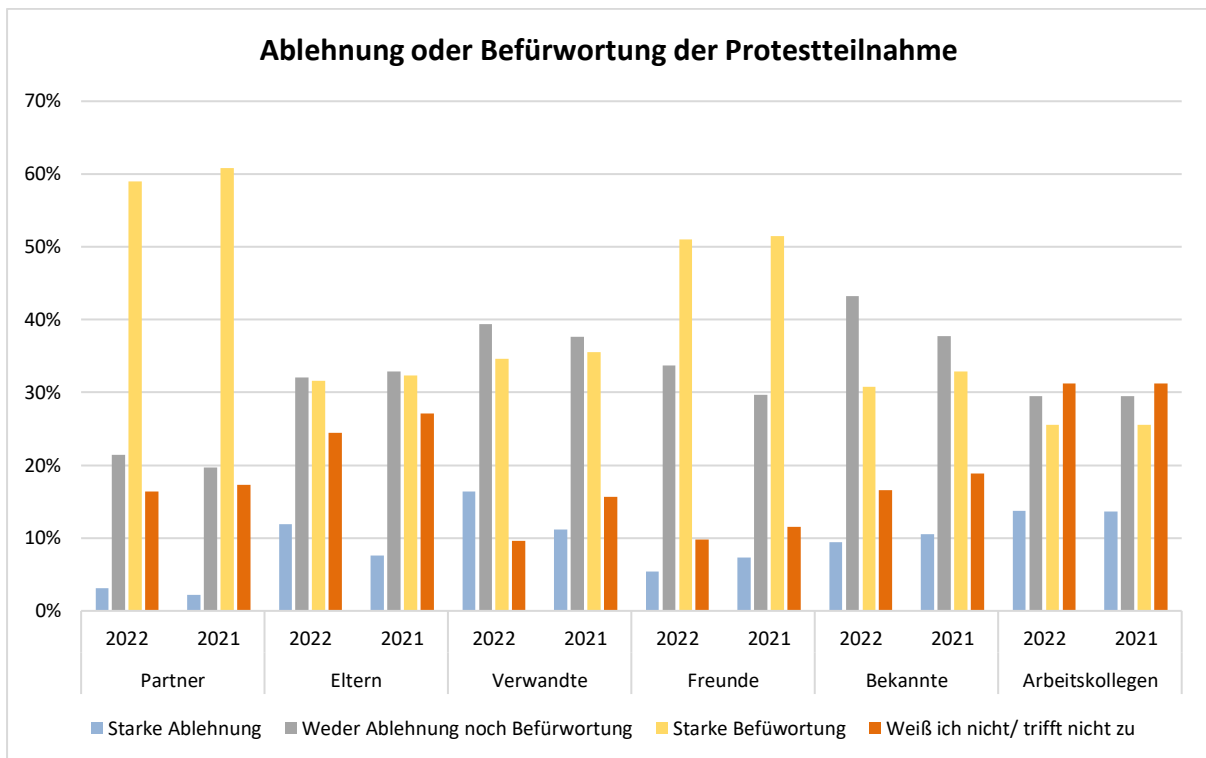


Abbildung 46: Ablehnung oder Befürwortung der Protestteilnahme

Auch wenn die Entscheidung über die Impfung und/oder das politische Engagement nicht notwendigerweise zu unversöhnlichen Gräben zwischen Individuen und sozialen Gruppen führt, und wir es somit nicht mit einer Spaltung zu tun haben, durch die Lebenswelten hermetisch voneinander getrennt werden, können wir unter den Protestierenden eine Tendenz beobachten, welche Ansätze eines neuen Milieus von Gleichgesinnten erkennen lassen. Dafür spricht einerseits die Beobachtung, dass sich über sozialstrukturelle Unterschiede hinweg relativ langlebige (Protest-)Strukturen herausgebildet haben, die sich in Abgrenzung zu einer als Teil des ‚Mainstreams‘ wahrgenommenen Öffentlichkeit konstituiert haben. Hinweise dafür, dass die Voraussetzungen für die Entstehung einer solchen „Misstrauensgemeinschaft“ (Pantenburg et al., 2021) gegeben sind, finden sich u.a. in der kollektiven Ablehnung der etablierten Medienlandschaft und der Wissenschaft (Abschnitt 4.1), aber auch im Umstand, dass 47,2% (teilweise: 39,1%) der Befragten angeben, den Kontakt zu Gleichgesinnten suchen.

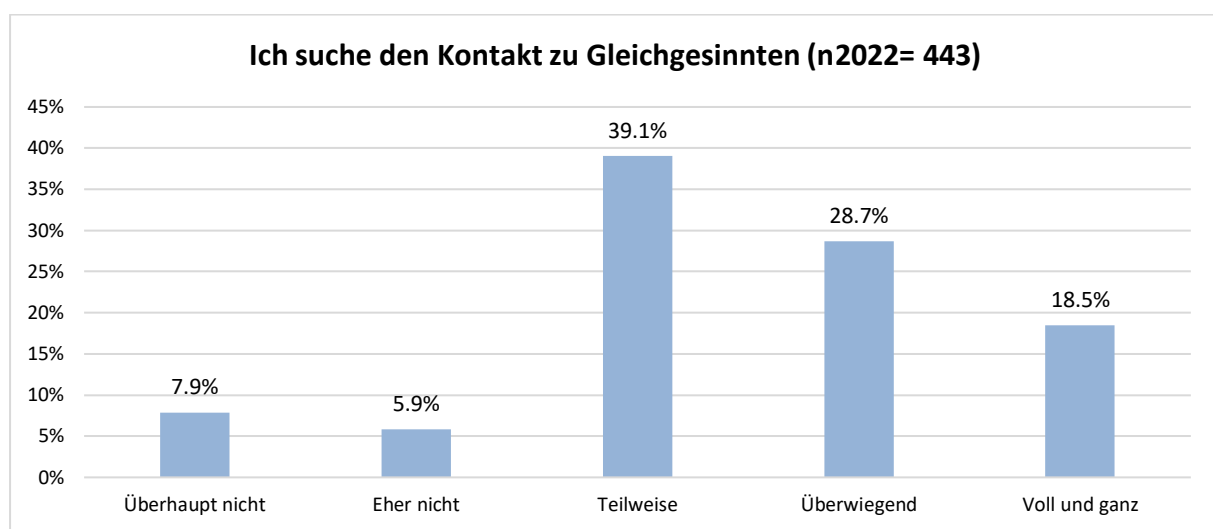


Abbildung 47: Ich suche den Kontakt zu Gleichgesinnten 2022

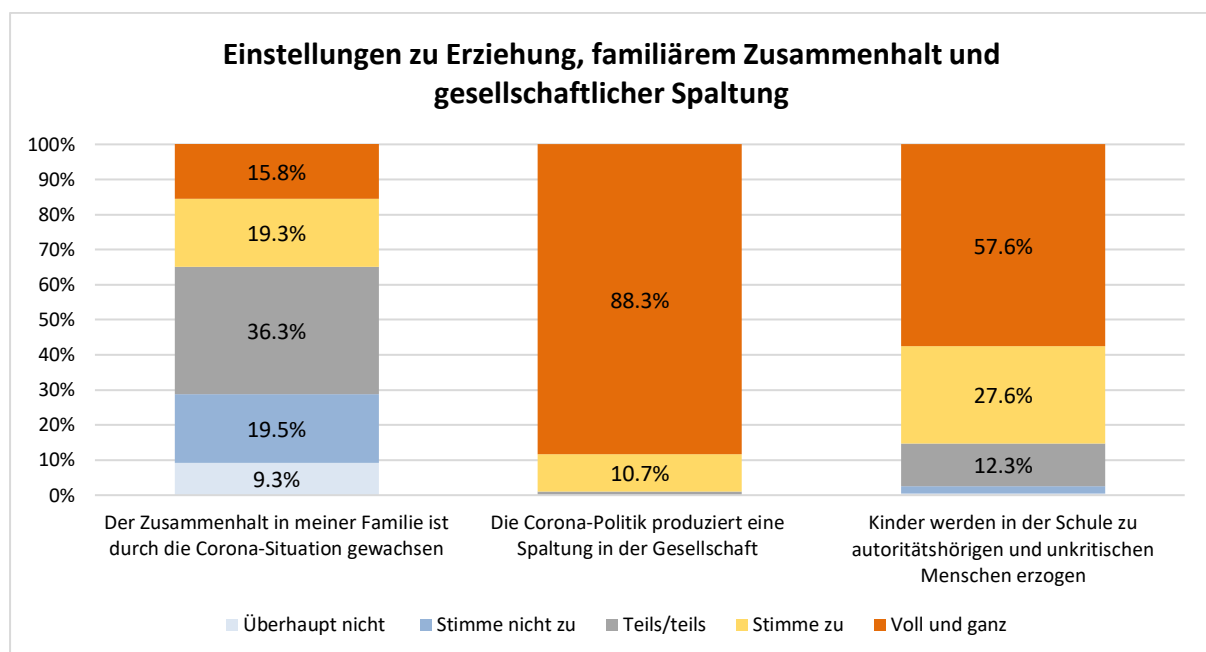


Abbildung 48: Einstellungen zu Erziehung, familiärem Zusammenhang und gesellschaftlicher Spaltung



## 9.2 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich argumentieren, dass von Seiten der Protestierenden eine Spaltung der Gesellschaft zwar konstatiert wird, aber unsere Daten zumindest nicht darauf hindeuten, dass die Befragten in ihrem persönlichen Umfeld im großen Stil Ausgrenzungserfahrungen machen. Vielmehr lässt sich argumentieren, dass die Spaltung der Gesellschaft eine rhetorische Figur ist, durch die der teilweise Ausschluss aus öffentlichen Räumen durch die 3G- bzw. 2G-Regelungen skandalisiert und zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Tendenz ausgedehnt wird, die unüberbrückbare Konflikte zwischen Teilen der Bevölkerung produziere. Zugleich muss der Topos der gesellschaftlichen Spaltung als politische Strategie verstanden werden, mit der versucht wird, Aufmerksamkeit für die eigenen Anliegen zu generieren und diese massentauglich zu machen. Nicht zuletzt verdeutlichen Studien, dass allenfalls von einer Pluralität an Spaltungen zu sprechen wäre, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Brüche entlang der Krisenfelder aufzeigen (vgl. Autor\*innenkollektiv Governance, Demokratie, Solidarität, 2022).

## 10. Schlussbetrachtung

### 10.1 Gegenüberstellung der Daten 2021 und 2022 sowie neue Aspekte

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Protestbefragung ist dahingehend aufschlussreich, als dass sich eine hohe Diversität bzw. Fluktuation unter den Protestierenden zeigt. Ein großer Teil der Befragten 2022 war in der zweiten Hälfte 2021 erstmals auf den Protesten – so gibt es auch kaum personelle Überschneidungen zwischen den beiden Datenerhebungen. Trotzdem zeigt sich eine erstaunlich hohe Übereinstimmung im Antwortverhalten zwischen 2021 und 2022 ebenso wie in den soziodemographischen Angaben. Die Protestierenden sind überwiegend mittleren Alters, der Mittelklasse zugehörig und sind im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt überproportional gut gebildet. Ebenso ist der hohe Anteil an Selbstständigen merklich. Auffällig ist der hohe Anteil von Frauen, der bei fast zwei Drittel liegt.

Ebenso haben sich die Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen wenig verändert. So werden auch im Jahr 2022 die politischen Maßnahmen als überzogen, willkürlich und unsachgemäß kritisiert, ebenso wird die mediale Berichterstattung als unangemessen gesehen. Verschwörungsdenken sowie esoterische Einstellungen sind 2022 weiterhin stark ausgeprägt und unterscheiden sich kaum vom Niveau des Vorjahres. Ebenso bestätigt sich auch im Jahr 2022 die Einschätzung, dass rechtsautoritäre Einstellungen unter den Befragten nicht überdurchschnittlich stark vertreten sind, aber, das zeigen die neuen Fragen der Folgebefragung, es besteht auch kein großes Bedürfnis, sich von rechtsextremen Akteuren und Positionen abzugrenzen.

Einzig bei der Frage nach dem Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten gibt es eine bedeutsame Veränderung: Im Vergleich zu 2021 stimmen nur mehr rund 15,6% der Aussage zu, dass auf Minderheiten zu viel Rücksicht genommen werde, im Jahr 2021 waren es mit 26,1% noch mehr als 10% mehr. Die Verschiebung lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass die Befragten sich und die Protestbewegung insgesamt als gesellschaftlich an den Rand gedrängte Minorität wahrnehmen, welcher mehr Toleranz entgegengebracht werden sollte. Dies entspricht auch der Selbstwahrnehmung der Protestierenden als Opfer einer geheimen Verschwörung, die durch eine politische Elite bedroht wird.

Deutliche Veränderungen lassen sich im Hinblick auf die Wahrnehmung der vom Staat bereitgestellten Hilfsmaßnahmen sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedrohungslage durch die Pandemie bzw. die staatlichen Restriktionen beobachten. Weniger Befragte fühlen sich von den Maßnahmen ökonomisch bedroht, zugleich messen weniger Menschen den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie mehr Gewicht bei als den gesundheitlichen – statt über 90% sind es im Folgejahr noch über 80% –, und auch die Effektivität der Wirtschaftshilfen wird positiver eingeschätzt als noch im Vorjahr. Diese Verschiebungen im Antwortverhalten lassen sich dahingehend interpretieren, dass die ökonomischen Folgen der Pandemie einerseits einigermaßen zufriedenstellend abgedeckt wurden und zum Zeitpunkt der Erhebung andererseits die Einschränkungen für die Wirtschaft nicht mehr so einschneidend ausgefallen sind als noch ein Jahr zuvor. Die Konfliktfelder hatten sich seither eindeutig in Richtung der Einschränkungen durch Zugangsbeschränkungen für Ungeimpfte und die angekündigte Impfpflicht verschoben.

Auch die politischen Haltungen der Corona-Protestierenden sind überwiegend konstant geblieben: Es dominiert das Misstrauen in Politik, Regierung und Massenmedien ebenso wie die Weigerung, sich politisch auf einer Links-Rechts-Skala zu positionieren. Bemerkenswerte Veränderungen lassen sich in Bezug auf das Vertrauen zur Polizei beobachten. Weitgehend unverändert geblieben ist das Vertrauen in die eigene Handlungskapazitäten, das Interesse an Politik sowie die Einstellungen zu Gewalt. Maßgeblich

verändert hat sich zwischen 2021 und 2022, dass die MFG als neue politische Akteurin auf die Bühne getreten ist und im politisch institutionalisierten Feld der Interessensvertretung die Relevanz der FPÖ streitig macht. Wie nachhaltig dieser Effekt ist, darf hingegen angesichts aktueller Wahlergebnisse, bspw. in Niederösterreich, zumindest bezweifelt werden.

Im Jahr 2022 haben wir in unserer Umfrage auch neue Themen aufgegriffen, mit denen wir uns im Vorjahr noch nicht befasst hatten. Die neuen Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Im Zuge der Impfdebatte wurde auch mit Blick auf die Corona-Proteste immer wieder über eine mögliche Spaltung der Gesellschaft diskutiert. Fast alle Befragten nehmen eine solche Spaltung wahr. Allerdings erlebt erstens nur ein kleinerer Teil der Protestierenden durch die Teilnahme an den Protesten eine Distanzierung durch das soziale Umfeld, sei das familiär oder beruflich, zweitens scheinen sie selbst auch wenig Distanz zu Nicht-Gleichgesinnten, z.B. zu Geimpften, zu suchen. Es scheint plausibel, dass die durch die rhetorische Figur der gesellschaftlichen Spaltung zum Ausdruck gebrachte Klage über die eigene Ausgrenzung weniger mit dem privaten Nahbereich als vielmehr mit den 2G- bzw. 3G-Regelungen zu tun hat, die zur Zeit der Befragung noch aufrecht waren. Mit diesen und vielen weiteren als überzogen wahrgenommenen Maßnahmen werde (bewusst) ein Keil in die Gesellschaft getrieben. Sicher auch vor dem Hintergrund dieser Wahrnehmung gibt etwa die Hälfte der Befragten an, Kontakt zu Gleichgesinnten zu suchen.

Das Misstrauen der Protestierenden gegen die Impfung ist groß, sie hat laut Selbstaussagen im Laufe der Pandemie sogar zugenommen. Dabei kritisieren die Protestierenden vor allem die Impfpflicht. Über ein Drittel gibt zwar an, die Impfung generell für sinnvoll zu erachten, dennoch sind über 90% der Teilnehmer:innen nicht geimpft, da sie sich um die Neben- und Langzeitfolgen der Impfung sorgen und sich lieber auf ihr Immunsystem verlassen wollen. Auch hier spiegelt sich eine bekannte Trope der Protestrhetorik, dessen Kern zumindest kritisch befragt werden muss: Es gehe den Protestierenden nicht um eine generelle Ablehnung von Impfungen, sondern um die Kritik der besonderen Umstände, unter denen die Covid-Vakzine entwickelt wurden, und um die politischen Versuche sie der Bevölkerung aufzuzwingen.

Ein stark emotionalisiertes Thema unter den Corona-Protestierenden ist die Fürsorge für die Kinder. Die überwiegende Mehrheit der Protestierenden gibt an, auf die Proteste zu gehen, um sich nicht von der nächsten Generation vorwerfen lassen zu müssen, nicht gehandelt zu haben. Zudem stimmen 70,2% der Antwortenden der Aussage zu, dass eine globale Elite in der Pandemie Verbrechen an Kindern verübe, was durch die Corona-Maßnahmen deutlich werde. Die überwiegende Mehrzahl der Kinder der Protestierenden sind nicht geimpft. Eine große Gefahr geht laut Protestierenden auch von der Schule aus, in der Kinder zu autoritätshörigen und wenig kritischen Menschen erzogen würden. Immerhin über ein Drittel der Befragten gibt deshalb auch an, dass sie ihre Kinder zumindest zum Teil über die Lockdowns hinaus von der Schule genommen und zu Hause unterrichtet hätten.

## 10.2 Weitergehende Überlegungen zum Thema Geschlecht

Besonders interessierte uns die Frage, warum unter den Corona-Protestierenden der Anteil von Frauen so stark ausgeprägt ist, was sich auch im Jahr 2022 bestätigt. In den letzten Jahrzehnten konstituierte sich öffentlicher Protest eher als männliche Sphäre (Daphi et al., 2015). An anderer Stelle haben wir bereits diskutiert, dass der Anteil von Frauen bei den Corona-Protesten vor allem vor dem Hintergrund der

Debatte um eine vermehrte Arbeitslast von Frauen während der Pandemie von zentralem Interesse ist (Brunner et al., 2022; Daniel et al., 2023).

Nicht nur der Anteil von Frauen ist hoch, vielmehr zeigen sich kaum Geschlechterdifferenzen im Antwortverhalten. Allenfalls bei der Frage nach Esoterik und Spiritualität zeigt sich wie bereits im Jahr 2021 eine Geschlechterdifferenz. Demnach orientieren sich Frauen mehrheitlich an einer ganzheitlichen Vorstellung von Gesundheit, während Männer die Stärke des eigenen Immunsystems betonen, wobei aber bei allen Fragen eine sehr starke Zustimmung durch beide Geschlechter zu finden ist. Bei allen weiteren Fragen, sei das zu den Corona-Maßnahmen, im Bereich der politischen Einstellungen oder des Vertrauens in gesellschaftliche Institutionen, zeigen sich kaum Geschlechterunterschiede.

Wir hatten das im letzten Report so gedeutet, dass die verschwörungstheoretisch unterfütterte Wahrnehmung der Pandemie als der eines Konflikts zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“ zu einhelligem Antwortverhalten geführt hat und angesichts dieser Frontstellung dabei auch interne Differenzen, d.h. auch die gesellschaftlich hergestellten Geschlechterdifferenzen, zurücktreten. Wir hatten auch schon angedeutet, dass diese Differenzen auch aktiv dethematisiert werden. Die Ausdifferenzierung in verschiedene Protestgruppen würde das Gemeinschaftsgefühl schwächen und sowohl die Wahrnehmung der Pandemie wie die Frage nach den Schuldigen verkomplizieren.

Die beschriebenen Tendenzen zeigen sich auch bei jenen Fragen, welche wir 2022 erstmals gestellt haben. Zwar könnte ein schwaches Problembewusstsein bzgl. der geschlechtsspezifisch unterschiedlich verteilten Last der Pandemie attestiert werden, über die Hälfte der Frauen lehnen die Aussage, dass die Corona-Krise mehr die Frauen als die Männer treffe, zumindest nicht ab – wobei die Mehrheit davon, etwa ein Drittel, der Aussage nur zum Teil zustimmt. Dass hingegen geschlechtsspezifische Probleme auf der Demo gestärkt werden sollen, diese Geschlechterdifferenzen überhaupt oder stärker thematisiert werden sollten, findet kaum Mehrheit unter den Frauen, obwohl sie die Lasten der Pandemie deutlich stärker zu tragen hatten (Villa, 2020). Dabei sind die teilnehmenden Frauen in ihrem Geschlechterbild nur zum Teil als dezidiert konservativ einzuordnen. Auch wenn die Mutterrolle durchaus stark mystifiziert wird, will jeweils nur ein kleiner Teil traditionell weibliche Rollen stärken, ein zusätzliches Viertel aber immerhin zum Teil. Es ist angesichts dessen durchaus erstaunlich, dass so viele Antwortende explizit eine stärkere Thematisierung des gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses und der Mehrbelastung der Frauen durch die vorwiegend von ihnen geleistete Care-Arbeit ablehnen.

Wir können das vielleicht so erklären: Erstens wird durch den Anstieg der Care-Arbeit für alle in der Pandemie tatsächlich die Wahrnehmung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung erschwert. Die Partner, so sehen wir auch in unseren Interviews, unterstützen nun zum Beispiel im Home-Office nochmals mehr bei der Kinderbetreuung, was in dieser Situation als Entlastung empfunden wird. Dies geht einher mit einer Idealisierung der Familie als Bastion gegen die gesellschaftlichen Eingriffe (und Spaltungsversuche) von außen – gerade wohl auch bei den Mittelschichtsfamilien, die in ländlichen Einfamilienhäusern auch so viel Raum haben, dass das Eingeschlossensein im eigenen Haus (und möglicherweise Garten) nicht zu einem erhöhten Konfliktpotenzial führt. Es ist aber, um diese Idealisierung aufrechtzuerhalten und das Aufkommen von Konflikten über die vergeschlechtlichte Sorgearbeit und über die damit einhergehende Mehrbelastung der Frauen zu vermeiden, zweitens wohl auch notwendig, Geschlecht als Thema aktiv auszublenden: Gerade da, wo durch die Pandemie die Differenzen noch offensichtlicher werden, müssen sie dethematisiert werden, um den Frieden zu wahren (vgl. auch Daniel et al., 2023).

Aus einer Geschlechterperspektive sehr interessant scheinen uns die Geschlechterdifferenzen bei den erstmals vorgelegten Fragen zum Empfinden der Teilnehmer:innen auf den Protesten: Frauen fühlen sich in den Protesten noch etwas besser aufgehoben als ihre männlichen Mitstreiter. Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass die Corona-Proteste Frauen einen Raum politischer Partizipation eröffnen, der traditionell männlich kodiert und dominiert ist. Auf den Demonstrationen können sich Frauen als gleichrangige Glieder einer politischen Bewegung erkennen, auf denen darüber hinaus noch eher und ‚traditionell‘ Frauen zugeordnete Problemlagen verhandelt werden: Schutz der und Sorge um die Kinder oder die Verteidigung körperlicher Integrität etc. Die Proteste ermöglichen gewissermaßen einen Kompromiss: Das Private und die Rolle darin wird verteidigt, ohne sich der Öffentlichkeit und dem politischen Raum zu verschließen (vgl. dazu Frei & Nack, 2021). Was wir auf den Protesten (und in den erhobenen biographischen Interviews) beobachten können, ist eine ‚Familiarisierung der Kundgebungen‘: In der Wahrnehmung der Demonstrierenden wird der Protest mit den politischen Mitstreiter:innen zu einem generationen-, klassen- und geschlechterübergreifenden und ambivalenzfreien, einem quasi familiären Erfahrungsraum geformt – auch wenn dies nicht unmittelbar bedeutet, dass Kinder zu einem großen Teil an den Protesten teilnehmen.

### 10.3 Zum Verhältnis der Corona-Proteste zum Rechtsextremismus

Im letzten Corona-Protest-Report sind wir der Frage nachgegangen, ob wir es bei den Corona-Protesten mit einer dezidiert rechtsautoritären Bewegung zu tun haben. Auch dieses Jahr zeigt sich, dass die Einstellungen der Protestierenden nicht unbedingt als rechtsautoritär einzuschätzen sind als die der österreichischen Gesamtbevölkerung – auch wenn wir natürlich weiterhin annehmen müssen, dass das organisierte rechtsextreme Milieu, das auf den Protesten präsent war, wohl kaum an unserer Umfrage teilgenommen hat. Was die Protestteilnehmer:innen von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet, ist weniger ein explizit sexistisches/antifeministisches, rassistisches oder antisemitisches Denken oder eine explizite Ablehnung von Demokratie oder dezidiert artikulierte Gewaltaffinität (in all den Punkten entspricht die Verteilung wohl etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt), sondern die verschwörungstheoretischen Wahrnehmungs- und Denkmuster und das damit verbundene sehr starke Misstrauen gegenüber der Regierung, den etablierten Parteien und anderen gesellschaftlichen Institutionen.

Einer unserer neuen Fragenkomplexe sollte aber im Hinblick auf die Frage nach dem Verhältnis der Corona-Proteste zum Rechtsextremismus genauer beleuchtet werden. Die in Kapitel 7 erörterte strategische Indienstnahme des Kindeswohls weist Ähnlichkeiten zu rechtspopulistischen Narrativen über Kinder, Kindheit, Familie und Erziehung auf (Andresen, 2018), die sich einerseits durch die Diffamierung institutionalisierter Formen der Erziehung und Pädagogik und andererseits die Inszenierung einer von etablierten Parteien und Institutionen ausgehenden Gefährdung für Kinder auszeichnen. Dabei beziehen sich die aktuellen rechtspopulistischen Positionen auf Kampfbegriffe wie „Genderdiktatur“ und „Frühsexualisierung“ und ziehen häufig Parallelen zur NS-Diktatur. Der Rückgriff und die Umdeutung der Sorge um die Kinder ist als Strategie neurechter und rechtspopulistischer Akteur:innen zu begreifen, die eine breite Mobilisierung unterschiedlicher Milieus erst möglich macht. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Bedeutungszuschreibung eignen sich Kinder zur rhetorischen Instrumentalisierung: Sie stehen synonym für Unschuld und Bedürftigkeit und können damit als Projektionsfläche zur populistischen Affektmobilisierung und zur Gemeinschaftsbildung – Schutz der Kinder „hier unten“ vor „denen da oben“ – dienen (Glaser & Rahner, 2021). Auch im politischen Diskurs der MFG geht es nicht wirklich um das

Kindeswohl: Wo das Maskentragen und die Kinderimpfung diskursiv in die Nähe von Kindesmissbrauch gerückt und von einer Systemerschütterung des Bildungssystems gesprochen wird, zeigt sich, dass hinter der angeblichen Sorge um die Kinder der Verdacht gesellschaftlicher Degeneration und die Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen steht.<sup>3</sup>

Es gibt also durchaus ideologische Anschlussstellen. Unsere weiterführenden Fragen aus dem Jahr 2022 zeigen zudem, dass es nur für rund 40% dezidiert ein Problem darstellt – für fast ein weiteres Viertel zumindest aber noch zum Teil –, dass sich Rechtsextreme an den Protesten beteiligen. Weniger spezifisch gefragt, stimmen über zwei Drittel der Antwortenden und ein weiteres Viertel teilweise der Aussage zu, dass es unerheblich sei, wer auf den Protesten mitlaufe, solange sie die gleichen Anliegen verfolgen. Zusammengenommen mit der mehrheitlichen Aussage, dass links und rechts unsinnige Kategorien seien, und auch mit unseren Erfahrungen aus den Interviews, dass die Teilnahme rechtsextremer Akteur:innen, die in der Realität auch die Bühnen der Proteste mitbestimmen, gelehrt oder zumindest eindeutig heruntergespielt wird, muss von einer „rechtsoffenen“ Bewegung gesprochen werden, in der eine Mehrheit kein ernsthaftes Problem mit der Partizipation von Rechtsextremen haben. Sowohl der Diskurs über die Verbrechen an den Kindern wie aber vor allem die Verschwörungstheorien, die immer auch eine Affinität zum Antisemitismus haben und in denen sich sehr häufig auch implizit bis explizit antisemitische Bilder zeigen, sind Brücken, die die nicht dezidiert Rechtsautoritären mit den Rechtsextremen verbindet. Dazu passt auch, dass auch die Parallelisierungen der politischen Situation in der Pandemie mit dem Regime der Nationalsozialisten nur von wenigen als kritisch empfunden werden.

Diese Befunde sind anschlussfähig an Diskussionen über eine neue Art von Autoritarismus, einen „libertären Autoritarismus“ (Amlinger & Nachtwey, 2022), der sich vor allem in einem starken Misstrauen in und einer abstrakten Ablehnung von gesellschaftlichen Konventionen und Institutionen zeigt. Mit diesem verbunden ist ein individualistischer Freiheitsbegriff, der sich gegen jegliche – auch im Namen eines solidarischen Zusammenlebens verfügte – staatlichen und diskursiven Einschränkungen richtet. Das zeigen zum Beispiel auch die Impffragen, wo die Effekte der Impfung für die Ausbreitung des Virus und damit der Schutz von Risikopersonen keine Rolle zu spielen scheinen. Die gängigen Autoritarismus-Skalen, die vorwiegend auf rechtsextreme Einstellungen (Nationalchauvinismus, Ruf nach starken Führern, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus/-genderismus) abzielen, müssten dieser neuen Form des Autoritarismus wohl besser angepasst werden.

## 10.4 Corona-Proteste: Was bleibt?

Spätestens mit dem Wegfall der letzten Corona-Maßnahmen haben die Corona-Proteste an Mobilisierungspotential eingebüßt. Zwar wird auch im Jahr 2023 für Demonstrationen mobilisiert jedoch ist die Zahl der Teilnehmer:innen drastisch geschrumpft und ebenso die mediale Aufmerksamkeit. So liefen auf der sog. „Megademo“ im Januar 2023 noch etwa hundert Personen mit. Ebenso haben sich die Themen und Forderungen der Protestierenden verschoben. Während im Jahr 2020 bis Mitte 2022 die Corona-Maßnahmen und zuletzt insbesondere die Impfpflicht im Fokus standen, werden derweil aktuelle politische Themen diskutiert, etwa der Angriffskrieg auf die Ukraine und die Neutralität Österreichs. Auch der Schutz der Grenzen, Migration, Kinderschutz oder Abtreibung werden thematisiert. Dominant bleibt

---

<sup>3</sup> Eine unserer studentischen Mitarbeiter:innen, Franziska Ziegler, beleuchtet in ihrer Masterarbeit gerade genauer den Kinderdiskurs in der MFG.

die Verschwörungstheorie, welche die Politik als Resultat des Einflusses einer globalen Elite sieht (vgl. Der Standard, 9.1.23). Zurückgeblieben ist somit ein harter Kern der Bewegung, in dem sich deutlich rechtsextreme Positionen zeigen. Was mit den restlichen Protestteilnehmer:innen passiert ist, wie sie über die aktuellen Proteste und die in ihnen verhandelten Themen denken, wie sie rückblickend die Pandemie wahrnehmen, ob sie sich in den Protesten radikalisiert haben oder mit dem Abflauen der beunruhigenden Situation auch die Affekte wieder nachließen und sich ein realitätsgerechterer Blick eingestellt hat, das muss Thema weiterer Untersuchungen sein.

In der Krise konnte, so zeigt unsere Untersuchung, eine relativ große Zahl von Personen für die Corona-Proteste mobilisiert werden, die bisher kaum auf Demonstrationen waren. Und es konnten – vermittelt über ein gemeinsames Thema – Teilnehmer:innen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus zusammengebracht werden, die sonst kaum eine Bühne teilen, aber offenbar bestimmte gemeinsame Haltungen, ein Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und verschwörungstheoretische Wahrnehmungs- und Denkmuster aufweisen. Es ist nicht anzunehmen, dass die Regierungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie diese Haltungen erst hervorgebracht haben: Die Leipziger Autoritarismusstudien, die seit 2002 in repräsentativen Umfragen zweijährlich das autoritäre Potential in der deutschen Bevölkerung ergründen, zeigen, dass zumindest in Deutschland – und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass es in Österreich anders wäre – die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien während der Pandemie nicht dezidiert zugenommen hat (vgl. Decker & Brähler, 2020). Misstrauen gegenüber zentralen gesellschaftlichen Institutionen ebenso wie verschwörungstheoretische Wahrnehmungsmuster sind in unserer Gesellschaft verankert. Zwar mögen die die Pandemie begleitenden starken Gefühlslagen den Wunsch nach affektiver und kognitiver Komplexitätsreduktion und vor allem nach einer Gemeinschaft in Zeiten der Isolierung verstärkt haben (vgl. Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021) und mögen sich wohl – so zeigen auch einige unserer Interviews – während der Pandemie solche Haltungen radikalisiert haben. Die Corona-Proteste sind aber eher als Ort zu sehen, in dem sich, weil hier die Skepsis und die Verschwörungstheorien lautstark artikuliert wurden und werden konnten, Gleichgesinnte in einer Öffentlichkeit zusammenfanden und so auch öffentlich wahrnehmbarer wurden. Die in der Öffentlichkeit geäußerten Meinungen und die verschwörungstheoretischen Annahmen sind für Teile der Gesellschaft auch jenseits von Corona ein Referenzpunkt, um Sinn in gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen zu finden, Unzufriedenheiten und ihre Ursachen zu definieren oder Handeln zu motivieren. Zwar sind die Massenproteste aus der Öffentlichkeit verschwunden, aber wohl kaum die dahinterliegenden Einstellungen, die auch weiterhin ein Potential für Massenmobilisierung in sich bergen. Ähnliches ist bezüglich der Wissenschafts- und Massenmedienskepsis zu vermuten. Durch die Corona-Proteste ans Licht gebracht, kann die skeptische Haltung und das Misstrauen auch weiterhin Bestand des Alltags jener ehemaligen Protestierenden sein.

Die Formierung einer öffentlich wahrnehmbaren Masse, in der Verschwörungstheorien einen gemeinschaftlichen Ort der Artikulation fanden, hatte zweierlei Folgen: Erstens sorgten die Corona-Proteste als rechthoffene Bewegung für eine weitere Normalisierung von dezidiert rechtsextremen Akteur:innen, Themen und Narrativen, sie integrierte diese, bot ihnen eine Bühne und nahm auch Personen, die ihnen in ihren politischen Haltungen eher fern stehen, Berührungängste mit ihnen. Dass es durchaus Affinitäten zwischen den Milieus gibt, zeigt sich in den Debatten über alternative Schulkonzepte, in denen sich – so auch in der MFG – (ähnlich wie in den Lebensreformbewegungen am Anfang des 20. Jahrhunderts) reformpädagogische bis neurechte-völkische Akteur:innen zusammenfinden (vgl. z.B. Der Standard, 25.10.21). Ähnliches zeigt sich in bestimmten ökologischen Szenen. Inwiefern auch rechte

Parteien bei den zukünftigen Wahlen von der Normalisierung zu profitieren wissen, wird sich noch zeigen. Ebenso, ob in zukünftigen Krisenphasen diese neuen Bündnisse wieder aktualisiert werden können.

Zweitens erhielten über die Corona-Protteste misstrauische und verschwörungstheoretische Wahrnehmungen auch einen durchaus großen politischen Einfluss. Ob nun der Druck von der Straße direkt wirkte, weil die lauten Stimmen bei den Protesten als Gradmesser für verbreitete Stimmungen gelesen wurden, oder ob der Verweis auf die Corona-Protteste von den etablierten Akteur:innen politisch nur genutzt wurde, um eigentlich gesundheitspolitisch sinnvolle Maßnahmen, die aber anderen, allen voran wirtschaftlichen Interessen widersprachen, abzuschwächen oder zurückzunehmen (vgl. zu dieser Dynamik Kumkar, 2022b), die Corona-Protteste bestimmten den Diskurs in der Politik, den Medien und in der Wissenschaft mit. Auch die aktuelle Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, welche die FPÖ und MFG als politische Strategie einsetzen, lebt noch von diesem Potential, das die Corona-Protteste hervorbrachte. Und erst kürzlich beteuerte Kanzler Nehammer einen Versöhnungsprozess einleiten zu wollen, mit dem er – den Blick auf die kommende Nationalratswahl gerichtet – wohl den Kampf mit FPÖ und MFG um die Stimmen der Maßnahmenkritiker:innen zugunsten der ÖVP zu beeinflussen versuchte. Dies zeigt deutlich die Debatte über die Koalition zwischen ÖVP und FPÖ in Niederösterreich. Mit der Forderung der FPÖ, Opfer der Corona-Maßnahmen zu entschädigen, Rückzahlungen für kostenpflichtigen Regelverstöße zu ermöglichen oder die Impfdiskriminierung als politische Zielsetzung zu formulieren und damit verbunden die Umwerbung der Impfung zukünftig zu unterlassen, wird deutlich, dass die Erfahrungen mit der Pandemie nicht nur politisch genutzt werden, um Wähler:innenstimmen zu gewinnen, sondern den politischen Alltag und seine Regelungsbereiche mitbestimmen.

Die Coronaprotteste und ihre Auswirkungen werden uns sicher noch weiter beschäftigen, sowohl was den konkreten Diskurs über Corona und die politischen Versäumnisse während der Pandemie anbelangt wie aber auch im Hinblick auf kommende Reaktionen auf die multiplen gesellschaftlichen Krisen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind.



## Literaturverzeichnis

- Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Andresen, S. (2018). Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. *Zeitschrift für Pädagogik*, 64(6), 768–787.
- Andretta, M., & della Porta, D. (2014). Surveying Protestors. In D. della Porta (Hrsg.), *Methodological Practices in Social Movement Research* (S. 308-334). Oxford University Press.
- Autor\*innenkollektiv Governance, Demokratie, Solidarität (2022). Pandemische politische Ökonomie: Zur kapitalistischen Verarbeitung der Corona-Krise. Working Paper. Department of Development Studies. University of Vienna. <https://phaidra.univie.ac.at/detail/o:1633180>
- Baumann, H., & Schulz, S. (2018). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014 (Version 2.2.0). *GESIS Data Archive*. <https://dbk.gesis.org/DBKSearch/download.asp?db=D&id=56577> (Abgerufen am 18.04.2023).
- Brunner, M., Daniel, A., Brunner, M., Knasmüller, F., Maile, F. & Ziegler, F. (2022). Frauen bei den Corona-Protesten. Why do they care? In U. Repnik, D. Schulz-Zak & K. Hametner (Hrsg.), *Frauengesundheit und Pandemie. Wie weiter? Sammelband des Wiener Programms für Frauengesundheit. Schriftenreihe Frauen\*Gesundheit\*Wien Nr. 3* (S. 17-20). Stadt Wien: Wien
- Bundesministerium für Inneres (2019). Nationalratswahl 2019. *Bundesministerium Inneres*. <https://bundeswahlen.gv.at/2019/> (Abgerufen am 18.04.2023).
- Daniel, A., Brunner, M. & Knasmüller, F. (2023). Does Gender Play a Role? A Gendered Frame Analysis of the Pandemic Sceptic Protests in Austria. *German Politics and Society* (im Erscheinen).
- Daphi, P., Kocyba, P., Neuber, M., Roose, J., Rucht, D., Scholl, F., Sommer, M. et al. (2015). Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA (ipb working papers, 1/2015). Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Decker, O., & Brähler, E. (Hrsg.). (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Psychosozial Verlag.
- Della Porta, D. (2020). Social movements in times of pandemic: Another world is needed. <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/social-movements-times-pandemic-another-world-needed/>
- Der Standard (19.8.21). Homeschooling: Wenn Lernen zur Privatsache wird. <https://www.derstandard.at/story/2000128974284/homeschooling-wenn-lernen-zur-privatsache-wird>
- Der Standard (26.10.21). Wenn Heimunterricht in rechte Esoterik abdriftet. <https://www.derstandard.at/story/2000130328361/wenn-heimunterricht-in-rechte-esoterik-abdriftet>
- Der Standard (11.12.21). [Wie sich der Corona-Widerstand in der Gewaltspirale radikalisiert - Österreich - derStandard.de > Österreich](https://www.derstandard.at/story/2000130328361/wenn-heimunterricht-in-rechte-esoterik-abdriftet)
- Der Standard (9.1.23). MFG, Identitäre und krude Abtreibungserzählungen auf der ersten "Megademo 2023". <https://www.derstandard.at/story/2000142381038/mfg-identitaere-und-krude-abtreibungserzaehlungen-auf-der-ersten-megademo-2023>
- Forschungswerkstatt Corona-Proteste (2021). Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen. <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3>

- Frei, N., & Nack, U. (2021). Frauen und Corona-Protteste. <https://doi.org/10.31235/osf.io/bn8vk>
- Glaser, E., & Rahner, J. (2021). Rechtspopulistische Agitation und Vereinnahmung von Kind(eswohl)-Auseinandersetzungen in und um Kita. In R. Bak & C. Machold (Hrsg.), *Kindheit und Kindheitsforschung intersektional denken, Kinder, Kindheiten und Kindheitsforschung* (S. 311–322). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-36760-2\\_20](https://doi.org/10.1007/978-3-658-36760-2_20)
- Guckelberger, S., & Gerharz, E. (2019). Qualitative Protest- und Bewegungsforschung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32(1), 20-28.
- Hans Böckler Stiftung (2021). *Frauen in der Coronakrise stärker belastet*. [https://www.boeckler.de/data/Impuls\\_2021\\_01\\_S1-2.pdf](https://www.boeckler.de/data/Impuls_2021_01_S1-2.pdf) (Abgerufen am 04.05.2023).
- Profil (15.3.2022). Wie Corona-Skeptiker den Ukraine-Krieg für sich nutzen wollen. <https://www.profil.at/oesterreich/telegram-front-wie-corona-skeptiker-den-ukraine-krieg-fuer-sich-nutzen-wollen/401938069>
- Kleffner, H., & Meisner, M. (2021). *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*. Herder.
- Kumkar, Nils C. (2022a). Die Spaltung der Politik. Vom politischen Mehrwert einer haltlosen Behauptung. *Freie Assoziation*, 25(2), 10-28. <https://doi.org/10.30820/1434-7849-2022-2-10>
- Kumkar, Nils C. (2022b). *Alternative Fakten: Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*. Berlin: Suhrkamp.
- Kurier (08.03.2021). Polizeipräsident Pürstl zu Demos: „Gelungener Einsatz“. <https://kurier.at/chronik/wien/polizeipraesident-puerstl-aeussert-sich-zu-einsatz-bei-demos/401211493>
- Kritzinger, S., Julian, A., Sanja, H., & Glavanovits, J. (2018). Erste Ergebnisse der Europäischen Wertestudie. Teil 1: Politik und sozialer Zusammenhalt. *Universität Wien*. [https://www.werteforschung.at/fileadmin/user\\_upload/p\\_inter\\_werteforschung/EVS\\_Gesamt\\_sw.pdf](https://www.werteforschung.at/fileadmin/user_upload/p_inter_werteforschung/EVS_Gesamt_sw.pdf) (Abgerufen am 18.04.2023).
- Mullis, D. (2020). Protest in Zeiten von Covid19: Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33/2, 528-549.
- Pantenburg, J., Reichardt, S., & Sepp, B. (2021). Wissensparallelwelt der „Querdenker“. In S. Reichardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 29-66). Frankfurt a.M.: Campus.
- Paqué, K-H. (2020). In dieser Krise wirken alle Kräfte in Richtung einer Spaltung der Gesellschaft. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Eine Zeitschrift des Vereins für Socialpolitik*, 21(3), 218–231. <https://doi.org/10.1515/wpp-2020-0044>
- Pelinka, A. (2022). Europäische Gesellschaft(en) zwischen Kohäsion und Spaltung: Megatrends und Bruchlinien. In F. Baier, S. Borrmann, J. M. Hefel & B. Thiessen (Hrsg.), *Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung: Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit* (S. 27–39). Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctv2r3369d.5>
- Profil (15.03.2022). Wie Corona-Skeptiker den Ukraine-Krieg für sich nutzen wollen. <https://www.profil.at/oesterreich/telegram-front-wie-corona-skeptiker-den-ukraine-krieg-fuer-sich-nutzen-wollen/401938069>
- Schmincke, I. (2015). Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *(Anti-)Genderismus*.

- Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 93–108). transcript.
- Statistik Austria (2022a). Bildungsstand der Bevölkerung. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/bildungsstand-der-bevoelkerung> (Abgerufen am 18.04.2023).
- Statistik Austria (2022b). Arbeitsmarktstatistiken. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offene-Stellen-Erhebung. <https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Mikrozensus-Arbeitsmarkt-2021.pdf> (Abgerufen am 18.04.2023).
- Teune, S., & Ullrich, P. (2015). Demonstrationsbefragungen. Grenzen und Potenziale einer Forschungsmethode. *Institut für Protest- und Bewegungsforschung*. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/09/demonstrationsbefragungen-teuneullrich-2015-09-161.pdf>
- Villa, P-I. (2020). Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant? *Leviathan*, 48, 433–450. 10.5771/0340-0425-2020-3-433.
- Zartler, U., Dafert, V., Harter, S., & Dirnberger, P. (2021). *Frauen in Wien und Covid-19*. Wien: Stadt Wien.

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Umfragen 2021 und 2022 .....	9
Abbildung 2: Geschlechterverteilung.....	11
Abbildung 3: Alter .....	12
Abbildung 5: Ausbildung.....	13
Abbildung 6: Erwerbssituation .....	14
Abbildung 8: Schichtzugehörigkeit .....	15
Abbildung 9: Wohnsituation .....	16
Abbildung 10: Erste Teilnahme an Protesten .....	17
Abbildung 11: Teilnahme an Protesten jenseits der Corona-Proteste .....	17
Abbildung 12: Wahlbeteiligung .....	18
Abbildung 13: Letztes Wahlverhalten .....	18
Abbildung 14: Kritik an den Corona-Maßnahmen.....	19
Abbildung 15: Medienkritik und Vertrauensverlust in Expert:innen .....	20
Abbildung 16: Einschätzung zu Virus, Politik und Gefahr .....	20
Abbildung 17: Sonstige Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen.....	21
Abbildung 18: Verschwörungsdenken .....	22
Abbildung 19: Einstellungen zu Impf- und Klimaverschwörungen.....	22
Abbildung 20: Einstellungen zu Regierung, Staat und Gesellschaft.....	23
Abbildung 21: Rechtsautoritäres Denken.....	24
Abbildung 22: Ganzheitliches Denken.....	24
Abbildung 23: Abgrenzung nach rechts und NS-Vergleiche.....	25
Abbildung 24: Einordnung in Links-Rechts-Schema.....	27
Abbildung 25: Welche Partei würden Sie zukünftig wählen? .....	28
Abbildung 26: Vertrauen in Institutionen, 2021 und 2022.....	29
Abbildung 27: Problemlösungskompetenzen im Vergleich 2021 und 2022 .....	30
Abbildung 28: Möglichkeit der Bürger:innen Einfluss zu nehmen .....	31
Abbildung 29: Einstellungen zu Gewalt.....	32
Abbildung 30: Impfpflicht und Impfung als Protestmotivation .....	33
Abbildung 31: Skepsis gegenüber der Impfung seit Beginn der Pandemie.....	34
Abbildung 32: Impfstatus .....	34
Abbildung 33: Einstellungen gegenüber der Impfung.....	35
Abbildung 34: Reaktion auf die Impfung.....	35
Abbildung 35: Einstellungen zu Kindern in der Pandemie .....	36
Abbildung 36: Minderjährige Kinder der Protestierenden .....	37
Abbildung 37: Alter der Kinder.....	37
Abbildung 38: Impfstatus der Kinder .....	38
Abbildung 39: Kinder, Demonstrationen & Schule.....	38
Abbildung 40: Erziehen Schulen Kinder zu autoritätshörigen und unkritischen Menschen? .....	39
Abbildung 41: Homeschooling hat gezeigt, dass wir keine Schulen brauchen, um unsere Kinder unterrichten zu können .....	40
Abbildung 42: Krisenwahrnehmung und Geschlecht .....	41

Abbildung 43: Protestforderungen und Geschlecht .....	42
Abbildung 44: Geschlechterbilder .....	43
Abbildung 45: Geschlecht und Protestwahrnehmung.....	43
Abbildung 46: Spaltung der Gesellschaft.....	45
Abbildung 47: Ich distanzieren mich von Geimpften.....	46
Abbildung 48: Ablehnung oder Befürwortung der Protestteilnahme .....	46
Abbildung 49: Ich suche den Kontakt zu Gleichgesinnten 2022.....	47
Abbildung 50: Einstellungen zu Erziehung, familiärem Zusammenhang und gesellschaftlicher Spaltung.	47

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wohnorte.....	12
Tabelle 2: Teilzeitquote .....	14

## Zu den Autor:innen

### **Forschungswerkstatt Corona-Proteste**

Die Forschungswerkstatt Corona-Proteste ist ein interdisziplinäres Kooperationsprojekt der Universität Wien und der Sigmund Freud PrivatUniversität mit dem Ziel, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aufgetretenen Bewegungen und Proteste sowie deren Organisationsformen zu analysieren.

Weitere Infos unter:

<https://www.sfu.ac.at/de/psychologie/forschungswerkstatt-corona-proteste/>

oder

<https://ie.univie.ac.at/forschung/forschungswerkstatt-corona-proteste/>

Kontakt: [coronaproteste.soziologie@univie.ac.at](mailto:coronaproteste.soziologie@univie.ac.at)

**Markus Brunner** ist Sozialpsychologe und Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sigmund Freud PrivatUniversität und Mitherausgeber der Zeitschriften "Psychologie und Gesellschaftskritik" und "Freie Assoziation" sowie der Buchreihe „Kritische Sozialpsychologie“ beim Springer VS-Verlag. Zahlreiche Schriften zur psychoanalytischen Sozialpsychologie und zu den Themen Nationalsozialismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und Antifeminismus.

**Antje Daniel** ist Protest- und Bewegungsforscherin am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Sie beschäftigt sich mit unterschiedlichen Protesten und Widerstandspolitiken in Europa, Afrika und Lateinamerika unter anderem im Bereich Umwelt, Bildung, Sozialer Wohnungsbau oder (Anti-)Demokratisierung. Sie ist Mitherausgeberin des „Africa Spectrum“ sowie des Journals für Entwicklungspolitik und der Nomos-Buchreihe „Politik und Gesellschaft in Afrika“.

**Florian Knasmüller** ist Doktorand an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud PrivatUniversität (Wien). Er arbeitet schwerpunktmäßig zu Rechtspopulismus und Verschwörungsdenken aus Perspektive der psychoanalytischen Sozialpsychologie und ist Mitherausgeber der „Freien Assoziation“.

**Felix Maile** ist wissenschaftlicher Projektmitarbeiter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Entwicklungsökonomie und -politik, Globale Wertschöpfungsketten und Finanzmärkte.

Wir danken *Andreas Wingender* und *Franziska Zieglauer* sowie *Franziska Werner* und *Hannah Wüsthube* ganz herzlich für ihre Mitarbeit.